Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

9. Februar 1981 Nr. 7

Preis 1 DM D 21060 C

Wende in der Wohnungspolitik ?

anm. Schon zu Ende des letzten Jahres hat die Bundesregierung geweissagt, daß die Wohnungspolitik zum 1. Thema der Wirtschaftspolitik werden solle. Schon länger fordert die CDU eine Wende in der Wohnungspolitik. Mit den Hausbesetzungen werden diese Beteuerungen heftiger, und die Konzepte, die verfolgt werden, treten deutlicher hervor. Einig ist man sich bei Regierung und Opposition darüber: So, wie es ist, kann es nicht weitergehen. Die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten nimmt zu, die Kapitalisten wollen nicht investieren. Die CDU ist für klare Verhältnisse: Der Bestand an Sozialwohnungen soll abgebaut werden, an die Stelle der Objektförderung soll die alleinige Subjektförderung durch Wohngeld treten. Die Kräfte des Marktes sollen frei entfaltet werden. Die Schere zwischen Bewilligungsmieten und Kostenmieten muß geschlossen werden.

Auch die FDP sagt es offen: Die Ansprüche auf dem Wohnungsmarkt sind zu hoch, die Mieten sind zu „billig". Gegenwärtig sei keine Miete im Durchschnitt über 7 DM pro m² durchzusetzen, daran kranke die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Die Gretchenfrage sei, so die FDP, ob der Verbraucher sich darauf einstellen wolle, daß er 25% seines Einkommens im Durchschnitt für die Miete zahlen will oder nicht. Gegenwärtig wird durchschnittlich 12% gezahlt. CDU und FDP sagen beide, daß die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahrzehnte, die ja in den Nachkriegsjahren ihre Berechtigung gehabt hätte, zu erheblichen Verzerrungen auf dem Wohnungsmarkt geführt habe, welche jetzt entzerrt werden müßten.

Wende in der Wohnungspolitik. Mit den Hausbesetzungen werden diese Beteuerungen heftiger, und die Konzepte, die verfolgt werden, treten deutlicher hervor. Einig ist man sich bei Regierung und Opposition darüber: So, wie es ist, kann es nicht weitergehen. Die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten nimmt zu, die Kapitalisten wollen nicht investieren. Die CDU ist für klare Verhältnisse: Der Bestand an Sozialwohnungen soll abgebaut werden, an die Stelle der Objektförderung soll die alleinige Subjektförderung durch Wohngeld treten. Die Kräfte des Marktes sollen frei entfaltet werden. Die Schere zwischen Bewilligungsmieten und Kostenmieten muß geschlossen werden.

Auch die FDP sagt es offen: Die Ansprüche auf dem Wohnungsmarkt sind zu hoch, die Mieten sind zu „billig". Gegenwärtig sei keine Miete im Durchschnitt über 7 DM pro m² durchzusetzen, daran kranke die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Die Gretchenfrage sei, so die FDP, ob der Verbraucher sich darauf einstellen wolle, daß er 25% seines Einkommens im Durchschnitt für die Miete zahlen will oder nicht. Gegenwärtig wird durchschnittlich 12% gezahlt. CDU und FDP sagen beide, daß die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahrzehnte, die ja in den Nachkriegsjahren ihre Berechtigung gehabt hätte, zu erheblichen Verzerrungen auf dem Wohnungsmarkt geführt habe, welche jetzt entzerrt werden müßten.

Diese Verzerrung bestehe im wesentlichen darin, daß die Schere zwischen Bewilligungsmieten und Vergleichsmieten auf dem Wohnungsmarkt, die bei ca. 7 DM liegen, und den gegenwärtigen Kostenmieten, die zwischen 20 und 25 DM für den Quadratmeter liegen, nicht geschlossen werden könne. Dies liege einerseits an falschen Erwartungen der Bevölkerung, am hohen Bestand an Sozialwohnungen und an den Mieterschutzgesetzen.

Trotz steigender Wohnungsnot verweigert das Kapital die Anlage im Bereich der Wohnungspolitik. Die großen Lebensversicherungsgesellschaften machen ein Interesse an mindestens 4% Rendite geltend. Bis diese nicht möglich sei, würden sie im Wohnungsbau nicht anlegen.

Die Wohnungspreise sind insbesondere aufgrund der gestiegenen Boden- und Baupreise in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen. Auf dem Markt lassen sich trotz steigender Wohnungsnot die Kostenmieten bis zu 25 DM nicht durchsetzen. Daraus folgt für die Kapitalisten die Notwendigkeit, den Bestand an Sozialwohnungen zu vermindern, da diese durch die Mietbindung auf die Mieten drücken, sowie die Beseitigung des Mieterschutzes, der Mieterhöhungen erschwert.

Die Forderung nach Rückzug des Staates aus der Wohnungspolitik dreht sich darum, zu unterbinden, daß mit staatlichen Subventionen und relativ gebundenen Mieten ein Angebot von relativ preiswerten Wohnungen erhalten und geschaffen wird. So soll die Möglichkeit, durch hohe Nachfrage hohe Mieten auf dem freien Markt durchzusetzen, erleichtert werden.

Der Anteil des sozialen Wohnungsbaus beträgt gegenwärtig noch 30%, und das ist zu hoch. Es ist bereits weitgehend durchgesetzt, daß der Trend der Mieten im sozialen Wohnungsbau sich ebenfalls den Kostenmieten anpaßt, und der Bau von Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren bereits stark zurückgegangen. Was jetzt noch als störend empfunden wird, sind die Mieten in den Wohnungen zu relativ erschwinglichen Preisen, ohne die es möglich wäre, die *Mieten auf breiter Front anzuheben,* sowie der Bestand an Sozialwohnungen, der auf die Mieten drückt.

Es wurden bereits Maßnahmen eingeleitet: Durch steuerliche Vergünstigungen der Sanierung von Altbauwohnungen zum Zweck des Verwandelns in Wohneigentum wurde ein Teil dieses erschwinglichen Wohnraums aus dem Markt gezogen, ebenso durch den Ausverkauf der Sozialwohnungen durch Umwandlung in Eigentum. Diese Methoden waren in den letzten Jahren neben der Spekulation mit Grundstücken die Hauptmethode der Vertreibung von Mietern. Dies erscheint jedoch bei weitem nicht ausreichend.

Die Schritte der Bundesregierung gehen in die geforderte Richtung: Mit der Bewilligung von Staffelmieten bei Neuvermietungen sollen die Mieten insgesamt, und mit der Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau sollen die Mieten im sozialen Wohnungsbau angehoben werden.

Vielleicht scheint manchem der Vorschlag mit der Fehlbelegungsabgabe populär. Die CDU ist auch nur vorübergehend dafür. Was heißt Fehlbelegungsabgabe bei Sozialwohnungen?

sich ebenfalls den Kostenmieten anpaßt, und der Bau von Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren bereits stark zurückgegangen. Was jetzt noch als störend empfunden wird, sind die Mieten in den Wohnungen zu relativ erschwinglichen Preisen, ohne die es möglich wäre, die *Mieten auf breiter Front anzuheben,* sowie der Bestand an Sozialwohnungen, der auf die Mieten drückt.

Es wurden bereits Maßnahmen eingeleitet: Durch steuerliche Vergünstigungen der Sanierung von Altbauwohnungen zum Zweck des Verwandelns in Wohneigentum wurde ein Teil dieses erschwinglichen Wohnraums aus dem Markt gezogen, ebenso durch den Ausverkauf der Sozialwohnungen durch Umwandlung in Eigentum. Diese Methoden waren in den letzten Jahren neben der Spekulation mit Grundstücken die Hauptmethode der Vertreibung von Mietern. Dies erscheint jedoch bei weitem nicht ausreichend.

Die Schritte der Bundesregierung gehen in die geforderte Richtung: Mit der Bewilligung von Staffelmieten bei Neuvermietungen sollen die Mieten insgesamt, und mit der Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau sollen die Mieten im sozialen Wohnungsbau angehoben werden.

Vielleicht scheint manchem der Vorschlag mit der Fehlbelegungsabgabe populär. Die CDU ist auch nur vorübergehend dafür. Was heißt Fehlbelegungsabgabe bei Sozialwohnungen?
Die Berechtigung für eine Sozialwohnung wird nur bei Einzug überprüft. Die meisten Bewohner verlassen ihre Sozialwohnung nicht, auch wenn ihr Lohn gestiegen ist, weil das Angebot auf dem freien Markt für sie zu teuer ist. Das soll jetzt anders werden. Entweder raus oder zahlen. Auch diese Maßnahme wird keinen billigen Wohnraum schaffen. Doch die Überlegungen der CDU gehen weiter. Es soll der Anspruch auf Sozialwohnungen generell beseitigt werden, durch Beseitigung des sozialen Wohnungsbaus überhaupt. Die falsche Erwartungshaltung der breiten Masse, daß sie Anspruch auf eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau habe, sei nämlich das Haupthindernis für Mieterhöhungen auf breiter Front. Während die SPD überlegt, wie sie auch an dieser Front alle Hüllen fallen läßt, und bereits dabei ist, versucht sie, durch Vorschläge wie Erhöhung der Grundsteuer bei Spekulation sowie Verbesserung des Bauangebots in den Städten, die Hüterin des Sozialstaates zu mimen. Spekulation und Zugriff auf Bauland hängen beide an der Eigentumsfrage, und da will die SPD nicht ran. Den bürgerlichen Parteien scheint es eine schlechte Tradition, daß die Massen in der BRD davon ausgehen, daß der Staat für ein Angebot an erschwinglichem Wohnraum sorgen muß und sie sich für das freie Spiel der Kräfte des Marktes nicht erwärmen können. Zu Recht. Mit der Politik, die jetzt eingeleitet wird, nimmt die SPD ihren Abschied von sozialdemokratischer Sozialstaatspolitik im Wohnungsbau. Zielpunkt ist die Gewöhnung der Massen daran, 25 Prozent des Einkommens als Miete wegzuzahlen. Die Aussichten hierzu sind nicht gut.



Über 12000 beteiligten sich anläßlich des SPD-Parteitages am 2. Februar in Hamburg an der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf.

„Prawda" und „Neues Deutschland" befinden:

Lage in Polen „katastrophal verschlechtert"

gek. Folgt man der Darstellung der sowjetischen, ostdeutschen und tschechoslowakischen Presse, dann tobt in weiten Gebieten Polens die Konterrevolution. Die „Prawda" hat einen Bericht des Korrespondenten der DDR-Nachrichtenagentur ADN vom 3.2. nachgedruckt, in dem es heißt: „Die Spannungen im Land haben sich in gefährlichem Ausmaß verschärft, die Lage hat sich katastrophal verschlechtert. Die Führer von ‚Solidarność" provozieren Tag um Tag vorsätzlich Chaos



Über 12000 beteiligten sich anläßlich des SPD-Parteitages am 2. Februar in Hamburg an der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf.

„Prawda" und „Neues Deutschland" befinden:

Lage in Polen „katastrophal verschlechtert"

gek. Folgt man der Darstellung der sowjetischen, ostdeutschen und tschechoslowakischen Presse, dann tobt in weiten Gebieten Polens die Konterrevolution. Die „Prawda" hat einen Bericht des Korrespondenten der DDR-Nachrichtenagentur ADN vom 3.2. nachgedruckt, in dem es heißt: „Die Spannungen im Land haben sich in gefährlichem Ausmaß verschärft, die Lage hat sich katastrophal verschlechtert. Die Führer von ‚Solidarność" provozieren Tag um Tag vorsätzlich Chaos
und Anarchie. Was dem Beobachter im Lande seit langem deutlich wurde, tritt jetzt immer drastischer hervor: Diese Leute haben – im Bunde mit den Rädelsführern der antisozialistischen Gruppierung ‚KOR' – die Konterrevolution auf ihre Fahnen geschrieben ... Wer im Namen der Sicherung und Festigung der sozialistischen Ordnung gegen die Aktivitäten der ‚Solidarność'-Führer und ihrer konterrevolutionären Partner auftritt, ... wird in immer brutalerer Weise bedroht. Verantwortungsbewußte Arbeiter, die ihre Pflicht tun wollen, werden in Listen erfaßt und beschimpft, mitunter sogar mit Gewalt an der Arbeit gehindert. In vielen Wojewodschaften häufen sich in diesen Tagen Fälle, daß Partei- und Staatsfunktionäre, die das Schlimmste verhüten wollen, unter massiver Druckanwendung aus ihren Funktionen gedrängt werden ...".

Es stimmt: für bestimmte Leute hat sich die Lage in Polen abermals „katastrophal verschlechtert". Am Freitag früh ist auch der 10tägige Generalstreik in Bialsko-Biala erfolgreich beendet worden. Die gesamte, der privaten Bereicherung, Korruption und Unterdrückung beschuldigte Spitze der Wojewodschaft mußte von der Regierung fallen gelassen werden. Erfolgreich auch der Ausgang des Kampfs in einigen niederschlesischen Ortschaften; Villen und Erholungsheime für hohe Regierungsfunktionäre werden in öffentliche Sanatorien umgewandelt. In Ustrizyki Dolne ist den Bauern Entschädigung für beschlagnahmte Landwirtschaftsbetriebe und Waldgebiete zugesagt worden, die in Jagdreviere der neuen Bourgeoisie verwandelt worden waren. Insgesamt sind an die 30 000 Staats- und Parteifunktionäre bisher wegen Amtsmißbrauchs, Korruption, Unterschlagung etc. ausgeschlossen oder entlassen worden; viele stehn vor Gericht. Das ist viel.

Fast scheint es, als ob der immer rücksichtslosere äußere Druck nur dazu führt, daß die Verteidigungslinien, die die PVAP-Regierung eins ums andere Mal gegen die Arbeiter- und Volksbewegung errichtet, noch schneller zurückgenommen werden müssen. Trotz ihrer kategorischen Weigerung, die „Land-Solidarität" zuzulassen,

bisher wegen Amtsmißbrauchs, Korruption, Unterschlagung etc. ausgeschlossen oder entlassen worden; viele stehn vor Gericht. Das ist viel.

Fast scheint es, als ob der immer rücksichtslosere äußere Druck nur dazu führt, daß die Verteidigungslinien, die die PVAP-Regierung eins ums andere Mal gegen die Arbeiter- und Volksbewegung errichtet, noch schneller zurückgenommen werden müssen. Trotz ihrer kategorischen Weigerung, die „Land-Solidarität" zuzulassen,
sind die Verhandlungen im besetzten ehemaligen Gewerkschaftshaus von Rzeszów („die Lenin-Werft der Bauern") über einen Katalog von 69 Punkten vorangekommen. Am Dienstag soll der Oberste Gerichtshof seinen Spruch fällen. – Ebenso scheinen die Verhandlungen mit den 8 000 streikenden Studenten in Lódź gut zu stehen. Hier geht es um 55 Punkte, u.a.: studentische und akademische Selbstverwaltung, Registrierung des Unabhängigen Studentenverbandes, Abschaffung der *Pflicht*kurse in Marxismus-Leninismus und Änderung der Fremdsprachenregelungen (Russisch als erste Fremdsprache); u.a.m.

Eine andere wichtige Auseinandersetzung hat die PVAP-Führung auch noch verloren: seit Dezember hat sie eine offene Polemik gegen das KOR geführt, dessen Taktik auf die Errichtung einer „Doppelherrschaft" hinauslaufe. Es sollte ein Kampf um die politische Führung innerhalb von „Solidarność" werden. Der oberschlesische Gewerkschaftsvorsitzende Sienkiewicz, ein PVAP-Mitglied, das sich in einer „Säuberung" der Gewerkschaft versuchte, mußte selbst zurücktreten.

In der kommenden Woche wird das ZK-Plenum der PVAP zusammentreten, um die Programmthesen für den a.o. Parteitag Ende März / Anfang April zu beschließen, die schon jetzt äußerst umstritten sind. Von der Parteibasis kommen Forderungen, die Führung müsse ihre Taktik der schleppenden Verwirklichung des Danziger Abkommens, die ihr Punkt für Punkt abgerungen werden muß, aufgeben. Nach dem Parteikomitee von Krakau hat das von Lódź den Rücktritt der Regierung Pinkowski gefordert.

Brokdorf und die SPD

lup. Stoltenberg hatte 1976 versucht, Brokdorf zu einem Symbol zu machen. Durch eine Nacht- und Nebelaktion hatte er den Bauplatz in Brokdorf in eine Polizeifestung verwandeln lassen, als er die erste Teilerrichtungsgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerkes erteilte. Ein Symbol sollte Brokdorf sein für die Entschlossenheit der Regierung, das Kernenergieprogramm gegen den Widerstand der Massenbewegung durchzusetzen, die den Bau von Kernkraftwerken bekämpfte. Die Nacht- und Nebelaktion sollte diese Bewegung vor vollendete Tatsachen stellen und ihr einen empfindlichen Schlag versetzen. In welchen Größenordnungen Polizeihundertschaften eingesetzt wurden, um den Bauplatz zu verteidigen, ist bekannt. Tatsächlich ist Brokdorf aber zu einem Symbol für den Kampf gegen dieses Kernenergieprogramm geworden, dessen Kraft immerhin hinreichte, das Kernenergieprogramm der Bundesregierung erheblich ins Stocken zu bringen.

Die Entscheidung des Hamburger SPD-Parteitages gegen den Bau des Kernkraftwerks hat zwar keine direkten Konsequenzen für den Bau. Der SPD-Senat in Hamburg ist nicht an den Parteitagsbeschluß gebunden, die Hamburger HEW, die an Brokdorf zu 50% beteiligt ist, ist nicht unmittelbar an Senatsbeschlüsse gebunden, und selbst wenn Hamburg „aussteigt", wird die Bundesregierung mit Stoltenberg allein den Bau von Brokdorf fortsetzen, wahrscheinlich durch eine Beteiligung der bundeseigenen VEBA. In diesem Sinne haben sich bereits Schmidt, Baum und Lambsdorff geäußert. Nachdem Matthiesen die Position Schmidts nicht ändern konnte, ist er als Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein zurückgetreten. Er

durchzusetzen, die den Bau von Kernkraftwerken bekämpfte. Die Nacht- und Nebelaktion sollte diese Bewegung vor vollendete Tatsachen stellen und ihr einen empfindlichen Schlag versetzen. In welchen Größenordnungen Polizeihundertschaften eingesetzt wurden, um den Bauplatz zu verteidigen, ist bekannt. Tatsächlich ist Brokdorf aber zu einem Symbol für den Kampf gegen dieses Kernenergieprogramm geworden, dessen Kraft immerhin hinreichte, das Kernenergieprogramm der Bundesregierung erheblich ins Stocken zu bringen.

Die Entscheidung des Hamburger SPD-Parteitages gegen den Bau des Kernkraftwerks hat zwar keine direkten Konsequenzen für den Bau. Der SPD-Senat in Hamburg ist nicht an den Parteitagsbeschluß gebunden, die Hamburger HEW, die an Brokdorf zu 50% beteiligt ist, ist nicht unmittelbar an Senatsbeschlüsse gebunden, und selbst wenn Hamburg „aussteigt", wird die Bundesregierung mit Stoltenberg allein den Bau von Brokdorf fortsetzen, wahrscheinlich durch eine Beteiligung der bundeseigenen VEBA. In diesem Sinne haben sich bereits Schmidt, Baum und Lambsdorff geäußert. Nachdem Matthiesen die Position Schmidts nicht ändern konnte, ist er als Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein zurückgetreten. Er
hatte erklärt, im Falle eines SPD-Wahlsieges in Schleswig-Holstein werde Brokdorf nicht gebaut. Trotzdem ist der SPD-Parteitagsbeschluß von erheblicher Bedeutung. Er zeigt, daß das Kernenergieprogramm der Bundesregierung inzwischen zu den Maßnahmen gehört, die bedeutende Teile unterer Gliederungen der SPD nicht mehr mitzumachen bereit sind. Wesentlich für diese Entwicklung ist, daß es der Sozialdemokratie nicht mehr wie noch vor einigen Jahren gelingt, mit Hinweis auf die Gefährdung der Arbeitsplätze auf das Kernenergieprogramm einzuschwören. Auch wenn die Beschlüsse vor allem der IGM, der ÖTV und des DGB gelten, die sich für einen begrenzten Ausbau der Kernenergie aussprechen. Viele Gewerkschaftskörperschaften haben aber inzwischen den Standpunkt eingenommen, daß, solange die Sicherheit von Kernkraftwerken nicht garantiert werden könne, solange nicht einmal das Problem der Entsorgung gelöst sei, der Bau weiterer Kernkraftwerke auf keinen Fall geduldet werden könne.

Monatsregister Januar der Kommunistischen Volkszeitung (KVZ)

Materialheft: Wirtschaft u. Politik 2/81
Erscheint am 9.2.81/S. 32/Preis: 3,50 DM

Materialheft – Industrie und Gewerkschaften erscheint am 16.2.1981

Materialheft – Öffentliche Dienste und Gewerkschaften erscheint am 23.2.1981

Zu beziehen über Buchvertrieb Hager GmbH
Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234

Rege Debatte mit Rückzugstendenzen

acm. Gewalt gegen Eigentum, wenn es das der Reichen ist, geht der Bourgeoisie an den Nerv. Die Kämpfe gegen Wohnungsnot, kapitalistisches Elendsdasein von Teilen der Jugend und gegen das abenteuerliche Energieprogramm berühren diesen Nerv entschieden und haben eine intensive Debatte innerhalb der Bourgeoisie, ihres Anhangs und der Presse ausgelöst; über die Ursachen, das Schicksal der Jugend im allgemeinen, über den Autoritätsverlust des Staates, über Recht und Unrecht und an was man sich zu halten hat ... Die meisten Schreiber mühen sich etwas Philosophisches ab über die Schwierigkeit im Wohlfahrtsstaat und dergleichen. Aber natürlich ist es im Kern der Debatte die Frage: wie die Auseinandersetzung in den Griff bekommen, wie eine Ausweitung der Kämpfe verhindern, *ohne* die Ursachen – kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung der Willensäußerungen der Massen – auch nur anzutasten. Dabei ist die Latte der Maßnahmen, die erwogen werden, äußerst vielfältig.

Der Generalbundesanwalt will, gestützt auf die bestehenden Strafgesetze, prüfen, ob der § 129 ,,Kriminelle Vereinigung'' (strafbar mit Gefängnis und Zuchthaus bis zu 5 Jahren) in Frage kommt, und in der ,,Bild'' spricht man schon von 5 – 10 Jahren Gefängnis. Demgegenüber nimmt sich der Vorschlag von Bezirksvertreter Beckmann aus Frankfurt als Lobbyisten der Banken und Grundbesitzer – nach Hinterlegung von Geldbeträgen bei Demonstrationen – materieller aus, er denkt halt gleich ans Bare bei der Einschränkung des Demonstrationsrechtes. – Die CDU/CSU will für die Verschärfung des Demonstrationsrechts in Richtung Strafbarkeit bei ,,bloßem Dabeisein'' eintreten und das ,,Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens'', welches 1970 aufgehoben wurde, wieder in Kraft haben. – Aber da zeigen sich Positionen zur ,,Eingrenzung des Konflikts'', denn die Staatsanwaltschaft in Westberlin stellt schon Anträge auf Einstellung, wenn es sich nur um ,,friedliche'' Demonstranten handelt. Und der FDP-Abgeordnete Loch aus Westberlin hat schon die Amnestie für Demonstranten ins Gespräch gebracht, was aber als indiskutabel gilt. Doch der Rückzug auf ,,verständigere Positionen'' ist im Gange gegenüber der Bewegung. Denn der wirtschaftlichen Krise kann die politische folgen. Die allerdings fürchtet die Bourgeoisie.

Hearing zur Startbahn West im hessischen Landtag

klp.Frankfurt. Vom 2. bis 5. Februar fand im Hessischen Landtag in Wiesbaden die öffentliche Anhörung (Hearing) zur Startbahn West des Frankfurter Flughafens statt – eine bislang einmalige Sache in der 30jährigen Geschichte des Landtages. Angesichts der starken Bewegung gegen die Startbahn West sah sich die Landesregierung gezwungen. Sie wollte sie jedoch ihrerseits zur Propagierung des Startbahnbaus und zur Spaltung der Bewegung nutzen. Von der Landesregierung ursprünglich geplante Schwerpunkte waren wirtschaftliche, technische und Verkehrsfragen. Die Folgen des Baus für die Bevölkerung sollten nur am Rande behandelt werden. Entsprechend dieser Absicht setzte sich der eingeladene Personenkreis zusammen. Es waren im wesentlichen Startbahnbefürworter als Gutachter vorgesehen, z.B. die, die bereits beim Verwaltungsgerichtsprozeß in Kassel im Herbst vergangenen Jahres die Notwendigkeit des Startbahnbaus ,,begründet'' hatten. Geplant war eine Show, bei der das Ergebnis schon vorher fest stand, zumal Ministerpräsident Börner und Wirtschaftsminister Karry noch im Januar erklärten, daß die Startbahn gebaut werde, ,,komme was da wolle''.

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung und die betroffenen Kommunen drohten jedoch mit Boykott des Hearings, falls nicht bestimmte Forderungen erfüllt würden: Beteiligung der örtlichen Bürgerinitiative, Baustopp bis März, breite Öffentlichkeit, Gutachter, die von der BI und den Kommunen bestimmt werden, Öffentlichkeit der Veranstaltung. Die Landesregierung machte Zugeständnisse. Es wurden zusätzliche Gutachter eingeladen, die BI sollte das Recht haben, als Delegierte des BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) am Hearing teilzunehmen.

Der Verlauf des Hearings selber hat – wie erwartet – an den bestehenden Fronten nichts geändert. Die Ausbaubefürworter traten relativ geschlossen auf, wobei ihre Argumentation z.T. aber doch widersprüchlich war. In bezug auf die erwartete Kapazitätssteigerung – Hauptargument für den Ausbau – lagen die Prognosen zwischen 6 und 23%. Die Startbahngegner, in erster Linie die Bürgerinitiative und die Flughafenanliegergemeinden, konnten das Hearing nutzen, um die Folgen des Baus für die Bevölkerung darzulegen und die Ziele der Bewegung zu propagieren. Es wurden allerdings zu wenig die wirtschaftlich-technischen Argumente der Gegenseite auseinandergenommen, z.B. das Argument, daß die Startbahn West Arbeitsplätze schaffen würde. Für die Bewegung gegen die Startbahn ergeben sich nach dem Hearing bessere propagandistische Bedingungen. Sie müssen allerdings genutzt werden.



6000 demonstrierten in Wiesbaden anläßlich des Hearings mit einem Fackelzug gegen die Startbahn West. *Hier:* Kundgebung vor dem Landtag.

Eine politische Bombe der US-Regierung

bep. Der neue US-Verteidigungsminister Weinberger äußerte sich letzte Woche über die Stationierung von Neutronenwaffen in Westeuropa. ,,Die Möglichkeiten, die diese Waffe für die Stärkung der taktischen Atomstreitkräfte bietet, sind solcherart, daß wir von ihnen höchstwahrscheinlich gern Gebrauch machen würden'', sagte er. Das stand auch schon im Wahlprogramm der Republikanischen Partei. Die Entwicklung dieser Waffen war von Carter 1977 angekündigt worden. Über die Pläne, sie in Westeuropa zu stationieren, hatte es vor allem in Belgien, Holland und Westdeutschland heftige Auseinandersetzungen gegeben. Teile der SPD sprachen sich dagegen aus. Kanzler Schmidt machte sich für die Pläne der US-Regierung stark. Als Carter im April 79 erklärte, der Weiterbau der Neutronenwaffe werde auf unbestimmte Zeit verschoben, sah sich Schmidt verschaukelt.
Als Gründe für die Entscheidung der US-Regierung wurden die Auseinandersetzungen in den europäischen NATO-Staaten genannt sowie die Erwartung, die Sowjetunion werde als Gegenleistung die Produktion der neuen Mittelstreckenraketen drosseln. Die Sowjetunion beschleunigte jedoch die Einführung der SS-20-Raketen und
Beständigkeit'' in dieser Frage an. Seine Äußerung sollte signalisieren, daß sich die neue US-Regierung noch weniger als die alte durch den Widerstand der Völker und auch nicht durch Sonderinteressen der westeuropäischen Imperialisten an der Wahrnehmung ihrer Interessen hindern lassen will. Der Bundesregierung war das sichtlich unangenehm; sie zeigte sich überrascht und vermied eine Stellungnahme. Im März sollen Genscher und Apel in den USA genauere Erkundigungen einziehen. Die Bundesregierung hat eine Ausweitung der Auseinandersetzung um ihre Rüstungspolitik und die Stationierung der US-Raketen zu befürchten. Der SPD-Abgeordnete Scheer erklärte, mit der Neutronenwaffe steige die Gefahr, daß eine amerikanisch-sowjetische Auseinandersetzung mit Atomwaffen auf deutschem Boden ausgetragen werde. Daran ist soviel wahr, daß die Einführung dieser Waffen genauso wie die Stationierung der Mittelstreckenraketen die Möglichkeit der US-Regierung erhöht, eine atomare Auseinandersetzung mit der Sowjetunion von europäischem Boden aus zu inszenieren; aus diesem Grund gilt es, die Einführung der Neutronenwaffe ebenso zu verhindern wie die US-Mittelstreckenraketen. ,,Entspan-

Wahlvorbereitungen in Westberlin

söh. Westberlin. In Westberlin sind die Wahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien angelaufen. Die CDU hat jetzt mit der SPD fast gleichgezogen, was den Einsatz von Spitzenpolitikern aus Westdeutschland betrifft. Das beweist nochmals den hohen Stellenwert, den die bürgerlichen Parteien den Regierungspositionen in Westberlin wieder zumessen.
Die Wahlkampfthemen dagegen tragen stark kommunal- und sozialpolitischen Charakter. In der internationalen Politik und der speziellen ,,Deutschland-Politik'' wird Einigkeit demonstriert. CDU Spitzenkandidat Richard von Weizsäcker: ,,Zwischen Bundesregierung und Berliner Senat hat zu allen Zeiten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bestanden, und zwar ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Regierungen und Koalitionen in Bonn und Berlin.''
Schwerpunkt ist die Kommunal- und Sozialpolitik, weil von den dort schroff
weitere ,,Verbürokratisierung'' des Staates: ,,Der Staat muß weniger Gesetze schaffen, weil diese eine Mehrarbeit von Behörden-Bürokratie zur Folge hätten ... Dem Wuchern des öffentlichen Dienstes müsse aus Gründen der Erhaltung der Gesellschaft Einhalt geboten werden, wenn nicht eines Tages Arbeitnehmer in anderen Berufen fehlen sollten.'' Das ist einmal eine interessante Begründung für den Stellenabbau im öffentlichen Dienst.
Zuviel Staat hört man auch aus den Reihen der FDP. Guido Brunner, FDP-Wirtschaftssenator, überlegt laut die Reprivatisierung der Westberliner Eigenbetriebe. Angeblich, um gegen den ,,Filz'' in Staatspositionen vorzugehen. Gleichzeitig zielt aber die Maßnahme gegen das Westberliner Eigenbetriebsgesetz, welches den Beschäftigten erweiterte Personalvertretungsrechte zubilligt. Die FDP hat die größten Startschwierigkeiten für den Wahlkampf. Bonner FDP-Politiker scheuen
gramm für Altbausanierung. Die harte Linie gegenüber den Hausbesetzern überläßt man der Justiz und verweist auf deren Unabhängigkeit.
Der KBW unterstützt die Alternative Liste (AL) für den Einzug ins Abgeordnetenhaus mit dem taktischen Ziel, eine absolute Mehrheit der CDU und den Einzug der FDP ins Abgeordnetenhaus zu verhindern. Dadurch würde die Regierungsbildung unmittelbar von der AL beeinflußt. Das könnte eine relativ starke parlamentarische Position der demokratischen Kräfte geben. Allerdings ist die Verbindung der AL mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung schwach. Sie nimmt kaum Einfluß auf die Widersprüche zwischen dem gewerkschaftlichen und Regierungsflügel der SPD. Mit einem Programm, das auch gewerkschaftliche Forderungen z.B. gegen die Nacht- und Schichtarbeit, die Selbstverwaltung der Versicherungen und die gesetzliche Beschränkung des Normalarbeitstages
die wirtschaftlich-technischen Argumente der Gegenseite auseinandergenommen, z.B. das Argument, daß die Startbahn West Arbeitsplätze schaffen würde. Für die Bewegung gegen die Startbahn ergeben sich nach dem Hearing bessere propagandistische Bedingungen. Sie müssen allerdings genutzt werden.



6000 demonstrierten in Wiesbaden anläßlich des Hearings mit einem Fackelzug gegen die Startbahn West. Hier: Kundgebung vor dem Landtag.

Eine politische Bombe der US-Regierung

bep. Der neue US-Verteidigungsminister Weinberger äußerte sich letzte Woche über die Stationierung von Neutronenwaffen in Westeuropa. ,,Die Möglichkeiten, die diese Waffe für die Stärkung der taktischen Atomstreitkräfte bietet, sind solcherart, daß wir von ihnen höchstwahrscheinlich gern Gebrauch machen würden'', sagte er. Das stand auch schon im Wahlprogramm der Republikanischen Partei. Die Entwicklung dieser Waffen war von Carter 1977 angekündigt worden. Über die Pläne, sie in Westeuropa zu stationieren, hatte es vor allem in Belgien, Holland und Westdeutschland heftige Auseinandersetzungen gegeben. Teile der SPD sprachen sich dagegen aus. Kanzler Schmidt machte sich für die Pläne der US-Regierung stark. Als Carter im April 79 erklärte, der Weiterbau der Neutronenwaffe werde auf unbestimmte Zeit verschoben, sah sich Schmidt verschaukelt.

Als Gründe für die Entscheidung der US-Regierung wurden die Auseinandersetzungen in den europäischen NATO-Staaten genannt sowie die Erwartung, die Sowjetunion werde als Gegenleistung die Produktion der neuen Mittelstreckenraketen drosseln. Die Sowjetunion beschleunigte jedoch die Einführung der SS-20-Raketen, und was die USA angeht, so berichten amerikanische Zeitungen heute, die Entwicklung der Neutronenwaffe sei im stillen weitergetrieben worden.

Weinberger versicherte, die USA würden erst nach Beratung mit ihren Verbündeten handeln, und kündigte diesen etwas zweideutig eine ,,größere Beständigkeit'' in dieser Frage an. Seine Äußerung sollte signalisieren, daß sich die neue US-Regierung noch weniger als die alte durch den Widerstand der Völker und auch nicht durch Sonderinteressen der westeuropäischen Imperialisten an der Wahrnehmung ihrer Interessen hindern lassen will. Der Bundesregierung war das sichtlich unangenehm; sie zeigte sich überrascht und vermied eine Stellungnahme. Im März sollen Genscher und Apel in den USA genauere Erkundigungen einziehen. Die Bundesregierung hat eine Ausweitung der Auseinandersetzung um ihre Rüstungspolitik und die Stationierung der US-Raketen zu befürchten. Der SPD-Abgeordnete Scheer erklärte, mit der Neutronenwaffe steige die Gefahr, daß eine amerikanisch-sowjetische Auseinandersetzung mit Atomwaffen auf deutschem Boden ausgetragen werde. Daran ist soviel wahr, daß die Einführung dieser Waffen genauso wie die Stationierung der Mittelstreckenraketen die Möglichkeit der *US-Regierung* erhöht, eine atomare Auseinandersetzung mit der Sowjetunion von europäischem Boden aus zu inszenieren; aus diesem Grund gilt es, die Einführung der Neutronenwaffe ebenso zu verhindern wie die US-Mittelstreckenraketen. ,,Entspannung'' kann aber kein Ergebnis dieses Kampfes sein; auch ohne diese US-Waffen in Westeuropa wird die Sowjetunion nicht friedlicher sein. Der Kampf gegen die US-Hegemonie darf nicht den Kräften überlassen bleiben, die jedes Stückchen Selbständigkeit der Volksmassen der Sowjetunion zu Füßen legen wollen.

Wahlvorbereitungen in Westberlin

söh. Westberlin. In Westberlin sind die Wahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien angelaufen. Die CDU hat jetzt mit der SPD fast gleichgezogen, was den Einsatz von Spitzenpolitikern aus Westdeutschland betrifft. Das beweist nochmals den hohen Stellenwert, den die bürgerlichen Parteien den Regierungspositionen in Westberlin wieder zumessen.

Die Wahlkampfthemen dagegen tragen stark kommunal- und sozialpolitischen Charakter. In der internationalen Politik und der speziellen ,,Deutschland-Politik'' wird Einigkeit demonstriert. CDU Spitzenkandidat Richard von Weizsäcker: ,,Zwischen Bundesregierung und Berliner Senat hat zu allen Zeiten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bestanden, und zwar ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Regierungen und Koalitionen in Bonn und Berlin.''

Schwerpunkt ist die Kommunal- und Sozialpolitik, weil von den dort schroff aufgeworfenen Widersprüchen und den Kämpfen eben auch mehr und mehr Gefahr für den Einsatz ihres Aushängeschildes, des ,,Freien Westens'', in der politischen Auseinandersetzung mit der DDR und dem sowjetischen Imperialismus droht.

Der Vorsitzende der Sozialausschüsse der CDU, Norbert Blüm, präsentierte sich in Westberlin als Mann gegen weitere ,,Verbürokratisierung'' des Staates: ,,Der Staat muß weniger Gesetze schaffen, weil diese eine Mehrarbeit von Behörden-Bürokratie zur Folge hätten ... Dem Wuchern des öffentlichen Dienstes müsse aus Gründen der Erhaltung der Gesellschaft Einhalt geboten werden, wenn nicht eines Tages Arbeitnehmer in anderen Berufen fehlen sollten.'' Das ist einmal eine interessante Begründung für den Stellenabbau im öffentlichen Dienst.

Zuviel Staat hört man auch aus den Reihen der FDP. Guido Brunner, FDP-Wirtschaftssenator, überlegt laut die Reprivatisierung der Westberliner Eigenbetriebe. Angeblich, um gegen den ,,Filz'' in Staatspositionen vorzugehen. Gleichzeitig zielt aber die Maßnahme gegen das Westberliner Eigenbetriebsgesetz, welches den Beschäftigten erweiterte Personalvertretungsrechte zubilligt. Die FDP hat die größten Startschwierigkeiten für den Wahlkampf. Bonner FDP-Politiker scheuen den Wechsel nach Westberlin, weil sie befürchten, nach Aufgabe ihrer Position in Bonn am 10. Mai in Westberlin ohne jedes Mandat dazustehen.

Der SPD Flügel des Senats unter Vogel versucht Boden bei den Jungwählern gut zu machen. Kommissionen zur Sanierungsproblematik und zur Ausbildungsfrage sind eingerichtet worden. 20 Millionen gibt es als Sofortprogramm für Altbausanierung. Die harte Linie gegenüber den Hausbesetzern überläßt man der Justiz und verweist auf deren Unabhängigkeit.

Der KBW unterstützt die Alternative Liste (AL) für den Einzug ins Abgeordnetenhaus mit dem taktischen Ziel, eine absolute Mehrheit der CDU und den Einzug der FDP ins Abgeordnetenhaus zu verhindern. Dadurch würde die Regierungsbildung unmittelbar von der AL beeinflußt. Das könnte eine relativ starke parlamentarische Position der demokratischen Kräfte geben. Allerdings ist die Verbindung der AL mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung schwach. Sie nimmt kaum Einfluß auf die Widersprüche zwischen dem gewerkschaftlichen und Regierungsflügel der SPD. Mit einem Programm, das auch gewerkschaftliche Forderungen z.B. gegen die Nacht- und Schichtarbeit, die Selbstverwaltung der Versicherungen und die gesetzliche Beschränkung des Normalarbeitstages umfaßt, würde die AL sich zumindest punktuell mit dem Arbeiterflügel der SPD verbinden können.

Der Wahlkampf wird sich keineswegs auf die Kommunalpolitik beschränken. Die Forderung nach dem Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages und der Auflösung von NATO und Warschauer Pakt findet auch in der AL Befürworter.

Nach Räumung sofort erneute Besetzung

ilh.Göttingen. Die seit November '80 besetzten 2 Gebäude in Göttingen wurden Mittwoch nacht letzter Woche unter Einsatz starker Polizeikräfte geräumt, um Platz zu schaffen für den Neubau von 43 Eigentumswohnungen. Die Besetzer hatten die Häuser bereits verlassen. 2000 beteiligten sich an einer Demonstration gegen die Räumung, und es gelang noch in der gleichen Nacht, einen leerstehenden Teil des alten Klinikums zu besetzen. Sofortige Mietverträge und Freigabe aller leerstehenden Häuser sind Forderungen der erneuten Besetzung. Ein Versuch, den neu besetzten Teil zu räumen, scheiterte. Rund 3000 Menschen beteiligten sich am Donnerstag an der Verteidigung des besetzten Gebäudes und der Demonstration. Erst nach Rücksprache mit dem niedersächsischen Innenminister gestanden die Polizeikräfte durch Abzug ihre Niederlage ein. Eine Uni-Vollversammlung beschloß am Freitag, eine Demonstration am gleichen Tag zum Rat der Stadt zu unterstützen und Aktionstage in dieser Woche an der Universität durchzuführen.

NRW: DGB- Protestkundgebung gegen Sparprogramm

rik. Köln. Der DGB und GEW und ÖTV rufen für den 17. März zu einer landesweiten Demonstration in Düsseldorf gegen die von der Landesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen auf. Dieses Programm sieht eine halbjährige Besetzungssperre für jede zweite frei werdende Stelle vor, die Verschiebung des Einstellungstermins für Beamte vom 1.2. auf den 1.7., den Wegfall von 620 Lehrerstellen, eine generelle Beförderungssperre für Beamte von einem halben Jahr und die Ausgabenkürzung für die Anstellung von Hochschullehrern. Die Landesregierung ist damit auf den wütenden Protest der Gewerkschaften gestoßen. Frech hatte Ministerpräsident Rau erklärt, daß eine Beteiligung der Gewerkschaften bei Sparbeschlüssen für Beamte nicht erforderlich sei und Innenminister Schnoor hatte erklärt, daß ähnliche Maßnahmen auch für die Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden sollten, aber in diesem Bereich seien solche Maßnahmen wegen des Tarifvertragsrechts sehr viel schwieriger durchzusetzen. Auf Unterhöhlung des Tarifrechts zielte Raus Vorschlag, die Besoldungserhöhung um sechs Monate zu verschieben oder einheitlich 80 bzw. 100 DM zu zahlen. Aus Protest gegen dieses Programm sind der Landesvorsitzende und der Geschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei von ihren SPD-Ämtern zurückgetreten.

Koschnick: ,,Stiefmütterchen statt Orchideen''

mab. Bremen. Nachdem die Presse am Montag vergangener Woche über Rücktrittsdrohungen von 5 Senatoren während der Debatte um den Bremer Haushalt spekulierte, wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Erhöhung der Stadtwerketarife zum 1.4., Erhöhung der Gewerbesteuer, der Grundsteuer, wobei letztere zu einer Mehrbelastung der Mieten von monatlich mindestens 8 DM führt, sowie der Hundesteuer ab 1982, das sind die zusätzlichen Ergebnisse der 30stündigen Senatsdebatte. Nach wie vor sollen u.a. 450 Stellen gestrichen werden, ist die Hochschule Bremerhaven nicht gesichert, kein Geld vorhanden für die Fusion zweier Bremerhavener Werften sowie den Bau der Frauenklinik. Massiv unter Druck hatten u.a. der Bildungssenator, der Wirtschaftssenator wie der Senator für Gesundheit und Umweltschutz erklärt, bestimmte Maßnahmen seien nicht mehr vertretbar. Erfolg der Gewerkschaft und Personalräte: Die Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Bettenschlüssel wurde vorerst nicht beschlossen.

Heidelberg: 22 Monate Gefängnis im 4. Mathematiker-Prozeß

uhd.Heidelberg. Am 9.10.80 hatten die Grünen und Abgeordnete der FDP/DVP die baden-württembergische Landesregierung aufgefordert, über Prozesse und Ordnungsmaßnahmen gegen Studenten seit 1975 zu berichten und Amnestie zu erlassen. Diesen Antrag hat die CDU-Mehrheit inzwischen niedergebügelt. Währenddessen läuft in Heidelberg die Prozeßwelle weiter. Am 30.1.81 wurde der ehemalige Mathematik-Fachschaftsleiter T. Brückner zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Seit dem Germanistenprozeß vor einem Jahr ist dies das höchste Urteil. Hauptsächlich ging es im Verfahren um einen Klausurboykott 1978 in Mathematik, der wegen der einheitlichen und geschlossenen Aktionen der Studenten erfolgreich war. Trotz gegenteiliger Zusage in der Vorlesung hatte der Professor gegen 8 Fachschaftsvertreter Strafanzeigen erstattet.

Bundesrat lehnt Erhöhung des Lohns für Gefangene ab

ebk. Der Bundesrat hat am 30.1. den Gesetzentwurf der Bundesregierung abgelehnt, mit dem der Lohn von Strafgefangenen von bisher 5 auf 10% des durchschnittlichen Lohns aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellen erhöht und die Einbeziehung der Strafgefangenen in die Kranken- und Rentenversicherung beschlossen werden sollte. Die Bundesregierung hat denselben Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, den dieser bereits am Ende der 8. Legislaturperiode abgelehnt hatte. Das Strafvollzugsgesetz verpflichtet den Gesetzgeber, über eine Erhöhung des Arbeitslohns der Gefangenen bis spätestens 31.12.1980 zu befinden. Der Bundesrat hat abgelehnt, weil die Kosten des Gesetzentwurfs, geschätzt sind von der Regierung 109 Mio. DM, von den Ländern zu tragen sind. Der 4. Strafverteidigertag hat gefordert, Gefangenen den vollen Lohn zu zahlen.

„Der Fluß wird leben“

Schwierige Kämpfe der Samek um Anerkennung als Urbevölkerung und um das Recht auf Land und Wasser

ref.Lillehammer. Seit über 10 Jahren kämpfen die Samek der Finnmark in Nordnorwegen gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes am Alta-Fluß.

Nachdem die norwegische Regierung am 14. Januar dieses Jahres den Bau eines Weges für die Baufahrzeuge wieder aufgenommen hat und diesen mit starkem Polizeieinsatz schützt, ist der Kampf in eine entscheidende und zugleich schwierige Phase getreten. Begonnen hat der Kampf 1970, als Pläne der Norwegischen Wasser-und Elektrizitätswerke (NVE) bekannt wurden, nach denen mehrere Dörfer und ein großes Gebiet, das für die Rentierzucht wichtig ist, eingedämmt und unter Wasser gesetzt werden sollten. Unter Führung der Einwohner des Dorfes Masi, das hauptsächlich betroffen war, fanden große Demonstrationen statt, die dazu führten, daß die Pläne erheblich reduziert werden mußten. Auf den Bildern von den damaligen Demonstrationen sieht man hauptsächlich die Parole „Wir kamen zuerst!“ Damit sollte vor allem zum Ausdruck gebracht werden, daß die Samek, denen mit dem Dammbau die Grundlagen ihrer ursprünglichen Produktionsweisen (Rentierzucht, Fischfang, speziell Lachs) entzogen werden, seit je her in diesem Land gelebt haben, und daß sie mit dem Recht, als Urbevölkerung anerkannt zu werden, nun auch das Recht auf Land und Wasser fordern.

Die Pläne wurden reduziert auf eine Eindämmung das Alta-Flusses bei Sautso (= Alta-Canyon; der größte in Europa) und 1978 und 1979 bei zweimaliger Behandlung im Parlament, dem Storting, beschlossen. Bei Baubeginn im Juni 1979 kam es zu erneuten Demonstrationen, bei denen Demonstranten den Zufahrtsweg sperrten, indem sie sich vor die Baumaschinen setzten und mit Ketten gegenseitig fesselten. Obwohl sie von der Polizei wegtransportiert wurden, hielten die Aktionen bei Stilla über 3 Monate an. Gleichzeitig schlugen in Oslo Samek vor dem Stortingsgebäude ein Lager (lavvo) auf und 7 Samek traten in den Hungerstreik. Nachdem sie von der Polizei entfernt worden waren, kam es zu äußerst starken Protestdemonstrationen und die Regierung Nordli mußte die Bauarbeiten stoppen lassen unter dem Hinweis, daß man Zeit und Gelegenheit brauche, um die „legitimen Rechte“ der Samek zu bewahren.

Gleichzeitg wurden von der Regierung direkte Gespräche mit Samek-Organisationen aufgenommen und ein Regierungsausschuß zur Untersuchung der Rechte der Samek eingesetzt. Es wird erwartet, daß dieser Ausschuß im Herbst dieses Jahres seine Ergebnisse vorlegen wird. Politisch wurde gleichzeitig von der Regierung der Versuch unternommen, die Frage der Rechte der Samek vom Ausbau des Alta-Flusses abzutrennen.

Im Frühjahr 1980 wurde im Storting erneut der Ausbau des Flusses beschlossen. Im Herbst 1980 fanden einige wichtige Prozesse statt. Zunächst wurden vom Lokalgericht in Alta die drei Leiter der Stilla-Aktion von 1979 freigesprochen. Wir haben damals darüber berichtet und geschrieben, daß dies ein wichtiger Erfolg für die Samek war. Im Januar ist dieses Urteil vom „Höchsten Gericht“ revidiert worden und die Demonstranten müssen zahlen. Auch die 7 Hungerstreiker aus Oslo wurden zu harten Geldstrafen verurteilt.

Für die neueren Ereignisse war wiederum ein Urteil des Lokal-Gerichtes in Alta entscheidend, in dem bei einer Mehrheit von 4:3 Stimmen der Baustopp aufgehoben wurde. Die Regierung hatte sich auf den Baubeginn militärisch seit Herbst intensiv vorbereitet. Die Ausbau-Gegner unter Anleitung der „Volksaktion“ in Alta hatten sich ebenfalls darauf vorbereitet, angekettet bei Schnee und Temperaturen von −45° C die Bauarbeiten zu verhindern. Seit dem Baubeginn am 14.1. hat die Regierung, nachdem sie die Sperren verhältnismäßig schnell räumen konnte, militärisch einen Erfolg errungen. Nach einem Polizeiüberfall auf ein Lager von Demonstranten bei Alta mußte die „Volksaktion“ ihre Tätigkeiten in Stilla zunächst zurückschrauben. Weiterhin sind aber noch Demonstranten in Stilla und die „Volksaktion“ fordert ihre Anhänger auf, sich für kurzfristige Anreise bereitzuhalten, um die Aktionen in Stilla wieder verstärken zu können. In Oslo sind seit dem 25. Januar 5 Samek in erneuten Hungerstreik getreten.





Ein bekanntes westdeutsches Magazin hat versucht, diesen Kampf zu einem perspektivlosen Umweltschutztheater herunterzuspielen, das es nötig hat, seine Demonstranten aus Oslo einzufliegen. Welche Triebkräfte stecken wirklich in diesem Kampf und welche Perspektiven hat er? In einem Flugblatt einer Studentengruppe in Oslo kann man lesen: „Viele Alta-Fahrer sind als Naturschutzanhänger nach Norden gereist und kommen mit einer etwas anderen Perspektive wieder: daß es die samepolitischen Perspektiven sind, um die sich der Alta-Ausbau genauer gesehen dreht.“ Das trifft den Kern. Nach jahrhundertelanger kolonialer Unterdrückung ist der Kampf um den Alta-Fluß zum Kristallisationspunkt geworden im Kampf der Samek um ihre nationale Identität, Rechte, die ihre ursprünglichen Produktionsweisen schützen und ihnen Raum zur Weiterentwicklung geben, und als nächstes Kampfziel, Anerkennung als Urbevölkerung. Die 5 Samek, die jetzt im Hungerstreik sind, haben folgende Forderungen an die Regierung gestellt:

„1. Es wird schnellstens ein demokratisch gewähltes Organ für die Samek errichtet, das beschließende Autorität in wesentlichen Angelegenheiten der Samek erhält. Dieses Organ behandelt Eingriffe in samische Gebiete und faßt Beschluß über eventuelle Disposition des Alta-Kautokeino-Wasserlaufes. 2. Das beinhaltet, daß die Bauarbeiten in Alta umgehend gestoppt werden. 3. Die Samek erhalten Status als Urbevölkerung im norwegischen Grundgesetz. 4. Der jetzige norwegische Samerat und der Samische Ausschuß und Rat hören auf und diese Funktionen gehen an die politischen Organe über. 5. Wegen der Stilla-Aktion mit Geldbußen belegte Samek werden freigesprochen.“ (Klassekampen)

Die Forderungen der Samek nach demokratischen politischen Organen, Hoheitsrechten über Land und Wasser, Schutz ihrer traditionellen Produktionsweisen und ihrer Kultur sind ausführlich und genau im „Samepolitischen Programm“ formuliert, das 1980 auf der 11. Nordischen Samekonferenz beschlossen wurde. Dieses Programm ist ein großer historischer Fortschritt im Kampf der Samek um ihre Einheit, seit 1904 die Samek-Frau Elsa Laula die Samek zur Bildung einer einheitlichen Vereinigung aufgerufen hat.

Internationale Unterstützung finden die Samek auch bei den Inuit (Eskimo) in Grönland und der Urbevölkerung der dänischen Färöer-Inseln. Die regierenden Sozialdemokraten Norwegens haben ihrerseits alles getan, um die Samek zu spalten. Über LO, den größten norwegischen Gewerkschaftsverband, haben sie eine sogenannte „Samische Landesorganisation“ mit 40000 Kr. unterstützt, die den Alta-Ausbau begrüßt und dafür demonstriert hat, daß man nicht „zu einem Leben als Samek verdammt wird.“

Der Kampf der Samek um ihre Rechte als Urbevölkerung ist zur Zeit in einer schwierigen Situation. Zwar ist die Regierung in der Alta-Frage landesweit stark in Bedrängnis; es wird als äußerst peinlich empfunden, daß Norwegen sich in der UNO in Bezug auf Rechte von Urbevölkerungen zu profilieren versucht, während gleichzeitig auf den Rechten der Samek herumgetrampelt wird (siehe Bild: „Arme Indianer“). Daß Staatsminister Nordli jetzt seinen Hut nehmen mußte, daran haben die Samek sicher einigen Anteil. Auf der anderen Seite wiegt es schwer, daß von Seiten der norwegischen Gewerkschaftsbewegung bislang noch so gut wie keine Unterstützung gekommen ist. Militärisch hat sich die Polizei in Stilla bis dato als überlegen erwiesen. Gleichzeitig hat in Schweden das oberste Gericht im „Jämtland-Prozeß“ ein Urteil gefällt, nach dem die schwedischen Samek *kein* Recht auf Land und Wasser haben. Aber die Samek kämpfen zäh um ihre Einheit und den Sieg. Aus der Parole „Laßt den Fluß leben!“ ist „Elva Skal leve“ geworden, was sich übersetzen läßt: „Der Fluß soll leben“ oder „Der Fluß *wird* leben!“

Wir Samek sind ein Volk – eine Nation

Samepolitisches Programm, beschlossen auf der 11. Nordischen Samekonferenz

I. Nationale Voraussetzung der Samek

1. Wir Samek sind ein Volk und die Landesgrenzen sollen nicht unsere Volksgemeinschaft brechen.

2. Wir haben unsere eigene Geschichte, unsere Traditionen, unsere

4. daß die samische Sprache gesetzlich verankerten Status als offizielle Sprache erhält;

5. daß die samische Gesellschaftsordnung und die repräsentativen Organe der Samek offiziell anerkannt wer-

stimmt und umfassen Dinge wie:
– daß samische Sprache öffentlichen Schutz erhält;
– daß Samisch an Schulen sowohl als Muttersprache wie als Fremdsprache unterrichtet wird und daß Samisch als

– das Recht, samisch zu lehren;
– das Recht, samische Vereinigungen zu gründen oder darin Mitglied zu sein;
– das Recht, sich als Same registrieren zu lassen, wenn es ein solches Register gibt;
– Stimmrecht bei öffentlichen samischen Wahlen, wenn solche abgehalten werden; (...)

IV. Durchführung der Zielsetzungen

schen Rechte der Samek verletzen. Die Hauptorganisationen der Samek oder ihre repräsentativen Organe sollen volle Möglichkeit haben, ihre Ansichten vorzutragen. Die samischen repräsentativen Organe sollen in bestimmten Sachen *Vetorecht* haben.

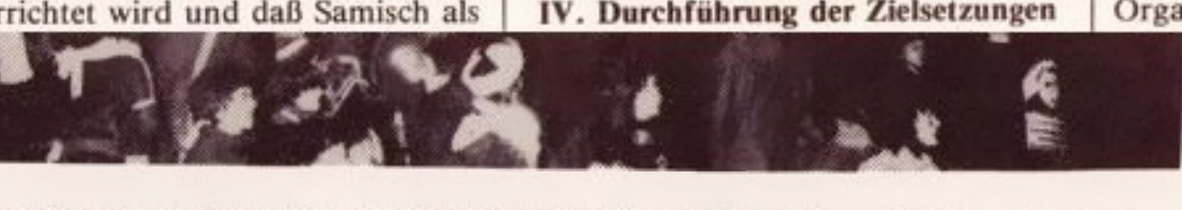
c) In jedem Land wird durch Gesetz ein repräsentatives samisches Organ anerkannt. Das kann ein gemeinsames Organ sein, bestehend aus den Haupt-

---

bep. Der neue US-Verteidigungsminister Weinberger äußerte sich letzte Woche über die Stationierung von Neutronenwaffen in Westeuropa. „Die Möglichkeiten, die diese Waffe für die Stärkung der taktischen Atomstreitkräfte bietet, sind solcherart, daß wir von ihnen höchstwahrscheinlich gern Gebrauch machen würden“, sagte er. Das stand auch schon im Wahlprogramm der Republikanischen Partei. Die Entwicklung dieser Waffen war von Carter 1977 angekündigt worden. Über die Pläne, sie in Westeuropa zu stationieren, hatte es vor allem in Belgien, Holland und Westdeutschland heftige Auseinandersetzungen gegeben. Teile der SPD sprachen sich dagegen aus. Kanzler Schmidt machte sich für die Pläne der US-Regierung stark. Als Carter im April 79 erklärte, der Weiterbau der Neutronenwaffe werde auf unbestimmte Zeit verschoben, sah sich Schmidt verschaukelt.

Als Gründe für die Entscheidung der US-Regierung wurden die Auseinandersetzungen in den europäischen NATO-Staaten genannt sowie die Erwartung, die Sowjetunion werde als Gegenleistung die Produktion der neuen Mittelstreckenraketen drosseln. Die Sowjetunion beschleunigte jedoch die Einführung der SS-20-Raketen, und was die USA angeht, so berichten amerikanische Zeitungen heute, die Entwicklung der Neutronenwaffe sei im stillen weitergetrieben worden.

Weinberger versicherte, die USA würden erst nach Beratung mit ihren Verbündeten handeln, und kündigte diesen etwas zweideutig eine „größere Beständigkeit“ in dieser Frage an. Seine Äußerung sollte signalisieren, daß sich die neue US-Regierung noch weniger als die alte durch den Widerstand der Völker und auch nicht durch Sonderinteressen der westeuropäischen Imperialisten an der Wahrnehmung ihrer Interessen hindern lassen will. Der Bundesregierung war das sichtlich unangenehm; sie zeigte sich überrascht und vermied eine Stellungnahme. Im März sollen Genscher und Apel in den USA genauere Erkundigungen einziehen. Die Bundesregierung hat eine Ausweitung der Auseinandersetzung um ihre Rüstungspolitik und die Stationierung der US-Raketen zu befürchten. Der SPD-Abgeordnete Scheer erklärte, mit der Neutronenwaffe steige die Gefahr, daß eine amerikanisch-sowjetische Auseinandersetzung mit Atomwaffen auf deutschem Boden ausgetragen werde. Daran ist soviel wahr, daß die Einführung dieser Waffen genauso wie die Stationierung der Mittelstreckenraketen die Möglichkeit der *US-Regierung* erhöht, eine atomare Auseinandersetzung mit der Sowjetunion von europäischem Boden aus zu inszenieren; aus diesem Grund gilt es, die Einführung der Neutronenwaffe ebenso zu verhindern wie die US-Mittelstreckenraketen. „Entspannung“ kann aber kein Ergebnis dieses Kampfes sein; auch ohne diese US-Waffen in Westeuropa wird die Sowjetunion nicht friedlicher sein. Der Kampf gegen die US-Hegemonie darf nicht den Kräften überlassen bleiben, die jedes Stückchen Selbständigkeit der Volksmassen der Sowjetunion zu Füßen legen wollen.



6000 demonstrierten in Wiesbaden anläßlich des Hearings mit einem Fackelzug gegen die Startbahn West. *Hier:* Kundgebung vor dem Landtag.

nommen, z.B. das Argument, daß die Startbahn West Arbeitsplätze schaffen würde. Für die Bewegung gegen die Startbahn ergeben sich nach dem Hearing bessere propagandistische Bedingungen. Sie müssen allerdings genutzt werden.

Wahlvorbereitungen in Westberlin

söh.Westberlin. In Westberlin sind die Wahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien angelaufen. Die CDU hat jetzt mit der SPD fast gleichgezogen, was den Einsatz von Spitzenpolitikern aus Westdeutschland betrifft. Das beweist nochmals den hohen Stellenwert, den die bürgerlichen Parteien den Regierungspositionen in Westberlin wieder zumessen.

Die Wahlkampfthemen dagegen tragen stark kommunal- und sozialpolitischen Charakter. In der internationalen Politik und der speziellen „Deutschland-Politik“ wird Einigkeit demonstriert. CDU Spitzenkandidat Richard von Weizsäcker: „Zwischen Bundesregierung und Berliner Senat hat zu allen Zeiten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bestanden, und zwar ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Regierungen und Koalitionen in Bonn und Berlin.“

Schwerpunkt ist die Kommunal- und Sozialpolitik, weil von den dort schroff aufgeworfenen Widersprüchen und den Kämpfen eben auch mehr und mehr Gefahr für den Einsatz ihres Aushängeschildes, des „Freien Westens“, in der politischen Auseinandersetzung mit der DDR und dem sowjetischen Imperialismus droht.

Der Vorsitzende der Sozialausschüsse der CDU, Norbert Blüm, präsentierte sich in Westberlin als Mann gegen weitere „Verbürokratisierung“ des Staates: „Der Staat muß weniger Gesetze schaffen, weil diese eine Mehrarbeit von Behörden-Bürokratie zur Folge hätten ... Dem Wuchern des öffentlichen Dienstes müsse aus Gründen der Erhaltung der Gesellschaft Einhalt geboten werden, wenn nicht eines Tages Arbeitnehmer in anderen Berufen fehlen sollten.“ Das ist einmal eine interessante Begründung für den Stellenabbau im öffentlichen Dienst.

Zuviel Staat hört man auch aus den Reihen der FDP. Guido Brunner, FDP-Wirtschaftssenator, überlegt laut die Reprivatisierung der Westberliner Eigenbetriebe. Angeblich, um gegen den „Filz“ in Staatspositionen vorzugehen. Gleichzeitig zielt aber die Maßnahme gegen das Westberliner Eigenbetriebsgesetz, welches den Beschäftigten erweiterte Personalvertretungsrechte zubilligt. Die FDP hat die größten Startschwierigkeiten für den Wahlkampf. Bonner FDP-Politiker scheuen den Wechsel nach Westberlin, weil sie befürchten, nach Aufgabe ihrer Position in Bonn am 10. Mai in Westberlin ohne jedes Mandat dazustehen.

Der SPD Flügel des Senats unter Vogel versucht Boden bei den Jungwählern gut zu machen. Kommissionen zur Sanierungsproblematik und zur Ausbildungsfrage sind eingerichtet worden. 20 Millionen gibt es als Sofortprogramm für Altbausanierung. Die harte Linie gegenüber den Hausbesetzern überläßt man der Justiz und verweist auf deren Unabhängigkeit.

Der KBW unterstützt die Alternative Liste (AL) für den Einzug ins Abgeordnetenhaus mit dem taktischen Ziel, eine absolute Mehrheit der CDU und den Einzug der FDP ins Abgeordnetenhaus zu verhindern. Dadurch würde die Regierungsbildung unmittelbar von der AL beeinflußt. Das könnte eine relativ starke parlamentarische Position der demokratischen Kräfte geben. Allerdings ist die Verbindung der AL mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung schwach. Sie nimmt kaum Einfluß auf die Widersprüche zwischen dem gewerkschaftlichen und Regierungsflügel der SPD. Mit einem Programm, das auch gewerkschaftliche Forderungen z.B. gegen die Nacht- und Schichtarbeit, die Selbstverwaltung der Versicherungen und die gesetzliche Beschränkung des Normalarbeitstages umfaßt, würde die AL sich zumindest punktuell mit dem Arbeiterflügel der SPD verbinden können.

Der Wahlkampf wird sich keineswegs auf die Kommunalpolitik beschränken. Die Forderung nach dem Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages und der Auflösung von NATO und Warschauer Pakt findet auch in der AL Befürworter.

Nach Räumung sofort erneute Besetzung

ilh.Göttingen. Die seit November '80 besetzten 2 Gebäude in Göttingen wurden Mittwoch nacht letzter Woche unter Einsatz starker Polizeikräfte geräumt, um Platz zu schaffen für den Neubau von 43 Eigentumswohnungen. Die Besetzer hatten die Häuser bereits verlassen. 2000 beteiligten sich an einer Demonstration gegen die Räumung, und es gelang noch in der gleichen Nacht, einen leerstehenden Teil des alten Klinikums zu besetzen. Sofortige Mietverträge und Freigabe aller leerstehenden Häuser sind Forderungen der erneuten Besetzung. Ein Versuch, den neu besetzten Teil zu räumen, scheiterte. Rund 3000 Menschen beteiligten sich am Donnerstag an der Verteidigung des besetzten Gebäudes und der Demonstration. Erst nach Rücksprache mit dem niedersächsischen Innenminister gestanden die Polizeikräfte durch Abzug ihre Niederlage ein. Eine Uni-Vollversammlung beschloß am Freitag, eine Demonstration am gleichen Tag zum Rat der Stadt zu unterstützen und Aktionstage in dieser Woche an der Universität durchzuführen.

NRW: DGB- Protestkundgebung gegen Sparprogramm

rik. Köln. Der DGB und GEW und ÖTV rufen für den 17. März zu einer landesweiten Demonstration in Düsseldorf gegen die von der Landesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen auf. Dieses Programm sieht eine halbjährige Besetzungssperre für jede zweite frei werdende Stelle vor, die Verschiebung des Einstellungstermins für Beamte vom 1.2. auf den 1.7., den Wegfall von 620 Lehrerstellen, eine generelle Beförderungssperre für Beamte von einem halben Jahr und die Ausgabenkürzung für die Anstellung von Hochschullehrern. Die Landesregierung ist damit auf den wütenden Protest der Gewerkschaften gestoßen. Frech hatte Ministerpräsident Rau erklärt, daß eine Beteiligung der Gewerkschaften bei Sparbeschlüssen für Beamte nicht erforderlich sei und Innenminister Schnoor hatte erklärt, daß ähnliche Maßnahmen auch für die Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden sollten, aber in diesem Bereich seien solche Maßnahmen wegen des Tarifvertragsrechts sehr viel schwieriger durchzusetzen. Auf Unterhöhlung des Tarifrechts zielte Raus Vorschlag, die Besoldungserhöhung um sechs Monate zu verschieben oder einheitlich 80 bzw. 100 DM zu zahlen. Aus Protest gegen dieses Programm sind der Landesvorsitzende und der Geschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei von ihren SPD-Ämtern zurückgetreten.

Koschnick: „Stiefmütterchen statt Orchideen“

mab. Bremen. Nachdem die Presse am Montag vergangener Woche über Rücktrittsdrohungen von 5 Senatoren während der Debatte um den Bremer Haushalt spekulierte, wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Erhöhung der Stadtwerketarife zum 1.4., Erhöhung der Gewerbesteuer, der Grundsteuer, wobei letztere zu einer Mehrbelastung der Mieten von monatlich mindestens 8 DM führt, sowie der Hundesteuer ab 1982, das sind die zusätzlichen Ergebnisse der 30stündigen Senatsdebatte. Nach wie vor sollen u.a. 450 Stellen gestrichen werden, ist die Hochschule Bremerhaven nicht gesichert, kein Geld vorhanden für die Fusion zweier Bremerhavener Werften sowie den Bau der Frauenklinik. Massiv unter Druck hatten u.a. der Bildungssenator, der Wirtschaftssenator wie der Senator für Gesundheit und Umweltschutz erklärt, bestimmte Maßnahmen seien nicht mehr vertretbar. Erfolg der Gewerkschaft und Personalräte: Die Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Bettenschlüssel wurde vorerst nicht beschlossen.

Heidelberg: 22 Monate Gefängnis im 4. Mathematiker-Prozeß

uhd.Heidelberg. Am 9.10.80 hatten die Grünen und Abgeordnete der FDP/DVP die baden-württembergische Landesregierung aufgefordert, über Prozesse und Ordnungsmaßnahmen gegen Studenten seit 1975 zu berichten und Amnestie zu erlassen. Diesen Antrag hat die CDU-Mehrheit inzwischen niedergebügelt. Währenddessen läuft in Heidelberg die Prozeßwelle weiter. Am 30.1.81 wurde der ehemalige Mathematik-Fachschaftsleiter T. Brückner zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Seit dem Germanistenprozeß vor einem Jahr ist dies das höchste Urteil. Hauptsächlich ging es im Verfahren um einen Klausurboykott 1978 in Mathematik, der wegen der einheitlichen und geschlossenen Aktionen der Studenten erfolgreich war. Trotz gegenteiliger Zusage in der Vorlesung hatte der Professor gegen 8 Fachschaftsvertreter Strafanzeigen erstattet.

Bundesrat lehnt Erhöhung des Lohns für Gefangene ab

ebk. Der Bundesrat hat am 30.1. den Gesetzentwurf der Bundesregierung abgelehnt, mit dem der Lohn von Strafgefangenen von bisher 5 auf 10% des durchschnittlichen Lohns aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellen erhöht und die Einbeziehung der Strafgefangenen in die Kranken- und Rentenversicherung beschlossen werden sollte. Die Bundesregierung hat denselben Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, den dieser bereits am Ende der 8. Legislaturperiode abgelehnt hatte. Das Strafvollzugsgesetz verpflichtet den Gesetzgeber, über eine Erhöhung des Arbeitslohns der Gefangenen bis spätestens 31.12.1980 zu befinden. Der Bundesrat hat abgelehnt, weil die Kosten des Gesetzentwurfs, geschätzt sind von der Regierung 109 Mio. DM, von den Ländern zu tragen sind. Der 4. Strafverteidigertag hat gefordert, Gefangenen den vollen Lohn zu zahlen.

Dokument

Starke Präsenz der Blockfreien in der Welt

von Miloś Minić
Mitglied des Präsidiums des ZK des
Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

lup. Vom 7. bis zum 14. Februar wird in Neu-Delhi die Außenministerkonferenz der Blockfreien tagen. Wie schon in Havanna wird es auch auf dieser Konferenz zu Auseinandersetzungen kommen zwischen den Kräften, die die Blockfreienbewegung in ein Anhängsel des Expansionismus der Sowjetunion verwandeln wollen, und den Kräften, die den Charakter und die Prinzipien der Blockfreienbewegung verteidigen. Kuba, gegenwärtig Vorsitzender der Blockfreienbewegung, und andere Länder wie Vietnam beabsichtigen, eine Schlußerklärung durchzusetzen, die einseitig Aggressionen des US-Imperialismus und seiner Filialen wie Israel und Südafrika verurteilt, die Aggressionen der Sowjetunion aber ignoriert. Einige islamische Länder haben inzwischen erklärt, sie würden keiner Resolution zustimmen, die nicht die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt. Die ASEAN-Staaten haben die Teilnahme des Demokratischen Kampuchea an der Konferenz gefordert, das durch die indische Regierung nicht zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen wurde. – Der folgende auszugsweise wiedergegebene Aufsatz von Miloś Minić aus „Internationale Politik" vom 20. Dezember 1980 dokumentiert den Standpunkt, den Jugoslawien in dieser Auseinandersetzung vertritt.

... Daß die Bewegung in ihren Reihen auf Schwierigkeiten stößt, ist unbestreitbar und kann nicht negiert werden. Die Unterschiede zwischen den blockfreien Ländern, die Konflikte und sogar bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen blockfreien Ländern, die schwierige Beilegung der Streitfragen zwischen den blockfreien Ländern auf friedlichem Wege sind eine Realität geworden, die andauert. Auch das kann nicht negiert werden.

Die Schwierigkeiten lähmen die Aktionen der wichtigsten Körperschaften der Bewegung, wie zum Beispiel diejenigen des Koordinantionsbüros, wenn auf der Tagesordnung einzelne Fragen stehen, für die zwischen den blockfreien Ländern weder in den politischen Stellungnahmen noch in den Aktionen zur Lösung solcher Fragen ein Konsens besteht. Auch das trifft zu, und auch das kann nicht negiert werden. (...)

Seitdem die Meinungsverschiedenheiten in Hinblick auf die Orientierung, Rolle und Eigenart der Politik und Bewegung der Blockfreiheit sowie die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Fragen von Kampuchea, Afghanistan, des iranisch-irakischen Krieges und gewisse andere Unterschiede und Konflikte eine größere Rolle in der Aktivität der Bewegung zu spielen begonnen haben, wird eine größere Anzahl der Aktionen der blockfreien Länder von Ad-hoc-Gruppen – außerhalb der erwähnten Körperschaften und Arbeitsgruppen – in Gang gesetzt, die auf Initiative einzelner Länder oder einzelner Ländergruppen gebildet werden. Beispiele sind: die Resolution über Afghanistan in der Vollversammlung; das Ergebnis der Abstimmung über den Sitz von Kampuchea in den Vereinten Nationen und die Aktion der Gruppe im Sicherheitsrat in Verbindung mit dem iranisch-irakischen Krieg. Erwähnenswert ist auch die jüngste Aktion einer Gruppe von blockfreien Ländern, einen organisierten Körper der blockfreien Länder für gute Dienste im iranisch-irakischen Krieg zu bilden. Diese Gruppe hatte vor kurzem eine Konferenz auf Ministerebene in Belgrad. (...)

Unsere Standpunkte nannte man Opportunismus; man beschuldigte uns der Äquidistanz zu den Blöcken; man beschuldigte uns der Verbindung mit der Politik des amerikanischen Imperialismus und des chinesischen „Expansionismus" (man weiß, wer das getan hat; ich brauche keine Namen zu nennen). Es ist allgemein bekannt, daß auf der 6. Konferenz in Havanna diese „neuen Kräfte" mit ihrer Offensive versuchten, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Sie erzielten jedoch nur sehr magere Resultate. Die überwältigende Mehrheit der blockfreien Länder hat diese Offensive entschlossen abgewehrt und die Grundprinzipien und Ziele, die Rolle, die Orientierung und den Charakter der Blockfreiheitsbewegung als unabhängige Kraft außerhalb der Blöcke auf der internationalen Arena erneut bestätigt.

Die Konferenz in Neu-Delhi wird dies ebenfalls bestätigen. Ich bin davon überzeugt. Manche befürchten, daß die Streitfragen die Einheit der blockfreien Länder in Neu-Delhi zerstören werden. Sie sind daher der Ansicht, daß solche Fragen wie Afghanistan, Ägypten, Kampuchea und der irakisch-iranische Krieg umgangen werden sollten. Zwischen den blockfreien Ländern ist ein Meinungsaustausch darüber im Gange, in welcher Richtung eine Lösung gefunden werden könnte, damit diese strittigen Fragen keine unüberbrückbaren Schwierigkeiten auf der Konferenz verursachen. Diejenigen, die der Ansicht sind, daß man diese Fragen umgehen sollte, sind dafür, die Konferenz auf wirtschaftliche und andere Fragen zu konzentrieren, wofür Konsens und in gewissem Grade auch Einheit der blockfreien Länder bestehen.

Es kann jedoch niemand die Diskussion über die strittigen Fragen verhindern. Die Diskussion im Koordinationsbüro, in New York anläßlich der Tagesordnung der Konferenz, zeigte, daß es bei der Festsetzung der Tagesordnung zu einer Diskussion über die strittigen Fragen von Kampuchea, Afghanistan und des iranisch-irakischen Krieges kam. (Sowohl Iran als auch Irak sind zum Beispiel Mitglieder des Koordinationsbüros.) Um so mehr ist das auch auf der Konferenz in Neu-Delhi zu erwarten, wenngleich in diesen Fragen kein Konsens erreicht wird. Die Unterschiede werden jedoch zum Ausdruck gelangen, und die Unterschiede haben ihre eigene Wirkung gemäß der Natur der Standpunkte, gemäß dem Sinn und Inhalt der Standpunkte, und diese so zum Ausdruck gelangenden Unterschiede werden einen bestimmten Einfluß auf die öffentliche Meinung in der Welt, auf die Meinung in den blockfreien Ländern und auf die Meinung der progressiven, demokratischen Weltöffentlichkeit ausüben. (...)

In einigen blockfreien Ländern äußern manche die Meinung, die blockfreie Bewegung sei zu breit geworden; es gebe Länder in ihr, die nicht blockfrei in vollem Sinne des Wortes seien, was zu Unterschieden und Konflikten in der Bewegung führe, wodurch sie belastet und für eine aktive Rolle beziehungsweise für Aktionen immer weniger fähig werde.

Die Ursache dieser Unterschiede liegt jedoch nicht in der Breite der Bewegung. Wir können in groben Umrissen zwei Wurzeln und zwei Quellen dieser Unterschiede bezeichnen.

Zum einen sind das die objektiven historischen, geographischen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen, aus denen sich die Unterschiede, Streitigkeiten und Konflikte zwischen den blockfreien Ländern ergeben. Ein karibischer Politiker sagte mir: „Wir verstehen euch, daß ihr eine solche Politik sowohl gegenüber der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika als auch gegenüber China verfolgen könnt ... Aber ihr müßt auch uns verstehen, daß wir im Rachen des amerikanischen Imperialismus sind, daß wir, während er uns verschlingen will, keine balancierte Politik gegenüber den Großmächten verfolgen können ..."

Auch andere Umstände wirken als Ursache der Konflikte zwischen den blockfreien Ländern. Nicht alle Konflikte zwischen den Blockfreien wurden von irgendeinem imperialistischen und hegemonistischen Stab erdacht, geplant und provoziert. Viele wurden durch diese objektiven Bedingungen ausgelöst.

Die andere Wurzel liegt im Vordringen des Einflusses der Blöcke und Großmächte in einzelne blockfreie Länder und Ländergruppen, die gezwungen waren, sich an die Großmächte und Blöcke um Wirtschaftshilfe, militärische Hilfe, Hilfe in Fachkräften usw. zu wenden und die diese Hilfe oft mit der Anpassung ihrer Politik und politischen Stellungnahmen an die Erfordernisse der Interessen der Mächte, von denen sie im gewissen Maße abhängen, „bezahlen" mußten.

Folglich ist daran die Breite der Bewegung – wie es auch manche unserer guten Freunde meinen und öffentlich erklären, indem sie die Notwendigkeit einer neuen Kohäsion hervorheben und der Ansicht sind, daß die Wirtschaftsfragen im Vordergrund stehen sollten; daß man sich in Verbindungen mit diesen Fragen zusammenschließen und die anderen Fragen in den Hintergrund stellen sollte – am wenigsten schuld.

Die Wirtschaftsfragen sind für die Blockfreiheitsbewegung gewiß äußerst wichtig, und es stimmt, daß in Verbindung mit ihnen eine ziemlich ausgeprägte Übereinstimmung der Standpunkte und Aktionseinheit in der Bewegung besteht. Im Vordergrund stand jedoch immer und steht auch heute der Kampf dafür, daß sich die Bewegung in der Richtung der Prinzipien behauptet, die als authentische Grundziele noch in Belgrad festgelegt und nachher auf allen Gipfelkonferenzen weiterentwickelt wurden – ein Kampf, der immer im Vordergrund stehen wird.

In einer so schwierigen internationalen Lage wie sie heute ist, hat die Konferenz in Neu-Delhi eine außerordentlich große Bedeutung – eine größere als sie sonst in einer ruhigen Weltsituation hätte. Jugoslawien wird mit dieser Stellungnahme in Neu-Delhi hervortreten.

Kongreß der Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung

bew. 110 Delegierte aus über 20 bezirklichen Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung nahmen am 31.1./1.2. an der Delegiertenkonferenz der Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung in Frankfurt teil. Sie vertraten ca. 800 Mitglieder. Neben den Delegierten waren noch ca. 250 Mitglieder der Vereinigungen bei der Konferenz anwesend. Als Gäste nahmen der Sekretär des ZK des KBW, der Genosse Schmierer, und der Genosse Walla, Mitglied des ZK des KBW, teil.
Ziel der Delegiertenkonferenz war die Gründung einer einheitlichen und politisch selbständigen Vereinigung auf der Grundlage eines eigenen Programms. Bis zu der Delegiertenkonfe-
KBW dadurch unterscheidet, daß sie den Mitgliedern weniger Verpflichtungen auferlegt, also als eine Art allgemeine politische Massenorganisation wirkt. Der Programmvorschlag des ZK des KBW geht davon aus, daß das Programm der Vereinigung kein Parteiprogramm ist, aber die wesentlichen Grundanschauungen des Marxismus enthalten soll. Diese Grundanschauungen beinhalten die Charakterisierung der Gesellschaft als eine Klassengesellschaft, die auf der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und des Volkes beruht, kennzeichnen als Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse die Aufhebung aller Klassen im Kommunismus und geben als Weg dahin die
bung der Beschlußfassung plädierten. Nach der allgemeinen Debatte wurde bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen beschlossen, den ZK-Vorschlag zur Grundlage der Einzelberatung zu machen. Bei der Diskussion und Beschlußfassung der einzelnen Abschnitte wurden die jeweiligen Punkte des ZK-Vorschlages mit großer Mehrheit angenommen. Einzelne Punkte sind auf der Grundlage der Debatte erweitert und geringfügig geändert worden. Nach einer abschließenden Gesamtdebatte wurde einstimmig die Gründung einer einheitlichen und selbständigen Vereinigung und bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Einberu-
fung der ersten ordentlichen Delegiertenkonferenz im Juni beschlossen. Auf dieser ersten ordentlichen Delegiertenkonferenz soll über Programm und Statut beschlossen werden. Bis zu dieser Delegiertenkonferenz arbeiten die Einheiten der Vereinigung auf den programmatischen und statuarischen Festlegungen, wie sie in dem Programmvorschlag des ZK des KBW in der von der Delegiertenkonferenz überarbeiteten Form vorliegen. Dieser Vorschlag wurde mit 15 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen für den programmatischen Teil und mit einer Gegenstimme und 7 Enthaltungen für den statuarischen Teil angenommen. In weiteren
Beschlüssen legte die Delegiertenkonferenz u.a. die Herausgabe eines Mitteilungsblattes fest, das auch an Interessenten verkauft werden kann, sowie die Zusammenarbeit mit dem KBW bei der Erstellung der Quellenhefte und die Nutzung der Kommunistischen Volkszeitung und von Kommunismus und Klassenkampf zur Publikation.
Die geplanten Arbeitstreffen für einzelne Arbeitsgruppen konnten aufgrund der Programmdebatte nur noch kurz tagen und legten fest, im März/April jeweils Arbeitskonferenzen zu den Tätigkeiten der Vereinigung durchzuführen.
Programmatische Festlegung
1. Die Mitglieder der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung nehmen am Kampf gegen den Kapitalismus teil. Sie beteiligen sich an den Kämpfen um Demokratie. Sie stehen den unterdrückten Völkern in ihren
de und den Produktionsmitteln durch Kooperation der assoziierten Produzenten verwirklicht werden kann.
Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewe-
tionäre Volksbildung ist in Bezirke organisiert und gebietsmäßig untergliedert.
3. Auf Bezirksebene beschließt die Jahresmitgliederversammlung über Politik, Arbeitsprogramm und Pflichtbeitrag und wählt einen Vorstand. Der Vorstand leitet die Tätigkeit der Vereinigung zwischen den
Die Schwierigkeiten lähmen die Aktionen der wichtigsten Körperschaften der Bewegung, wie zum Beispiel diejenigen des Koordinantionsbüros, wenn auf der Tagesordnung einzelne Fragen stehen, für die zwischen den blockfreien Ländern weder in den politischen Stellungnahmen noch in den Aktionen zur Lösung solcher Fragen ein Konsens besteht. Auch das trifft zu, und auch das kann nicht negiert werden. (...)
Ad-hoc-Gruppen – außerhalb der erwähnten Körperschaften und Arbeitsgruppen – in Gang gesetzt, die auf Initiative einzelner Länder oder einzelner Ländergruppen gebildet werden. Beispiele sind: die Resolution über Afghanistan in der Vollversammlung; das Ergebnis der Abstimmung über den Sitz von Kampuchea in den Vereinten Nationen und die Aktion der Gruppe im Sicherheitsrat in Verbindung mit dem ira-
jenigen, die der Ansicht sind, daß man diese Fragen umgehen sollte, sind dafür, die Konferenz auf wirtschaftliche und andere Fragen zu konzentrieren, wofür Konsens und in gewissem Grade auch Einheit der blockfreien Länder bestehen.
Es kann jedoch niemand die Diskussion über die strittigen Fragen verhindern. Die Diskussion im Koordinationsbüro, in New
Ein karibischer Politiker sagte mir: „Wir verstehen euch, daß ihr eine solche Politik sowohl gegenüber der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika als auch gegenüber China verfolgen könnt ... Aber ihr müßt auch uns verstehen, daß wir im Rachen des amerikanischen Imperialismus sind, daß wir, während er uns verschlingen will, keine balancierte Politik gegenüber den Großmächten verfolgen können ..."
ferenzen weiterentwickelt wurden – ein Kampf, der immer im Vordergrund stehen wird.
In einer so schwierigen internationalen Lage wie sie heute ist, hat die Konferenz in Neu-Delhi eine außerordentlich große Bedeutung – eine größere als sie sonst in einer ruhigen Weltsituation hätte. Jugoslawien wird mit dieser Stellungnahme in Neu-Delhi hervortreten.

Kongreß der Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung

bew. 110 Delegierte aus über 20 bezirklichen Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung nahmen am 31.1./1.2. an der Delegiertenkonferenz der Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung in Frankfurt teil. Sie vertraten ca. 800 Mitglieder. Neben den Delegierten waren noch ca. 250 Mitglieder der Vereinigungen bei der Konferenz anwesend. Als Gäste nahmen der Sekretär des ZK des KBW, der Genosse Schmierer, und der Genosse Walla, Mitglied des ZK des KBW, teil.

Ziel der Delegiertenkonferenz war die Gründung einer einheitlichen und politisch selbständigen Vereinigung auf der Grundlage eines eigenen Programms. Bis zu der Delegiertenkonferenz existierten auf bezirklicher und regionaler Ebene Vereinigungen, die auf der Grundlage des Programms des KBW arbeiteten. Im Anschluß an die Delegiertenkonferenz sollte ein Arbeitskongreß zu einzelnen Fragen der praktischen Arbeit stattfinden.

Der Delegiertenkonferenz lag ein Programm- und Statutenvorschlag vom ZK des KBW vor, der sechs Wochen zuvor den Mitgliedern der Vereinigungen zur Beratung vorgelegt worden war. Zu diesem Vorschlag waren von Einheiten der Vereinigungen Änderungsvorschläge und zwei Alternativentwürfe vorgelegt worden.

In seinem Einleitungsbeitrag begründete der Sekretär des ZK des KBW den Vorschlag zum Programm und zur Gründung einer einheitlichen, selbständigen Organisation: Grundlegend für den Vorschlag ist der Organisationszweck als einer Vereinigung der revolutionären Volksbildung. Daraus folgt, daß die Vereinigungen weder eine elementare Organisation, wie etwa die Gewerkschaft, sein kann noch eine umfassende Organisation, wie eine politische Partei. Der bestimmte Organisationszweck macht es sinnvoll, sich selbständig und unabhängig zu organisieren, um die revolutionäre Volksbildungs- und Kulturtätigkeit zu entfalten. Eine so begründete Organisation widerspricht den beiden Tendenzen, die in der Diskusssion vor und während der Delegiertenkonferenz teilweise aufgetreten waren: einmal, die Auflösung der Vereinigungen in den KBW vorzuschlagen, und zum anderen, die Schaffung einer umfassenderen politischen Organisation, die sich nicht auf die Volksbildung konzentriert, sondern umfassend arbeitet und sich vom KBW dadurch unterscheidet, daß sie den Mitgliedern weniger Verpflichtungen auferlegt, also als eine Art allgemeine politische Massenorganisation wirkt. Der Programmvorschlag des ZK des KBW geht davon aus, daß das Programm der Vereinigung kein Parteiprogramm ist, aber die wesentlichen Grundanschauungen des Marxismus enthalten soll. Diese Grundanschauungen beinhalten die Charakterisierung der Gesellschaft als eine Klassengesellschaft, die auf der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und des Volkes beruht, kennzeichnen als Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse die Aufhebung aller Klassen im Kommunismus und geben als Weg dahin die politische Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats an. Diese drei Grundanschauungen des wissenschaftlichen Sozialismus sollen die Grundlage sein, auf der die Mitglieder der Vereinigung revolutionäre Volksbildung leisten. Die Arbeit der Vereinigung soll auf marxistischer Grundlage erfolgen, was aber keinesfalls die Teilnahme derjenigen verhindert, die diese Grundanschauungen nicht teilen, die aber an der einen oder anderen Tätigkeit der Vereinigung teilnehmen wollen. Das Verhältnis zum KBW soll das einer gegenseitigen Unterstützung sein auf der Grundlage selbständiger Beschlußfassung beider Organisationen.

Kritik an dem Programmvorschlag richtete sich im wesentlichen gegen „zu weitgehende Festlegungen", die fortschrittliche Menschen abhalten würden, in der Vereinigung mitzuarbeiten oder sich in ihr zu organisieren. Damit war vor allem die Festlegung auf die politische Übergangsperiode, die Diktatur des Proletariats, gemeint. Ohne eine solche Bestimmung wäre allerdings das Programm, wenn es an dem Ziel des Kommunismus festhalten soll, undialektisch und utopisch, da der Weg dahin in seiner allgemeinsten Form nicht angegeben wäre. Ein kleiner Teil der Delegierten vertrat auch folgerichtig die Auffassung, nicht ein marxistisches Programm zur Grundlage zu machen, sondern eine fortschrittliche Organisation zu gründen, deren programmatische Festlegungen sich auf den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung beschränken. Kritik gab es auch an der Beratungszeit, die von einigen Delegierten als zu kurz angesehen wurde und die für Verschiebung der Beschlußfassung plädierten. Nach der allgemeinen Debatte wurde bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen beschlossen, den ZK-Vorschlag zur Grundlage der Einzelberatung zu machen. Bei der Diskussion und Beschlußfassung der einzelnen Abschnitte wurden die jeweiligen Punkte des ZK-Vorschlages mit großer Mehrheit angenommen. Einzelne Punkte sind auf der Grundlage der Debatte erweitert und geringfügig geändert worden. Nach einer abschließenden Gesamtdebatte wurde einstimmig die Gründung einer einheitlichen und selbständigen Vereinigung und bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Einberufung der ersten ordentlichen Delegiertenkonferenz im Juni beschlossen. Auf dieser ersten ordentlichen Delegiertenkonferenz soll über Programm und Statut beschlossen werden. Bis zu dieser Delegiertenkonferenz arbeiten die Einheiten der Vereinigung auf den programmatischen und statuarischen Festlegungen, wie sie in dem Programmvorschlag des ZK des KBW in der von der Delegiertenkonferenz überarbeiteten Form vorliegen. Dieser Vorschlag wurde mit 15 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen für den programmatischen Teil und mit einer Gegenstimme und 7 Enthaltungen für den statuarischen Teil angenommen. In weiteren Beschlüssen legte die Delegiertenkonferenz u.a. die Herausgabe eines Mitteilungsblattes fest, das auch an Interessenten verkauft werden kann, sowie die Zusammenarbeit mit dem KBW bei der Erstellung der Quellenhefte und die Nutzung der Kommunistischen Volkszeitung und von Kommunismus und Klassenkampf zur Publikation.

Die geplanten Arbeitstreffen für einzelne Arbeitsgruppen konnten aufgrund der Programmdebatte nur noch kurz tagen und legten fest, im März/April jeweils Arbeitskonferenzen zu den Tätigkeiten der Vereinigung durchzuführen.

Programmatische Festlegung

1. Die Mitglieder der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung nehmen am Kampf gegen den Kapitalismus teil. Sie beteiligen sich an den Kämpfen um Demokratie. Sie stehen den unterdrückten Völkern in ihren Befreiungskämpfen bei.

Die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung hat das Ziel, diese Kämpfe zu unterstützen, indem sie dazu beiträgt, die Kenntnisse der Arbeiterklasse und der Volksmassen über die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der Kämpfe der arbeitenden Klassen gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu fördern. Die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung ist eine Vereinigung zum Lernen.

Dabei geht die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung von dem Grundgedanken aus, daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß, seit Auflösung des uralten Gemeindebesitzes an Grund und Boden, die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.

Die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung tritt für die soziale Revolution des Proletariats und für den Kommunismus ein.

Sie geht davon aus, daß die soziale Revolution des Proletariats nur über die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geleitet und nur durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, durch Gemeinbesitz an der Erde und den Produktionsmitteln durch Kooperation der assoziierten Produzenten verwirklicht werden kann.

Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Sie muß sie zerbrechen. Zu ihrer ökonomischen Befreiung braucht die Arbeiterklasse umfassende Demokratie. Die Diktatur des Proletariats besteht eben in dieser umfassenden Demokratie und dient als Hebel, um mit Hilfe despotischer Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft beruht. Sie bildet bloß den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft.

2. Die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt sich auf alle Bereiche der Volksbildung: Auseinandersetzung mit der Natur in der Produktion, Klassenkampf, wissenschaftliche Forschung, auf Literatur, Theater, Musik, bildende Kunst und alle anderen Bereiche der Kultur. Notwendig hat in der jetzigen Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats der Klassenkampf den Vorrang und steht die gesamte Tätigkeit der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung im Dienste des Klassenkampfs des Proletariats.

3. Die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung richtet sich mit ihrer Tätigkeit an die Öffentlichkeit. Die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung ist bereit, mit allen Organisationen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zusammenzuarbeiten.

Statuarische Festlegungen

1. Mitglied der Vereinigung ist, wer ihre Grundanschauung teilt und an ihrer Tätigkeit teilnimmt, sowie den bezirklich festgelegten monatlichen Pflichtbeitrag von maximal 15 DM bezahlt.
2. Ihre Tätigkeit organisiert die Vereinigung über die Arbeitsgruppen nach Projektbereichen und über Mitgliederversammlungen auf Gebietsebene. Über die Politik der Vereinigung entscheiden die Mitgliederversammlungen. Die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung ist in Bezirke organisiert und gebietsmäßig untergliedert.
3. Auf Bezirksebene beschließt die Jahresmitgliederversammlung über Politik, Arbeitsprogramm und Pflichtbeitrag und wählt einen Vorstand. Der Vorstand leitet die Tätigkeit der Vereinigung zwischen den Jahresversammlungen, vertritt die Vereinigung gegenüber der Öffentlichkeit und verwaltet die Finanzen. Der Vorstand ist rechenschaftspflichtig. Der Rechenschaftsbericht soll den Mitgliedern 4 Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich vorliegen.

Der Vorstand ist durch jede förmlich einberufene Mitgliederversammlung abwählbar. Der Vorstand muß innerhalb 4 Wochen eine Mitgliederversammlung einberufen, wenn dies von 25% der Mitglieder schriftlich beantragt wird.
4. Über Programm, Statut und allgemeine Arbeitsrichtlinien der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung entscheidet die jährliche Delegiertenkonferenz, die durch die Delegierten der Bezirke gebildet wird. Die Vereinigung für revolutionäre Volksbildung gibt ein Mitteilungsblatt heraus. Auf der Delegiertenkonferenz wird ein Bezirk mit der Herausgabe des Mitteilungsblattes und der allgemeinen Federführung beauftragt. Mit der Federführung für bestimmte Projektbereiche werden einzelne Bezirke beauftragt. Außerordentliche Delegiertenkonferenzen werden durchgeführt, wenn dies von Bezirken beantragt wird, die zusammen wenigstens ein Viertel der Delegierten der vergangenen Delegiertenkonferenz gestellt haben oder wenn dies von einem Viertel der Bezirke beantragt wird. Anträge auf außerordentliche Delegiertenkonferenzen müssen in dem Mitteilungsblatt der Vereinigung binnen 4 Wochen veröffentlicht werden. Bei Erfüllung der genannten Bedingungen werden außerordentliche Delegiertenkonferenzen durch den Bezirk einberufen, der mit der allgemeinen Federführung beauftragt ist.
5. Beschlüsse werden auf allen Ebenen mit einfacher Mehrheit gefaßt. Wahlen finden geheim statt. Gewählt sind die Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben.

CDU-Hilfsaktion für die Junta in El Salvador

bep. Letzte Woche brachen prominente CDU-Politiker zu einer Hilfsaktion nach El Salvador auf. Egon Klepsch, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei im Europaparlament, rief zur Unterstützung aller Demokraten für den Junta-Vorsitzenden Duarte auf. Heiner Geißler überbot ihn noch. Er charakterisierte das Regime als ,,menschlich, christlich und Freund der Armen". ,,Duarte ist froh über die Unterstützung aus Bonn. Er weiß, daß weite Teile der Weltmeinung gegen ihn und seine Politik sind. So ist der Besuch des CDU-Generalsekretärs auch zu einem Prestigegewinn für die Regierung hier in San Salvador geworden", berichtete die ,,Welt" (3.2.). Nach seiner Rückkehr sprach Geißler von der Niederlage der FDR und der Unterstützung der Bevölkerung für Duarte. Wie er das wohl festgestellt hat? ,,Die wenigen Meter von Duartes Privathaus hatte Geißler im gepanzerten Wagen zurückgelegt, umringt von schwerbewaffneten Sicherheitskräften." Die ,,Welt" kennt aber die Gründe, warum das Volk Duarte liebt: ,,Mit Stolz verweist er auf die eingeleitete Agrarreform, die zumindest die zum Himmel schreiende Kluft zwischen arm und reich mildern soll". Tags darauf wurde ein Bericht von zwei Experten der Oxfam-Agentur, die landwirtschaftliche Entwicklungsprogramme in Asien, Afrika und Lateinamerika begutachtet, veröffentlicht (Reuter). Die von den USA gestützte Landreform sei gescheitert; sie habe zur Ansiedlung von Pächtern und Landarbeitern auf ungeeignetem Land oder aber zu massiven Landvertreibungen von Bauern durch die nationalen Sicherheitskräfte geführt. Das Erzbischöfliche Rechtshilfeamt in San Salvador berichtete von 12000 durch die Streitkräfte El Salvadors Ermordeten im Jahre 1980 – die meisten davon Bauern (taz, 27.1.).

Zwei Vertreter der Befreiungsfront FDR sprachen in derselben Woche mit mehreren SPD-Politikern in Bonn. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischnewski erklärte hernach, die SPD sei bereit, die Bitte der FDR zu erfüllen, Kontakte für Verhandlungen mit den USA herzustellen. Der Vorsitzende der FDR sei ein Sozialdemokrat und unterstützenswert. Die Junta könne die Probleme des Landes nicht lösen. Obwohl schon im Januar eine Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten die Bundesregierung aufgefordert hatte, auf die USA einzuwirken, ihre Einmischung in El Salvador einzustellen, vermied Wischnewski jede offene Stellungnahme in bezug auf die USA. Er distanzierte sich auch von dem Aufruf zur Spendenaktion ,,Waffenhilfe für El Salvador". Die Regierung ließ nach einer Kabinettsberatung ihren Sprecher erklären, die Bundesregierung wolle sich in der Beurteilung eines Bürgerkriegs in El Salvador nicht in die Rolle eines ,,verbalen Schiedsrichters" drängen lassen; auf beiden Seiten gebe es respektable demokratische Kräfte.

Japan: Tag der nördlichen Territorien

wos. Der 7.2. sah in Tokyo, Shimoda (100 km südlich), Nemuro und Sapporo (beide auf Hokkaido) Massenversammlungen, veranstaltet vom ,,Verbindungsrat der Bewegung für die Rückgabe der nördlichen Territorien". Wir haben noch keine genauen Nachrichten über Teilnehmerzahlen und Inhalt der Reden; aber die Bewegung existiert bereits seit längerem. Heute ist sie nicht mehr nur auf die nördliche Hauptinsel Hokkaido beschränkt.

Was sind die ,,nördlichen Territorien"? Es handelt sich um die Inselkette der Kurilen (japanisch Chishima), die sich von der Ostspitze Hokkaidos bis zur Südspitze der sibirischen Halbinsel Kamtschatka hinziehen, und um eine winzige Inselgruppe direkt neben dieser Ostspitze mit den Hauptinseln Habomai und Shikotan.

Am 7.2.1885 wurde im Vertrag von Shimoda zwischen dem zaristischen Rußland und dem Kaiserreich Japan die Grenze zwischen den beiden Kurilen-Inseln Etorofu und Uruppu gezogen. Japaner hatten die Inseln kolonisiert und die ursprünglich ansässige Ainu-Bewegung verdrängt, jedoch niemals mit militärischen Mitteln Ruß-

auf Etorofu gelandet. Es scheint, daß eine Aufteilung der Interessensphären zwischen den USA und der UdSSR ausgehandelt wurde, mit dem Ergebnis, daß die USA im Süden Okinawa an sich rissen, die UdSSR im Norden die Kurilen. Im Friedensvertrag von San Francisco 1951 hat die japanische Bourgeoisie alle Rechte aufgegeben, obwohl dieser Vertrag gar nicht mit der Sowjetunion abgeschlossen worden war. In den Verhandlungen, die 1956 zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR führten, hat die japanische Seite erklärt, dieser Verzicht beziehe sich nicht auf die südlichen Kurilen (d.h. Etorofu und südlichere Inseln). Seitdem gibt es eine ,,Kurilenfrage" zwischen Japan und der UdSSR, die erklärt hatte, für sie gäbe es nichts mehr zu verhandeln.

Seitdem gibt es aber auch eine Bewegung in der Bevölkerung für die Rückgabe, die keineswegs nur von nationalistischen Kräften getragen wird. In den letzten beiden Jahren hat diese Bewegung an Breite und Tiefe gewonnen. Der Hintergrund: der Ausbau einiger der von der UdSSR besetzten Inseln zu Militärstützpunkten; die verstärkte sowjetische Flottenpräsenz in Nordost-

landwirtschaftliche Entwicklungsprogramme in Asien, Afrika und Lateinamerika begutachtet, veröffentlicht (Reuter). Die von den USA gestützte Landreform sei gescheitert; sie habe

eines Bürgerkriegs in El Salvador nicht in die Rolle eines ,,verbalen Schiedsrichters" drängen lassen; auf beiden Seiten gebe es respektable demokratische Kräfte.

Japan: Tag der nördlichen Territorien

wos. Der 7.2. sah in Tokyo, Shimoda (100 km südlich), Nemuro und Sapporo (beide auf Hokkaido) Massenversammlungen, veranstaltet vom ,,Verbindungsrat der Bewegung für die Rückgabe der nördlichen Territorien". Wir haben noch keine genauen Nachrichten über Teilnehmerzahlen und Inhalt der Reden; aber die Bewegung existiert bereits seit längerem. Heute ist sie nicht mehr nur auf die nördliche Hauptinsel Hokkaido beschränkt.

Was sind die ,,nördlichen Territorien"? Es handelt sich um die Inselkette der Kurilen (japanisch Chishima), die sich von der Ostspitze Hokkaidos bis zur Südspitze der sibirischen Halbinsel Kamtschatka hinziehen, und um eine winzige Inselgruppe direkt neben dieser Ostspitze mit den Hauptinseln Habomai und Shikotan.

Am 7.2.1885 wurde im Vertrag von Shimoda zwischen dem zaristischen Rußland und dem Kaiserreich Japan die Grenze zwischen den beiden Kurilen-Inseln Etorofu und Uruppu gezogen. Japaner hatten die Inseln kolonisiert und die ursprünglich ansässige Ainu-Bewegung verdrängt, jedoch niemals mit militärischen Mitteln Ruß-

land oder etwa einem Ainu-Staat (der nicht existierte) geraubt. Hauptsächlich auf die damalige Grenzziehung stützt die Bewegung heute ihre Forderung nach Rückgabe von Etorofu, Kunashiri, Habomai und Shikotan, die sie gegenüber der UdSSR erhebt. Die Rote Armee war erst am 28. August 1945, also zwei Wochen nach der Kapitulation des japanischen Imperialismus,

auf Etorofu gelandet. Es scheint, daß eine Aufteilung der Interessensphären zwischen den USA und der UdSSR ausgehandelt wurde, mit dem Ergebnis, daß die USA im Süden Okinawa an sich rissen, die UdSSR im Norden die Kurilen. Im Friedensvertrag von San Francisco 1951 hat die japanische Bourgeoisie alle Rechte aufgegeben, obwohl dieser Vertrag gar nicht mit der Sowjetunion abgeschlossen worden war. In den Verhandlungen, die 1956 zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR führten, hat die japanische Seite erklärt, dieser Verzicht beziehe sich nicht auf die südlichen Kurilen (d.h. Etorofu und südlichere Inseln). Seitdem gibt es eine ,,Kurilenfrage" zwischen Japan und der UdSSR, die erklärt hatte, für sie gäbe es nichts mehr zu verhandeln.

Seitdem gibt es aber auch eine Bewegung in der Bevölkerung für die Rückgabe, die keineswegs nur von nationalistischen Kräften getragen wird. In den letzten beiden Jahren hat diese Bewegung an Breite und Tiefe gewonnen. Der Hintergrund: der Ausbau einiger der von der UdSSR besetzten Inseln zu Militärstützpunkten; die verstärkte sowjetische Flottenpräsenz in Nordost-

asien; besonders aber die sowjetische Invasion in Afghanistan. Hinzu kommen noch ständige Auseinandersetzungen über Fischereirechte. Jetzt versucht sich die Regierung an die Spitze dieser Bewegung zu setzen, indem sie diesen Tag per Kabinettsbeschluß bestimmte. Das nimmt dieser gegen den Hegemonismus der UdSSR gerichteten Bewegung nicht ihre Berechtigung.

Spanien: Eine demokratische Lösung der Baskenfrage ist nötig

Rücktritt der Regierung Suarez / Faschistische Reaktion und Kirche versuchen mitzumischen

chm. Die spanische Regierung unter Adolfo Suarez ist am 31.1. zurückgetreten. Bisher ist kein Nachfolger ernannt worden. Die Regierungspartei UCD will den Namen des Nachfolgers erst auf ihrem Parteitag, der vom 6.2.–9.2. stattfindet, offiziell bekanntgeben. Gründe für den Rücktritt hat Suarez nicht angegeben. Es gibt aber eine Reihe von Schwierigkeiten, die diesen Rücktritt verursacht haben könnten: die schlechte wirtschaftliche Lage, gekennzeichnet durch eine Inflationsrate von 15% und eine Arbeitslosenzahl von 14%, eine hohe Staatsverschuldung und eine negative Handelsbilanz; große Streikbewegungen in Industrie und Landwirtschaft; die spanische Reaktion, die Faschisten, die noch wesentliche Teile des Staatsapparates beherrschen wie die Polizei, die Armee und das Justizwesen, beginnen sich erneut zusammenzurotten und lautstark ,,Aktion" zu verlangen; auch in der Regierungspartei UCD wird die konservative Strömung stärker.

Daß Juan Carlos I. mitten in der Regierungskrise ins Baskenland gefahren ist, deutet auf eine weitere Ursache für den Rücktritt der Regierung Suarez. Die reaktionären Kräfte, einschließlich des konservativen Flügels der regierenden Demokratischen Zentrumsunion (UCD), werfen der Regierung vor, sie hätte die Einheit der Nation aufs Spiel gesetzt durch die Verankerung des Rechts auf Autonomie in die spanische Verfassung von 1978.

Am meisten umstritten ist die Gewährung der Autonomie für das Baskenland, was sowohl historische als auch aktuelle Ursachen hat. Einen selbstständigen baskischen Staat hat es schon 1034 n. u. Z., das Fürstentum Pamplona, das die jetzigen drei baskischen Provinzen auf spanischem Gebiet einschließlich Navarra umfaßt, aber auch die drei in Frankreich gelegenen baskischen Provinzen Labourd, Soule und Basse Navarre. Im 16. Jh. erobert Ferdinand der Katholische das Baskenland. Es verliert die politische Eigenständigkeit und muß sich mit der spanischen Zentralgewalt arrangieren. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten regeln sich über die ,,fueros", die auch das Verhältnis zu den anderen Teilen des Reiches regeln. Die Besonderheit des Baskenlandes liegt darin, daß hier die fueros regionale Gültigkeit haben, also für das ganze baskische Territorium, während sie sonst nur lokal, für einzelne Städte oder Gemeinden, in Kraft treten. Diese Rechte gewähren dem Baskenland fast unbegrenzte Souveränität. Die spanische Zentralgewalt hat weder Verfügungsgewalt über den Boden, noch besitzt sie Steuerhoheit. Die Abgaben des Baskenlandes an die spanische Regierung gelten als Geschenke. Es herrscht Handelsfreiheit

des konservativen Flügels der regierenden Demokratischen Zentrumsunion (UCD), werfen der Regierung vor, sie hätte die Einheit der Nation aufs Spiel gesetzt durch die Verankerung des Rechts auf Autonomie in die spanische Verfassung von 1978.

Am meisten umstritten ist die Gewährung der Autonomie für das Baskenland, was sowohl historische als auch aktuelle Ursachen hat. Einen selbstständigen baskischen Staat hat es schon 1034 n. u. Z., das Fürstentum Pamplona, das die jetzigen drei baskischen Provinzen auf spanischem Gebiet einschließlich Navarra umfaßt, aber auch die drei in Frankreich gelegenen baskischen Provinzen Labourd, Soule und Basse Navarre. Im 16. Jh. erobert Ferdinand der Katholische das Baskenland. Es verliert die politische Eigenständigkeit und muß sich mit der spanischen Zentralgewalt arrangieren. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten regeln sich über die ,,fueros", die auch das Verhältnis zu den anderen Teilen des Reiches regeln. Die Besonderheit des Baskenlandes liegt darin, daß hier die fueros regionale Gültigkeit haben, also für das ganze baskische Territorium, während sie sonst nur lokal, für einzelne Städte oder Gemeinden, in Kraft treten. Diese Rechte gewähren dem Baskenland fast unbegrenzte Souveränität. Die spanische Zentralgewalt hat weder Verfügungsgewalt über den Boden, noch besitzt sie Steuerhoheit. Die Abgaben des Baskenlandes an die spanische Regierung gelten als Geschenke. Es herrscht Handelsfreiheit

mit Europa. Militärdienst brauchen die Basken nur innerhalb der eigenen Grenzen zu leisten. Weitgehende persönliche Freiheiten waren in diesen fueros festgelegt: das Verbot, ohne rechtlichen Entscheid ein Haus zu durchsuchen, einen Gefangenen zu schlagen oder zu foltern. Das Baskenland besaß auch das Vetorecht: Es brauchte nur *die* spanischen Gesetze und Verordnungen der Zentralgewalt auszuführen, mit denen es einverstanden war.

Vom 17. Jh. an versucht die immer stärker werdende Zentralgewalt des kapitalistischen spanischen Staates im Verein mit der baskischen Großbourgeoisie, die mit dem Kapital aus der Ausplünderung der Kolonien die Erzreichtümer des Baskenlandes ausbeutet, diese Rechte des baskischen Volkes immer mehr zu beschneiden.

Die zweite spanische Republik, die 1931 durch eine Koalition von Sozialisten und Kommunisten entsteht, gewährt dem Baskenland dagegen volle Autonomie.

Die Franco-Diktatur leitet schon ab 1937 eine Phase schärfster Unterdrückung des baskischen Volkes ein. Die baskische Sprache wird verboten, jegliche Form kultureller Betätigung unter Strafe gestellt. Vor allem die Steuerhoheit und die Polizeihoheit werden abgeschafft. Über 200000 Basken (von 1,4 Mio.) sind in dieser Zeit ausgewandert, 50000 waren in Konzentrationslagern und Gefängnissen eingesperrt und hunderte waren umgebracht worden. Jede baskische Provinz mußte ca. 12% ihrer Einnahmen als Steuern an die Zentralgewalt abliefern, andere Regionen durchschnittlich nur 1,4%. Für die Entwicklung des Baskenlandes selbst gab die zentrale Regierung lediglich 4,3% von den Steuereinnahmen aus. Die großen Kapitalisten erhielten freie Hand in der Ausplünderung des Volkes. In diesen Jahren wurde das Baskenland das zweitwichtigste Industriezentrum Spaniens hinter Madrid. 23% aller spanischen Kapitalisten stammen aus dem Baskenland. Sie saßen auch im faschistischen Staatsapparat dick drin: 10% der Mitglieder des Ständeparlaments waren baskische Großbourgeois, sie stellten 15% der Minister.

Gekoppelt mit dieser Entwicklung war die Verarmung der Bauern und der anderen kleinbürgerlichen Schichten. Die Bauern, völlig abhängig vom Zwischenhandel und den von ihm diktierten Preisen, mußten sich entweder hoch verschulden, als Lohnarbeiter in die Industrie gehen oder auswandern. Die kleinbürgerlichen Intellektuellen hatten weder Ausbildungs- noch Berufschancen. Auf 100000 Basken kamen 226 Schüler (1966). Es ist kein



Ein baskischer Abgeordneter wird beim Besuch Juan Carlos gewaltsam aus dem Parlament hinausgetragen

Wunder, daß diese Schichten bei der Entstehung der ETA in den 50er Jahren eine wichtige Rolle gespielt haben. Auch hat diese verschärfte Unterdrückung die Erinnerung gerade an den selbständigen Status im Mittelalter wachgehalten. Die ETA und die mit ihr verbündete linke Wahlallianz Herri Batassune stellten bei der Abstimmung über das Autonomiestatut und bei den Wahlen für das regionale Parlament 1979/80 folgende Forderungen auf:

Rechts auf Selbstbestimmung ermöglicht
– Einführung der Euskara als öffentliche Sprache, demokratische Führung der Schulen, Verteidigung ihres ideologischen Pluralismus, öffentliche Schule in baskischer Sprache
– eine fortschrittliche demokratische Staatsverfassung.

Dieses linke Bündnis hat 20% der Stimmen bei den Wahlen zum Regionalparlament erhalten. Die Mehrheit



Ein baskischer Abgeordneter wird beim Besuch Juan Carlos gewaltsam aus dem Parlament hinausgetragen

Wunder, daß diese Schichten bei der Entstehung der ETA in den 50er Jahren eine wichtige Rolle gespielt haben. Auch hat diese verschärfte Unterdrückung die Erinnerung gerade an den selbständigen Status im Mittelalter wachgehalten. Die ETA und die mit ihr verbündete linke Wahlallianz Herri Batassune stellten bei der Abstimmung über das Autonomiestatut und bei den Wahlen für das regionale Parlament 1979/80 folgende Forderungen auf:

Rechts auf Selbstbestimmung ermöglicht
– Einführung der Euskara als öffentliche Sprache, demokratische Führung der Schulen, Verteidigung ihres ideologischen Pluralismus, öffentliche Schule in baskischer Sprache
– eine fortschrittliche demokratische Staatsverfassung.

Dieses linke Bündnis hat 20% der Stimmen bei den Wahlen zum Regionalparlament erhalten. Die Mehrheit

– vollständige Amnestie
– volle demokratische Rechte
– allgemeine Verbesserungen für die Arbeiter
– sofortige Gemeindewahlen
– Rückzug der Repressionskräfte aus Euskuadi Süd (spanisches Baskenland)
– Nationales Autonomiestatut mit weitgehenden Kompetenzen, das Selbstregierung und die Ausübung des

hat die Nationalbaskische Partei PNV gewählt. An manchen Punkten arbeiten beide baskischen Fraktionen zusammen, so hat z.B. Herri Batassune die Forderung nach Steuerhoheit, die die PNV gestellt hat, unterstützt. Die spanische Regierung mußte diese Forderung zusammen mit der Forderung nach eigener Polizei Anfang Januar erfüllen, sonst wäre der Besuch von Juan Carlos noch ganz anders verlaufen.

Libyen soll seine Truppen aus dem Tschad abziehen

mam. Bis jetzt ist Libyen der Aufforderung der Tschad-Konferenz der OAU, seine Truppen aus dem Land abzuziehen, nicht gefolgt. Was als ,,Fusion" Libyen – Tschad verkauft werden sollte, bleibt nackte Annexion der nördlichen Teile des Tschad durch Libyen. Die ,,Übergangsregierung" Oueddei steht der ,,Fusion" keineswegs geschlossen freundschaftlich gegenüber. Kolonel Kamougue, Vizepräsident dieser Regierung, hat bisher mit seinen Truppen den Süden des Landes vor einer Invasion libyscher Truppen bewahrt. Auf die Frage, was er von der Fusion Libyen – Tschad hält, antwortete er einem Reporter der ,,Le Monde": ,,Welche Fusion? Ich habe schon gesagt und öfters wiederholt, daß es sich um eine unmögliche Heirat handelt ... Wie auch immer, eine solche wichtige Angelegenheit fällt unter die alleinige Entscheidung des Volkes des Tschad." – Der Sekretär der OAU-Konferenz, Kodjo, erneuerte die Forderung nach Abzug der libyschen Truppen, da sonst eine Durchführung freier Wahlen unmöglich ist. Er sagte, daß der Abzug unabdingbar sei, um den Einsatz einer neutralen Friedenstruppe aus den afrikanischen Nachbarländern des Tschad zu ermöglichen. ,,Wir wollen nicht den Einsatz afrikanischer Truppen gegen andere afrikanische Truppen, also müssen die Libyer abziehen" – damit begründete er die Haltung der OAU, die sich nicht gegen eine Fusion an sich, sondern gegen die Art der Durchführung, nämlich der Annexion, ausgeprochen hatte.

Arbeiterpartei Israels eröffnet Wahlkampf

chm. Die israelische Arbeiterpartei, mit 26000 Mitgliedern stärkste Partei des Kolonialstaates, hat auf einem außerordentlichen Parteitag ihre Wahlplattform für die für Juni vorgesehenen Wahlen zum israelischen Parlament vorgelegt. Sie betont, daß sie an den außenpolitischen Verpflichtungen der Begin-Regierung festhalten wolle, in der Innen- und Wirtschaftspolitik jedoch große Änderungen durchführen wolle. Die einzige konkrete Maßnahme, die der vorgesehene Wirtschaftsminister, Levinson, erwähnte, war die Einfrierung der Preise, um die Inflationsrate von fast 200% zu drücken.

NL-Parlament verurteilt U-Boot-Lieferungen an Taiwan

lup. Am 4. Februar hat das niederländische Parlament auf Antrag der Opposition mit 77 zu 70 Stimmen die niederländische Regierung aufgefordert, die angekündigte Lieferung von U-Booten an Taiwan rückgängig zu machen. Der niederländische Ministerpräsident van den Aagt erklärte daraufhin, die Regierung werde die dadurch eingetretene Lage ,,analysieren". – Die Regierung der VR China hatte die Absicht der niederländischen Regierung, U-Boot-Lieferungen an Taiwan zu genehmigen, als Bruch der Vereinbarungen zwischen der VR China und den Niederlanden scharf verurteilt. Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Niederlanden und der VR China hatten die Niederlande anerkannt, daß Taiwan einen Teil der VR Chinas bildet. China hatte die Rückstufung der diplomatischen Beziehungen mit den Niederlanden von Botschafter- auf Geschäftsträgerebene angekündigt, falls die U-Boote an Taiwan geliefert würden.

Zweijähriges Tarifabkommen in Schweden

coi.Stockholm. Nach der kürzesten Lohnrunde seit 1974 hat die schwedische LO ein zweijähriges Tarifabkommen für 900 000 Arbeiter unterzeichnet. Der gegenwärtige Durchschnittslohn von 33 SKr./Std. (ca. 14,50 DM) wird dieses Jahr um ca. 4% und 1982 um ca. 3% erhöht. Als den wesentlichen Tarifbestandteil streicht LO die ,,Preisentwicklungsgarantie" heraus: überschreitet die Inflationsrate (Energiepreise sind ausgenommen) 1981 8,9% und 1982 6,5%, so kommen am jeweiligen Jahresende zwei Drittel der Differenz zwischen der tatsächlichen Teuerungsrate und dem festgelegten Grenzwert zur Auszahlung. Rechnet man mit einer Inflationsrate von 10% 1981 (1980 betrug sie 13,6%), so sinkt der Reallohn durchschnittlich um 4–5%, die Reallohnsenkung 1982 wird vermutlich noch höher sein. ,,Wir haben unseren Teil der Verantwortung für die Volkswirtschaft übernommen", erklärte der LO-Vorsitzende Nilsson. Jetzt versuchen die öffentlichen Arbeitgeber, einen noch niedrigeren Abschluß für die 1,3 Mio. Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst durchzusetzen.

Italien: Einschränkung der Pressefreiheit

chm. Das italienische Verfassungsgericht hat das Recht der Journalisten, die Aussage zu verweigern unter Berufung auf das Berufsgeheimnis, in Strafrechtsprozessen aufgehoben. Den Journalisten droht bei Zuwiderhandeln eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu drei Jahren. Anlaß sind die Berufungsverfahren von drei Journalisten des ,,Espresso", die mit dieser Begründung abgelehnt worden sind. Diese Zeitschrift hatte in Zusammenhang mit der Entführung des Richters d'Urso ein Interview mit den Roten Brigaden veröffentlicht. Mehrere Richter haben gegen dieses Urteil protestiert, weil es die Pressefreiheit einschränke und gegen das Gleichheitsprinzip verstoße.

Peru: Die Regierung Belaundes bezieht ihre ökonomischen Konzepte direkt aus Chicago

lup. „Chicago-Boys" werden diejenigen Wirtschaftsminister genannt, die in zunehmend mehr lateinamerikanischen Staaten die Politik bestimmen. Sie beziehen ihre ökonomischen Rezepte direkt von der Chicagoer Monetaristenschule und ihrem Haupt, Friedmann. Als Vorbild der wirtschaftlichen Entwicklung gelten diesen Leuten Länder wie Taiwan, Südkorea, Singapur und Hongkong. Am drastischsten sind diese Konzepte in Lateinamerika vor allem in Chile seit dem Militärputsch Pinochets verwirklicht worden. Aber auch andere Länder haben einen entsprechenden Kurs eingeschlagen, vornehmlich Argentinien und Uruguay, aber auch Venezuela und – vor allem seit dem Antritt der neuen Regierung unter Belaunde – nun auch Peru. Der Wirtschaftsminister der Regierung Belaundes, Ulloa, hat seinen Stab durchweg aus Leuten rekrutiert, die ihre Ausbildung innerhalb der Institutionen des IWF genossen haben.

Ökonomisches Hauptprinzip dieses Kurses ist, daß alles zu beseitigen ist, was der Entfaltung der „Privatinitiative" im Wege steht. Das bedeutet vor allem den Abbau der Importzölle, die Rücknahme der Verstaatlichungen von Schlüsselbereichen der Industrie und des Bergbaus, und Beseitigung aller Regelungen, die ausländische Kapitalinvestitionen behindern. Kurz: Aufhebung aller Maßnahmen, mit denen lateinamerikanische Regierungen zuvor versucht hatten, die Abhängigkeit der Wirtschaft ihrer Länder vom Weltmarkt und von den imperialistischen Ländern zu verringern.

Terry Belaunde, der neue im Sommer letzten Jahres gewählte Staatspräsident Perus, war bereits von 1963 bis 1968 Staatspräsident gewesen. 1968 hatte ihn ein Militärputsch unter Führung des Generals Velasco Alvarado seines Amtes enthoben, und Belaunde war nach Mexiko deportiert worden. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Regierungstätigkeit Belaundes bestand darin, daß sich die Abhängigkeit Perus vom US-Imperialismus entschieden vergrößert hatte. Die Produktion von Fischmehl geriet damals vollständig unter die Kontrolle amerikanischer Monopole, nachdem sie ursprünglich von nationalem Kapital aufgebaut worden war. Im gesamten Bereich der weiterverarbeitenden Industrie verdoppelten sich in den Jahren zwischen 1962 und 1968 die amerikanischen Direktinvestitionen von 44 auf 96 Mio. $. Die US-Direktinvestitionen im Bereich des Bergbaus stiegen von 248 Mio. $ auf 421 Mio. $, die gesamten Direktinvestitionen der USA von 452 auf 692 Mio. $. Das Haushaltsdefizit des peruanischen Staates hatte sich während Belaundes damaliger Regierungszeit verdoppelt, die Auslandsverschuldung verdreifacht.

Bei seinem Amtsantritt Ende Juli letzten Jahres hatte Belaunde angekündigt, wichtigstes Ziel seiner Regierung werde sein, „Arbeit und Brot" für die Bevölkerung Perus zu schaffen. Vorrangiges Ziel sei dabei der Abbau der Inflation, die eine „ungerechte Steuer" darstelle, die vor allem die Armen treffe. Ende 1980 hat aber die Inflation neuerlich eine Rate von 60% erreicht, der eine Erhöhung der Mindestlöhne um 6% gegenübersteht. Die Inflation wird im Verlaufe dieses Jahres mit Sicherheit weitergehen, nicht zuletzt deshalb, weil Belaunde die Streichung aller Subventionen angekündigt hat, mit denen durch die früheren Regierungen diejenigen landwirtschaftlichen Produkte, die in den Grundkonsum der ärmsten Volksmassen eingehen, auf einem relativ niedrigen Stand gehalten wurden.



Bauernkongreß in Cuzco, April 1978. Unter der Militärregierung hatte die Bauernbewegung in Peru einen großen Aufschwung genommen.

Die Schaffung der angekündigten 1 Million neuen Arbeitsplätze soll beileibe nicht durch eine Agrarreform erfolgen. Vielmehr hat Belaunde angekündigt, daß die Agrarreform, die die Militärs durchgeführt hatten und die zumindest Teile des Großgrundbesitzes in staatlich-genossenschaftliches Eigentum verwandelt hatte, einer „gründlichen Analyse" unterzogen werden solle, was auf Reprivatisierung der Genossenschaften hinauslaufen wird. Gleichzeitig soll die Kolonisierung breiter Urwaldgebiete an der Ostflanke der Anden in Angriff genommen werden. Zu diesem Zweck soll die „La Marginal" gebaut werden, eine Verbindungsstraße, die Ecuador und Bolivien den Anden entlang miteinander verbinden soll. Ein weiteres Element dieses Plans ist der Bau eines Stausees an dem Fluß Ene, an das ein Wasserkraftwerk von 2,4 Mio. kW angeschlossen werden soll. Die Verwirklichung dieser Pläne wird die Vertreibung der indianischen Bewohner zur Folge haben, die gegenwärtig in diesen Gebieten leben. An deren Stelle sollen große industriell betriebene Plantagen treten, vor allem der Holzindustrie und Ölpalmenpflanzungen, die sich dann die vertriebenen Indios als Lohnsklaven einverleiben können.

Daneben hat Belaunde eine Reihe von Maßnahmen verfügt, die die Importe nach Peru erleichtern und die Exportproduktion fördern sollen. Die Importbewilligungspflicht wurde abgeschafft, die Importzölle, die in der Vergangenheit für einzelne Waren, etwa Automobile, über 100% betrugen, wurden bislang auf 60% gesenkt. Luxusgüter, die in den Konsum der höheren Mittelklasse eingehen, wurden billiger. Diese Maßnahmen werden aber auch dazu beitragen, die nationale Industrie, soweit sie sich in den letzten Jahren hatte entwickeln können, zu ruinieren. Die Extrasteuer von 17,5% auf die traditionellen Exportprodukte des Bergbaus soll ebenso abgeschafft werden wie die 17%ige Steuer auf Zinserträge. Die staatlichen Betriebe im Bereich des Bergbaus sollen zwar einstweilen nicht reprivatisiert werden, das staatliche Vermarktungs- und Außenhandelsmonopol für ihre Produkte soll aber aufgehoben werden. In den 170 staatlichen Betrieben – bei der Machtübernahme des Militärs 1968 gab es lediglich 12 – wurden Rationalisierungen angekündigt. Ausländische Erdölmonopole wir Gulf Oil, Husky und Shell, wurden aufgefordert, die Erdölvorkommen Perus zu erforschen und auszubeuten. „Erste Priorität in unserer Außenpolitik kommt der Stärkung unserer Beziehungen zu den Ländern der westlichen Hemisphäre zu, in welcher die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada als Zentren des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts und starke Mächte eine bedeutende Rolle spielen", hatte Belaunde die Leitlinien seiner Außenpolitik zusammengefaßt.

Die Politik Belaundes zielt darauf ab, all die Maßnahmen rückgängig zu machen, die die Militärregierung noch 1968 ergriffen hatte, um eine unabhängige Entwicklung Perus zu ermöglichen und die Abhängigkeit vom US-Imperialismus zu überwinden.

Der halbschlächtige Charakter der damaligen Reformen kam vor allem in der Agrarreform zum Ausdruck. Sie sollte alle Latifundien von mehr als 500 ha unfassen und erfaßte auch tatsächlich 6,8 von insgesamt über 10 Mio. ha Großgrundbesitz. Die Enteignungen erfolgten aber im großen und ganzen gegen Entschädigungen und erlaubten den ehemaligen Großgrundeigentümern, ihr Kapital nunmehr industriell anzulegen. Und nur zum geringsten Teil (1/10) wurde der Großgrundbesitz an Kleinbauern oder indianische Dorfgemeinschaften verteilt. Größtenteils wurden die Latifundien in Genossenschaften verwandelt, die einer rigiden bürokratischen Kontrolle durch den Staat unterstellt wurden. Nach wie vor haben die indianischen Bauern kein Land, blieben die auf Latifundien arbeitenden Bauern Landarbeiter, wurde nicht die Nahrungsmittelproduktion im Inland verbraucht wurde, gefördert, sondern die landwirtschaftliche Exportproduktion, so daß auch 1975 Peru für 358 Mio. $ Lebensmittel importieren mußte. Im Bereich des Bergbaus, der Erdölproduktion und anderer Industrien wurden zwar wichtige amerikanische Monopole gegen Entschädigung verstaatlicht. Angesichts des Preisverfalls für die peruanischen Exportprodukte (insbesondere Kupfer, Fischmehl, Zucker und Baumwolle) gelang es aber nicht, den Aufbau einer nationalen Industrie durch forcierte Exportproduktion zu finanzieren, so daß Peru 1978 56% seiner Exporteinnahmen für Schuldendienste aufbringen mußte und damit nahezu zahlungsunfähig wurde. Unter diesen Bedingungen konnte der IWF darangehen, Peru jene Prinzipien einer „monetaristischen" Wirtschaftspolitik zu diktieren, der bereits die Militärregierung unter Bermudez (ab 1975) folgen mußte und die jetzt von Belaunde vollends durchgesetzt werden soll.

Vor allem in den letzten Jahren der Militärregierung aber haben sich die Klassenkämpfe in Peru schwungvoll entwickelt. Nicht nur der indianischen Bauern, die die Versprechungen der Militärregierung beim Wort genommen hatten und darangingen, durch Landbesetzungen ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Nachdem 1977 der erste große Generalstreik in Peru seit 1919 stattgefunden hatte, ist die Kette großer Streikkämpfe der peruanischen Arbeiter nicht mehr abgebrochen. Nachdem Belaunde seit seinem Regierungsantritt mit einer Welle kleinerer Streikkämpfe konfrontiert worden war, fand am 15. Januar diesen Jahres erneut ein großer Generalstreik statt, zu dem alle Gewerkschaftsverbände des Landes aufgerufen hatten und an dem nach Angaben der Gewerkschaft 80–90% der Arbeiter und Angestellten in Lima und im Land teilgenommen haben.

Ländern zu verringern.

Terry Belaunde, der neue im Sommer letzten Jahres gewählte Staatspräsident Perus, war bereits von 1963 bis 1968 Staatspräsident gewesen. 1968 hatte ihn ein Militärputsch unter Führung des Generals Velasco Alvarado seines Amtes enthoben, und Belaunde war nach Mexiko deportiert worden. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Regierungstätigkeit Belaundes bestand darin, daß sich die Abhängigkeit Perus vom US-Imperialismus entschieden vergrößert hatte. Die Produktion von Fischmehl geriet damals vollständig unter die Kontrolle amerikanischer Monopole, nachdem sie ursprünglich von nationalem Kapital aufgebaut worden war. Im gesamten Bereich der weiterverarbeitenden Industrie verdoppelten sich in den Jahren zwischen 1962 und 1968 die amerikanischen Direktinvestitionen von 44 auf 96 Mio. $. Die US-Direktinvestitionen im Bereich des Bergbaus stiegen von 248 Mio. $ auf 421 Mio. $, die gesamten Direktinvestitionen der USA von 452 auf 692 Mio. $. Das Haushaltsdefizit des peruanischen Staates hatte sich während Belaundes damaliger Regierungszeit verdoppelt, die Auslandsverschuldung verdreifacht.

Bei seinem Amtsantritt Ende Juli letzten Jahres hatte Belaunde angekün-



Bauernkongreß in Cuzco, April 1978. Unter der Militärregierung hatte die Bauernbewegung in Peru einen großen Aufschwung genommen.

men treffe. Ende 1980 hat aber die Inflation neuerlich eine Rate von 60% erreicht, der eine Erhöhung der Mindestlöhne um 6% gegenübersteht. Die Inflation wird im Verlaufe dieses Jahres mit Sicherheit weitergehen, nicht zuletzt deshalb, weil Belaunde die Streichung aller Subventionen angekündigt hat, mit denen durch die früheren Regierungen diejenigen landwirtschaftlichen Produkte, die in den Grundkon-

gen. Vielmehr hat Belaunde angekündigt, daß die Agrarreform, die die Militärs durchgeführt hatten und die zumindest Teile des Großgrundbesitzes in staatlich-genossenschaftliches Eigentum verwandelt hatte, einer „gründlichen Analyse" unterzogen werden solle, was auf Reprivatisierung der Genossenschaften hinauslaufen wird. Gleichzeitig soll die Kolonisierung breiter Urwaldgebiete an der Ostflanke

dustrie, soweit sie sich in den letzten Jahren hatte entwickeln können, zu ruinieren. Die Extrasteuer von 17,5% auf die traditionellen Exportprodukte des Bergbaus soll ebenso abgeschafft werden wie die 17%ige Steuer auf Zinserträge. Die staatlichen Betriebe im Bereich des Bergbaus sollen zwar einstweilen nicht reprivatisiert werden, das staatliche Vermarktungs- und Außenhandelsmonopol für ihre Produkte soll aber aufgehoben werden. In den 170 staatlichen Betrieben – bei der Machtübernahme des Militärs 1968 gab es lediglich 12 – wurden Rationalisierungen angekündigt. Ausländische Erdölmonopole wir Gulf Oil, Husky und Shell, wurden aufgefordert, die Erdölvorkommen Perus zu erforschen und auszubeuten. „Erste Priorität in unserer Außenpolitik kommt der Stärkung unserer Beziehungen zu den Ländern der westlichen Hemisphäre zu, in welcher die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada als Zentren des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts und starke Mächte eine bedeutende Rolle spielen", hatte Belaunde die Leitlinien seiner Außenpolitik zusammengefaßt.

Die Politik Belaundes zielt darauf ab, all die Maßnahmen rückgängig zu machen, die die Militärregierung noch 1968 ergriffen hatte, um eine unabhängige Entwicklung Perus zu ermögli-

daß Peru 1978 56% seiner Exporteinnahmen für Schuldendienste aufbringen mußte und damit nahezu zahlungsunfähig wurde. Unter diesen Bedingungen konnte der IWF darangehen, Peru jene Prinzipien einer „monetaristischen" Wirtschaftspolitik zu diktieren, der bereits die Militärregierung unter Bermudez (ab 1975) folgen mußte und die jetzt von Belaunde vollends durchgesetzt werden soll.

Vor allem in den letzten Jahren der Militärregierung aber haben sich die Klassenkämpfe in Peru schwungvoll entwickelt. Nicht nur der indianischen Bauern, die die Versprechungen der Militärregierung beim Wort genommen hatten und darangingen, durch Landbesetzungen ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Nachdem 1977 der erste große Generalstreik in Peru seit 1919 stattgefunden hatte, ist die Kette großer Streikkämpfe der peruanischen Arbeiter nicht mehr abgebrochen. Nachdem Belaunde seit seinem Regierungsantritt mit einer Welle kleinerer Streikkämpfe konfrontiert worden war, fand am 15. Januar diesen Jahres erneut ein großer Generalstreik statt, zu dem alle Gewerkschaftsverbände des Landes aufgerufen hatten und an dem nach Angaben der Gewerkschaft 80–90% der Arbeiter und Angestellten in Lima und im Land teilgenommen haben.

„Neue Ära" in den Philippinen?

Ende des Kriegsrechts macht Weg frei für Papstbesuch / USA stützen Marcos-Regime

mat.Sydney. „Freiheit" und „Eine neue Ära beginnt" lauteten die Schlagzeilen der Tagespresse in Manila am 18. Januar. Tags zuvor hatte Marcos den seit 1972 bestehenden Kriegszustand aufgehoben. Die neue Ära, die damit in den Philippinen begann, ist die Ära Reagan. Seit langem hatten die USA die schwindende Stabilität des Marcos-Diktatur, die Ausdehnung bewaffneter Aktionen der kommunistischen Neuen Volksarmee im Norden und der Befreiungsfront des Morovolkes im Süden mit Sorge beobachtet. Mit zwei ihrer größten Militärstützpunkte im Westpazifik hat das Land für sie strategische Bedeutung. Ihre Zweifel an Marcos' Möglichkeiten, die Volkskämpfe zu ersticken, ließen die USA noch vor wenigen Monaten den Versuch unternehmen, eine bürgerliche Opposition zustande zu bringen. Zu radikalen bürgerlichen Gruppen, die Marcos durch Bombenanschläge zum Abtreten zwingen wollten, wurden Verbindungen geknüpft. Die Manöver zeitigten nicht den gewünschten Erfolg. Während die erhoffte vereinigte Opposition mit ihrem Programm auf sich warten ließ, griffen die Bombenanschläge auf Staatsbürger der USA über (KVZ 45/80). Marcos, der sich verschiedentlich genötigt gesehen hatte, das Ende des Kriegsrechts für Mitte 1981 in Aussicht zu stellen, ergriff die Gelegenheit, unter Hinweis auf die bedrohte innere Sicherheit das Kriegsrecht erneut zu bekräftigen.

Was hat Marcos dazu bewegt, entgegen allen früheren Äußerungen das Kriegsrecht so plötzlich zu beenden? Marcos weiß, daß die USA bei der Wahrung ihrer Interessen in Südostasien zu allem bereit sind. Er weiß, daß es für die USA zweitrangig ist, wer ihnen die Sicherheit ihrer Stützpunkte garantiert, und daß sein Verbleiben als Staatschef von Washington abhängt. Als Reagan öffentlich erklärte, er wolle alte Freundschaften wieder aufwerten, sah er seine Chance. Über seine Frau Imelda ließ er in Washington ausloten, wie es um die „Blutsbrüderschaft" (so Marcos im April letzten Jahres in Hawaii) stehe. Die Antwort: Mit einer leichten Aufbesserung des Ansehens seines Regimes könne man es mit ihm gut weiter versuchen.

Daß es sich bei der Beendigung des Kriegsrechts nur um die Aufbesserung der Fassade handelt, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Aufgehoben ist die Möglichkeit, Personen ohne Anklage unbegrenzt in Haft zu halten. Beendet ist die Praxis des Regierens durch Präsidialverordnungen. Alle seit 1972 erlassenen Verordnungen bleiben aber in Kraft, bis sie von der Nationalversammlung aufgehoben werden, und in der Nationalversammlung hat die „Bewegung Neue Gesellschaft" des Präsidenten fast alle Sitze inne. Der Süden Mindanaos, die zweitgrößte Insel, wo die Armee des muslemischen Morovolkes operiert, bleibt weiterhin unter Kriegsrecht, und die Führer der Kommunistischen Partei bleiben weiter ohne Anklage in Haft; noch am 20. Oktober hatte Marcos dafür eine neue Verfügung erlassen. Das Streikrecht bleibt aufgehoben. Von der Opposition geforderte Wahlen finden nicht vor 1983 statt.

Noch eine weitere alte Freundschaft wird mit der neuen Ära gefestigt. Die katholische Kirche, die über 80% der 49 Millionen Filipinos als ihre Mitglieder zählt, hat schon lange auf Beendigung des Kriegsrechts gedrängt. Seit Mitte 1979 ist ein Besuch des Papstes im Land geplant, viermal ist er verschoben worden, weil die Lage ihn nicht opportun erscheinen ließ. Am 17. Februar soll der Papst jetzt philippinischen Boden betreten. Kardinal Sin, Erzbischof von Manila und Gastgeber des Papstes, ist mit der Situation rundweg zufrieden. Schon immer, erklärte er in einem Interview im Dezember, sei die Position der Kirche die der „kritischen Zusammenarbeit" mit dem Regime gewesen. „Oft werde ich mit der Opposition identifiziert, ganz ohne meine Schuld", sagte er und betonte, daß der Besuch als „Bestätigung der gegenwärtigen politischen Ordnung im Land" verstanden werden solle. Vor Studenten, Diplomaten, Bauern, Leprakranken, Taxifahrern und Volksstämmen des Nordens wird der Papst Reden halten – man darf gespannt sein, ob der Fortbestand des Kriegsrechts im muslemischen Süden einer Erwähnung wert ist.



Demonstration der Studenten 1972 vor Verkündung des Kriegsrechts

Die bürgerliche Opposition findet sich jetzt zwischen allen Stühlen wieder. Die Beendigung des Kriegsrechts hat an der Lage der Massen nichts geändert, und der Kampf um demokratische Rechte wird zunehmen. Nachdem die direkte Unterstützung der USA jetzt ausbleibt, ist die Opposition auf eine Massenbasis im Land angewiesen, die sie nur durch Zusammenarbeit mit der verbotenen Kommunistischen Partei finden könnte. Davor schreckt sie jedoch zurück. Benigno Aquino, seit Mai 1980 in den USA lebender und von Marcos zum Tode verurteilter Oppositionspolitiker, der bei den Versuchen der USA, eine Opposition aufzubauen, eine zentrale Rolle gespielt hatte, hat Fühler ausgestreckt, um mit dem Angebot kritischer Zusammenarbeit bei seine Rückkehr vorzubereiten. Als erste zeigen sich die Studenten entschlossen, die neue Lage für die Ausweitung des Kampfes um demokratische Rechte zu nutzen. Am 20. Januar griffen sie in einer Demonstration vor der US-Botschaft den US-Imperialismus an, für den weiteren Fortbestand des Marcos-Regimes verantwortlich ist. Weitere Demonstrationen „für die Wiederherstellung der Demokratie und der Menschenrechte" haben sie angekündigt; sie sollen während des Papstbesuchs in Manila stattfinden.

Der gewerkschaftliche Kampf der 70er Jahre um Verbesserungen der Gesundheitsversorgung

„... dann wird man feststellen können, daß die Sozialpolitik der Jahre 1971 – 1973 bestimmt wurde durch eine Fülle fortschrittlicher sozialpolitischer Gesetze ..."
(aus Geschäftsbericht der IGM 1971 – 1973)

bsc. Die jährlichen sozialen Leistungen werden von der Bundesregierung als „Sozialbudget" erfaßt. Dieses Sozialbudget, ausgedrückt als Prozentsatz des Bruttosozialproduktes, hat im vergangenen Jahr folgende Entwicklung genommen:

1969	73	74	75	76	77	78	79	80
25,4	27,3	28,9	32,2	31,6	31,8	31,3	30,5	30,1

Die Bundesregierung unterteilt das Sozialbudget in folgende Hauptbereiche: Familie; Gesundheit, Beschäftigung; Alter und Hinterbliebene; und vier weitere kleinere Bereiche. Dabei machen die Bereiche Gesundheit einerseits und Alter und Hinterbliebene andererseits jeweils gut ein Drittel des Sozialbudgets aus. Der Anteil des Bereichs Gesundheit am Bruttosozialprodukt hat sich in dem Zeitraum wie folgt entwickelt:

1969	73	74	75	76	77	78	79	80
7,2	8,9	9,3	10,2	10,3	10,3	10,3	10,2	10,1

Eine graphische Darstellung würde in den frühen 70er Jahren einen steilen Anstieg ausweisen, während die Senkung seit dem Gipfelpunkt geringfügig ist. Kostendämpfung im Gesundheitswesen?

Es ist bekannt, daß es entsprechende gesetzliche Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen gegeben hat; z.B. trat am 1. Juli 1977 das „Gesetz zur Weiterentwicklung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung" (kurz: KVGK, auch Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz) in Kraft. Der zuständige Minister war und ist Dr. Herbert Ehrenberg. Auf dieses Gesetz und seine Wirkung wird später einzugehen sein. Zur Beurteilung der Verbesserung oder Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Arbeiterbevölkerung reicht aber nicht die Analyse einer einzelnen Gesetzesmaßnahme aus. Tatsächlich entscheidet sie auch nicht darüber. Bei der folgenden Untersuchung gehe ich vor allem von zwei Gesichtspunkten aus:

Erstens ist der Kampf um die Gesundheitsversorgung Bestandteil des elementaren wirtschaftlichen Kampfes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse um den Wert der Ware Arbeitskraft; dementsprechend sind die Erfolgsaussichten der Arbeiterklasse einerseits sehr stark durch die Entwicklung der kapitalistischen Profitwirtschaft bedingt, andererseits auch durch ihre politische Stärke.

Zweitens muß die Beurteilung der

Eine graphische Darstellung würde in den frühen 70er Jahren einen steilen Anstieg ausweisen, während die Senkung seit dem Gipfelpunkt geringfügig ist. Kostendämpfung im Gesundheitswesen?

Es ist bekannt, daß es entsprechende gesetzliche Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen gegeben hat; z.B. trat am 1. Juli 1977 das „Gesetz zur Weiterentwicklung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung" (kurz: KVGK, auch Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz) in Kraft. Der zuständige Minister war und ist Dr. Herbert Ehrenberg. Auf dieses Gesetz und seine Wirkung wird später einzugehen sein. Zur Beurteilung der Verbesserung oder Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Arbeiterbevölkerung reicht aber nicht die Analyse einer einzelnen Gesetzesmaßnahme aus. Tatsächlich entscheidet sie auch nicht darüber. Bei der folgenden Untersuchung gehe ich vor allem von zwei Gesichtspunkten aus:

Erstens ist der Kampf um die Gesundheitsversorgung Bestandteil des elementaren wirtschaftlichen Kampfes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse um den Wert der Ware Arbeitskraft; dementsprechend sind die Erfolgsaussichten der Arbeiterklasse einerseits sehr stark durch die Entwicklung der kapitalistischen Profitwirtschaft bedingt, andererseits auch durch ihre politische Stärke.

Zweitens muß die Beurteilung der gesundheitlichen Versorgung Bezug nehmen auf den Gesundheitsstand, den Gesundheitsstandard der Arbeiterbevölkerung, der vor allem vom Verbrauch der Arbeitskraft in der Produktion abhängt.

Daten zum Gesundheitsstandard der westdeutschen Bevölkerung

Die *Müttersterbeziffer* – Müttersterbefälle je 100000 Lebendgeborene – wird neben anderen Daten als ein Indikator sowohl für den Gesundheitsstandard der Bevölkerung als auch für den Leistungsstandard der Gesundheitsversorgung genommen. Diese Ziffer war bis Mitte der 60er Jahre ununterbrochen rückläufig, aber ab 1968 stagnierte sie bei einem Stand von etwa 50 Todesfällen auf 100000.

Bezüglich der *Säuglingssterblichkeit* ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: „Bis Mitte der 60er Jahre wurde ein zügiger Rückgang der Säuglingssterblichkeit beobachtet. Seither kam es nach einem vorübergehenden Wiederanstieg nur noch zu einer sehr zögernden weiteren Senkung der Sterbeziffern." (E. Maier, Gegenwärtiger Stand der Mütter- und Säuglingssterblichkeit ..., in Öff. Gesundh.-Wesen 39/77)

In derselben Untersuchung kommt Maier zusammenfassend zu folgenden Einschätzungen: „Bei einem Vergleich der Müttersterbeziffern der Bundesrepublik mit den entsprechenden Ziffern der anderen europäischen Staaten und einer Anordnung dieser Müttersterbeziffern nach der Rangfolge innerhalb der einzelnen Jahre zeigt sich, daß die Bundesrepublik eine relativ ungünstige Position einnimmt. Dabei hat sich ihre Position in den letzten Jahren eher noch verschlechtert. ... Im internationalen Vergleich nimmt die Bundesrepublik auch im Hinblick auf die Säuglingssterblichkeit keinen günstigen Platz ein." Mit den letzten Jahren ist der Zeitraum von 1973 bis 1975 gemeint.

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg hat die *Durchschnittsgröße der Bevölkerung* zugenommen. Dazu wird Anfang der 70er Jahre festgestellt: „1973 wurde in einem Nürnberger Schularztbezirk, der in etwa dem Durchschnitt einer Industriegroßstadt von über 500000 entspricht, eine Gruppe von 536 Kindern vor der im Herbst 1973 erfolgenden Schulaufnahme einer gründlichen Untersuchung unterzogen ... Da in Tabelle 1 zugleich die Durchschnittslängen Nürnbergs von 1963 eingetragen sind, wird es deutlich, daß sowohl bei den Knaben als auch bei den Mädchen kein Fortschreiten der Akzeleration im letzten Jahrzehnt mehr festzustellen ist." (H. Oster, Schulanfängerbefunde 1973 im Vergleich mit früheren Untersuchungen, in Öff. Gesund-Wesen 35/73)

Anfang der 70er Jahre führte H. Weissenböck (H. Weissenböck, Studien zur ökonomischen Effizienz von Gesundheitssystemen, Stuttgart 1974) einen Vergleich des *Gesundheitsstandards verschiedener Industriestaaten* durch und kam dabei zusammengefaßt zu folgendem Ergebnis: „Bei einem Vergleich des Gesundheitsstandards von acht europäischen Ländern und der Vereinigten Staaten von Amerika ergab sich folgende (vom höheren Standard zum niedrigeren verlaufende) Reihenfolge: 1. Schweden; 2. Schweiz, England, Frankreich; 3. DDR, USA; 4. BRD, Österreich.

Von diesen neun Ländern hat also die Bundesrepublik Deutschland – im gleichen Rang mit Österreich – den niedrigsten Gesundheitsstandard."

Die dargelegten Tatsachen erlauben die Aufstellung der These, daß sich der Gesundheitsstandard der westdeutschen Bevölkerung am Ende der 60er Jahre / zu Beginn der 70er Jahre verschlechterte und daß er schlechter war als der vergleichbarer Industriestaaten.

Entwicklung des Verbrauchs der Arbeitskraft in der Produktion

Aus ihren Interessen heraus verfolgen die Kapitalisten diese Entwicklung sehr genau und liefern hierzu Fakten. In ihrer Broschüre „Gesundheitssicherung in Freiheit und Verantwortung", womit die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 1973 auf das gesundheitspolitische

35/73)

Anfang der 70er Jahre führte H. Weissenböck (H. Weissenböck, Studien zur ökonomischen Effizienz von Gesundheitssystemen, Stuttgart 1974) einen Vergleich des *Gesundheitsstandards verschiedener Industriestaaten* durch und kam dabei zusammengefaßt zu folgendem Ergebnis: „Bei einem Vergleich des Gesundheitsstandards von acht europäischen Ländern und der Vereinigten Staaten von Amerika ergab sich folgende (vom höheren Standard zum niedrigeren verlaufende) Reihenfolge: 1. Schweden; 2. Schweiz, England, Frankreich; 3. DDR, USA; 4. BRD, Österreich.

Von diesen neun Ländern hat also die Bundesrepublik Deutschland – im gleichen Rang mit Österreich – den niedrigsten Gesundheitsstandard."

Die dargelegten Tatsachen erlauben die Aufstellung der These, daß sich der Gesundheitsstandard der westdeutschen Bevölkerung am Ende der 60er Jahre / zu Beginn der 70er Jahre verschlechterte und daß er schlechter war als der vergleichbarer Industriestaaten.

Entwicklung des Verbrauchs der Arbeitskraft in der Produktion

Aus ihren Interessen heraus verfolgen die Kapitalisten diese Entwicklung sehr genau und liefern hierzu Fakten. In ihrer Broschüre „Gesundheitssicherung in Freiheit und Verantwortung", womit die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 1973 auf das gesundheitspolitische

Programm des DGB aus dem Jahre 1972 antwortete, melden sie folgende Zahlen über die Entwicklung des *Krankenstandes* bei den Betriebskrankenkassen (wobei sie in einer Fußnote vermerken, daß ihre Statistik der amtlichen vorzuziehen sei, denn „wegen der Betriebsnähe dieser Kassen wird die tatsächliche Arbeitsunfähigeit exakter erfaßt"):

1965	66	67	68	69	70	71	72	73
5,8	5,6	4,7	5,7	6,4	7,0	7,1	7,2	7,5

Angaben in Prozent.

Zum Sachverhalt des enormen Anstieges – von 1967 bis 1973 um rd. 50% – des Verschleißes der Arbeitskraft bemerkt die BDA: „Diese Entwicklung des Krankenstandes ist sichtbarer Ausdruck der wachsenden Ansprüche an unser Gesundheitswesen. Um die Bedeutung dieses Problemes zu ermessen, ist zu bedenken, daß 1 Prozent Krankenstand den Ausfall von rd. 220000 Arbeitnehmern bedeutet, die dem Wirtschaftsprozeß nicht zur Verfügung stehen." – Und wie die Verfügungsbereitschaft erhöhen? Die Antwort der BDA auf dieses Problem ist zu charakteristisch und auch heute von praktischer Bedeutung, um sie nicht an dieser Stelle schon einzufügen: „Er (der arbeitsunfähige Versicherte, d. Verf.) wird vom behandelnden Arzt entweder als voll arbeitsfähig oder gänzlich arbeitsunfähig bezeichnet. Eine nur teilweise Arbeitsunfähigkeit oder Verweisung auf andere zumutbare Tätigkeiten ist nicht vorgesehen. Diese Handhabung liegt durchaus auch nicht immer im Sinne des Versicherten. Er möchte in vielen Fällen, insbesondere bei leichteren Verletzungen, in denen der Gesamtorganismus nicht betroffen ist, eine Tätigkeit auch vor seiner völligen Wiederherstellung ausüben." Dieser Gedanke der Teil-Arbeitsunfähigkeit wird gerade jetzt wieder von den Kapitalisten ins Gespräch gebracht und belegt die Notwendigkeit strikter Schranken.

Daß der wesentliche Faktor für die Verschlechterung und den vergleichbar schlechten Gesundheitsstandard der westdeutschen Arbeiterbevölkerung ursächlich vom erhöhten Verbrauch an Arbeitskraft in der Produktion rührt, kann durch weitere Tatsachen untermauert werden:

– die *Erwerbsquote der Frauen* und damit der in der Produktion tätige Teil der Arbeiterbevölkerung ist bis zu Beginn der 70er Jahre stetig gestiegen;

– beim Vergleich der durchschnittlichen *wöchentlichen Arbeitszeit* lag die BRD zu dieser Zeit in der Spitzengruppe;

– in der *Verteilung der Beschäftigten* nach den Hauptbereichen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen wies die BRD den auffällig höchsten Anteil in der Industrie aus:

in Prozent	Landw.	Indu.	Dienstl.
BRD	7,8	49,1	43,2
Frankreich	12,9	39,3	47,7
Italien	18,2	44,3	37,5
Niederlande	6,9	36,6	56,5
Belgien	4,2	43,4	52,5
Großbritannien	3,0	42,9	54,1
Dänemark	9,8	34,2	56,0
Schweden	7,4	36,8	55,8
Österreich	16,4	41,0	42,6
USA	4,2	31,0	64,8

Quelle: EUROSTAT 1973 – 74, S. 20

Die Gewerkschaftsforderungen und die gesundheitspolitische Gesetzgebung der frühen 70er Jahre

Der DGB veröffentlicht 1972 zum ersten Mal ein gesondertes, umfassendes „Gesundheitspolitisches Programm", in dem der Gesundheitsstand der Arbeiterbevölkerung zusammenfassend so charakterisiert wird: „Die Gesundheit wird in immer stärkerem Umfang durch die Belastungen der modernen Industriewelt beeinträchtigt ... Die körperlichen und seelischen Belastungen am Arbeitsplatz bestimmen heute in weitem Maße das gesundheitliche Schicksal vieler Arbeitnehmer." Neben zahlreichen Einzelforderungen, deren Realisierung nicht unerheblich die sozialpolitische Gesetzgebung in der ersten Hälfte der 70er Jahre prägte, forderte der DGB an strukturellen Veränderungen:

in Prozent	Landw.	Indu.	Dienstl.
BRD	7,8	49,1	43,2
Frankreich	12,9	39,3	47,7
Italien	18,2	44,3	37,5
Niederlande	6,9	36,6	56,5
Belgien	4,2	43,4	52,5
Großbritannien	3,0	42,9	54,1
Dänemark	9,8	34,2	56,0
Schweden	7,4	36,8	55,8
Österreich	16,4	41,0	42,6
USA	4,2	31,0	64,8

Quelle: EUROSTAT 1973 – 74, S. 20

Die Gewerkschaftsforderungen und die gesundheitspolitische Gesetzgebung der frühen 70er Jahre

Der DGB veröffentlicht 1972 zum ersten Mal ein gesondertes, umfassendes „Gesundheitspolitisches Programm", in dem der Gesundheitsstand der Arbeiterbevölkerung zusammenfassend so charakterisiert wird: „Die Gesundheit wird in immer stärkerem Umfang durch die Belastungen der modernen Industriewelt beeinträchtigt ... Die körperlichen und seelischen Belastungen am Arbeitsplatz bestimmen heute in weitem Maße das gesundheitliche Schicksal vieler Arbeitnehmer." Neben zahlreichen Einzelforderungen, deren Realisierung nicht unerheblich die sozialpolitische Gesetzgebung in der ersten Hälfte der 70er Jahre prägte, forderte der DGB an strukturellen Veränderungen:

– Erweiterung des Personenkreises der gesetzlichen Krankenversicherung;

– Integration der verschiedenen Bereiche (freie Praxen, Krankenhäuser, öffentlicher Gesundheitsdienst) und bewußte Planung im gesamten Gesundheitswesen;

– umfassende Novelle der Arbeitssicherheitsbestimmungen und ein System von Betriebsärzten und Sicherheitstechnikern;

– Stärkung der Rechte der versicherten Arbeitnehmer in der Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Die BDA antwortet darauf – wie schon erwähnt – mit ihrem gesundheitspolitischen Programm, dessen Hauptpunkte sind:

– Erhaltung des gegliederten Gesundheitssystems;

– Erhaltung der „bewährten partnerschaftlichen Zusammenarbeit von versicherten Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Selbstverwaltung";

– und etliche Einzelforderungen wie Teil-Arbeitsunfähigkeit, Selbstkostenbeteiligung und Ersetzung des Sachleistungsprinzips durch das Kostenerstattungsprinzip u.a.

Noch im Jahre 1968 war das *Finanzänderungsgesetz* in Kraft getreten, eine Ausgeburt der Wirtschaftskrise Mitte der 60er Jahre, das etliche Verschlechterungen beinhaltete wie die Kostenbeteiligung an Medikamenten, die Krankenscheinprämie und der zweiprozentige Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die gewachsene politische Stärke der Arbeiterbewegung, die in der ersten Brandt-Scheel-Regierung Ausdruck fand, konnten etliche gesundheitspolitische Verbesserungen zu Beginn der 70er



Nach dem derzeit zumeist anerkannten Planstellenschlüssel der Deutschen Krankenhausgesellschaft sollen die Planstellen auf Intensivstationen mindestens 1:1, also 1 Planstelle pro Bett betragen. Tatsächlich wird dieses Verhältnis nirgendwo erreicht. Die Arbeit muß sich dann auf das Nötigste beschränken. Der Fortschritt in der Anwendung der Produktivkräfte in der Medizin wird so systematisch begrenzt, dagegen noch mit „seelenlosen Apparaten" gehetzt. Für die Reichen allerdings ist sicher, daß sie ihr Sonderpersonal kriegen.

Jahre durchgesetzt werden:

– im Jahre 1970 verpflichtete das *Lohnfortzahlungsgesetz* die Kapitalisten anstatt der Krankenversicherungen zur Lohnfortzahlung; der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wurde wieder aufgehoben; Aufnahme des Zahnersatzes und verschiedener kieferorthopädischer Leistungen als Kassen-Regelleistungen;

– im Jahre 1971 führte das *2. Krankenversicherungsänderungsgesetz* Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen ein; die Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze wurde dynamisiert und damit die GKV für besser verdienende Angestellte geöffnet; das *Gesetz über die Unfallversicherung* von Schülern, Studenten und Kindern in Kindergärten;

– im Jahre 1972 wurden die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner aus 1968 – 70 zurückgezahlt und das Gesetz über die *Krankenversicherung der Landwirte* beschlossen;

– im Jahre 1973 wurde das *Krankenversicherungsleistungsverbesserungsgesetz* beschlossen, das u.a. die Krankenscheinprämie wieder aufhob, den unbefristeten Krankenhausaufenthalt, bezahlte Haushaltshilfe im Krankheitsfall und 5 Tage Freistellung zu Lasten der Krankenkasse bei Krankheit des Kindes einführte.

Das ist ein Teil der Verbesserungen der gesundheitlichen Versorgung, die von der gewerkschaftlichen Bewegung zu Beginn der 70er Jahre durchgesetzt werden konnten; es waren Reaktionen auf den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion und auf die Verschlechterung des Gesundheitsstandards; ihre Durchsetzung war möglich aufgrund der relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung mit relativ niedriger industrieller Reservearmee und einer gewachsenen politischen Stärke der Arbeiterbewegung, die auf die Brandt-Scheel-Regierung drückte.

(Wird fortgesetzt)

„Daß du hier nicht alt wirst, an den Gedanken mußt du dich gewöhnen"

Ein Blick in ein Krankenhaus der „Spitzenversorgung" – Universitätskliniken Münster

ser.Münster. Dienstagmorgen, 7.50 Uhr. Im Operationssaal der Chirurgischen Klinik wird eine Unfalloperation beendet. Vorher ist die Nacht über Programm operiert worden, d. h. keine Notfälle. Seitdem, bedingt auch durch die Krankenhausschließungen im Umland, der Zulauf von Patienten zu den Unikliniken immer größer wird,

1000 DM in der Stunde kostet, war das nächtliche Abstellen vom Verwaltungsdirektor angeordnet worden.

Ansonsten wird viel Geld ausgegeben für den Neubau der Universitätsklinik. „Zentralisierung" heißt das Zauberwort. Im Zentrallabor z. B. wird ein computergesteuertes Blutreihenuntersuchungsgerät eingesetzt. 300

gen zur Lohnfortzahlung; der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wurde wieder aufgehoben; Aufnahme des Zahnersatzes und verschiedener kieferorthopädischer Leistungen als Kassen-Regelleistungen;

– im Jahre 1971 führte das *2. Krankenversicherungsänderungsgesetz* Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen ein; die Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze wurde dynamisiert und damit die GKV für besser verdienende Angestellte geöffnet; das *Gesetz über die Unfallversicherung* von Schülern, Studenten und Kindern in Kindergärten;

– im Jahre 1972 wurden die Krankenversicherungsbeiträge der Rentner aus 1968 – 70 zurückgezahlt und das Gesetz über die *Krankenversicherung der Landwirte* beschlossen;

unbefristeten Krankenhausaufenthalt, bezahlte Haushaltshilfe im Krankheitsfall und 5 Tage Freistellung zu Lasten der Krankenkasse bei Krankheit des Kindes einführte.

Das ist ein Teil der Verbesserungen der gesundheitlichen Versorgung, die von der gewerkschaftlichen Bewegung zu Beginn der 70er Jahre durchgesetzt werden konnten; es waren Reaktionen auf den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion und auf die Verschlechterung des Gesundheitsstandards; ihre Durchsetzung war möglich aufgrund der relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung mit relativ niedriger industrieller Reservearmee und einer gewachsenen politischen Stärke der Arbeiterbewegung, die auf die Brandt-Scheel-Regierung drückte.

(Wird fortgesetzt)

„Daß du hier nicht alt wirst, an den Gedanken mußt du dich gewöhnen"

Ein Blick in ein Krankenhaus der „Spitzenversorgung" – Universitätskliniken Münster

ser.Münster. Dienstagmorgen, 7.50 Uhr. Im Operationssaal der Chirurgischen Klinik wird eine Unfalloperation beendet. Vorher ist die Nacht über Programm operiert worden, d. h. keine Notfälle. Seitdem, bedingt auch durch die Krankenhausschließungen im Umland, der Zulauf von Patienten zu den Unikliniken immer größer wird,
ist das für bestimmte Tage notwendig geworden. Durchgeführt wird das vom sogenannten „Bereitschaftsdienst", jedoch oft mit einer Arbeitsbelastung von 100%. Der zuständige Narkosearzt, jetzt seit 24 Stunden auf den Beinen, hastet zu seiner Tagesschicht, hier hat er jetzt nochmal 8 Stunden Dienst vor sich. Muß er z. B. in die neue Zahnklinik (die erste Klinik, die bereits in den Neubau umgezogen ist), kommt er in einen OP-Saal, der im inneren Bereich des Gebäudes liegt, d. h. ohne Einfall von Tageslicht ist. Starke Neonlampen erhellen den Saal. Schon bei ausgeschalteter OP-Lampe wurden hier Lux-Zahlen von 1300 gemessen, für den menschlichen Organismus erträglich sind laut wissenschaftlichen Untersuchungen 700.

„Kein Wunder, daß man hier krank wird," sagen die OP-Schwestern. „Im Winter gehst du morgens im Dunkeln hier rein und wenn du abends rauskommst, ist es wieder dunkel." Die UV-Strahlung der Sonne, die für die Bildung der Abwehrstoffe des menschlichen Körpers notwendig ist, fehlt. Augenbeschwerden, Infektionskrankheiten und Kreislaufbeschwerden sind an der Tagesordnung. Der Krankheitsstand der Beschäftigten der Zahnklinik (Inbetriebnahme vor gut ½ Jahr) ist jetzt schon der höchste der Unikliniken. Aber das liegt auch wohl mit an der Klimaanlage. Letztens war eine Gruppe von Beschäftigten beim Personalrat. Er solle dafür sorgen, daß die Klimaanlage nachts angeschaltet bleibt, weil der Bereitschaftsdienst sich ja nachts im Bau aufhält und einige Schwestern schon nachts raus an die Luft mußten, weil sie Atemnot bekamen. Da der Betrieb der Klimaanlage

1000 DM in der Stunde kostet, war das nächtliche Abstellen vom Verwaltungsdirektor angeordnet worden.

Ansonsten wird viel Geld ausgegeben für den Neubau der Universitätsklinik. „Zentralisierung" heißt das Zauberwort. Im Zentrallabor z. B. wird ein computergesteuertes Blutreihenuntersuchungsgerät eingesetzt. 300
× 18 Blutbestimmungen leistet es in 2 Stunden. Etliche medizinisch-technische Assistentinnen, die jetzt noch in den alten Häusern sitzen, werden überflüssig. Man braucht nur noch einen Spezialisten für die Maschine und eine Hilfskraft, die die Befunde abheftet, die ja auch vom Computer geschrieben werden. So oder ähnlich sieht es in allen Zentralabteilungen aus. Bei einer Umfrage der ÖTV-Betriebsgruppe gab der Großteil der Beschäftigten an, positiv sei am Einsatz der neuen Maschinerie, daß oft Arbeitserleichterungen (zurück zum „Leukos-Zählen" per Mikroskop will keiner) und vor allem genauere Untersuchungsergebnisse rauskommen; negativ sei, sagen sie, daß die Arbeit stupider wird, mehr Streß und Angst vor Stellenstreichungen.

Die Beschäftigten der Zahnklinik sind die einzigen, die das „Zentralisier"-System schon in vollen Zügen „genießen" können. Alles, Kittel, Instrumente etc., kommt als „Set" verpackt von der RDS-(Reinigen, Desinfizieren, Sterilisieren)-Zentrale oder der zentralen Wäscherei. „Und dann holst du vielleicht einen Haken aus dem Instrumentenset und der ist total verbogen und schon mußt du wieder ein neues Set aufmachen, obwohl du nur einen Haken brauchst. Was das kostet! Nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Wir schaffen jetzt wesentlich weniger OPs als früher und haben mehr Wundheilungsstörungen, denn steriler ist das nicht, im Gegenteil." Früher haben die Schwestern ihre Instrumente z. B. selbst sterilisiert, heute wird das von ungelernten Arbeiterinnen am Fließband gemacht, die natürlich nicht wissen können, worauf es ankommt. Aber billiger sind sie.

VR China: Baustopp für das Stahlwerk Baoshan und alle anderen großen Schwerindustrieprojekte

,,Notwendiger Schritt zurück" bei der Reorganisation der Wirtschaft und im Kampf gegen Inflation

jon.Beijing. Anfang Dezember wurde die Absicht der chinesischen Regierung bekannt, alle großen Investitionsvorhaben in der Schwerindustrie zu unterbrechen oder ganz einzustellen. Das genaue Ausmaß der Streichungen ist noch nicht bekannt, jedoch sollen vorläufig nur noch Investitionen in der Landwirtschaft und Leichtindustrie, in der Energiegewinnung und dem Verkehrswesen erlaubt sein. Das bekannteste Opfer des Investitionskürzungsprogramms ist das gigantische Stahlwerk Baoshan bei Shanghai, dessen Bau schon vor über zwei Jahren begonnen hat und das bis zur Fertigstellung vermutlich über 30 Mrd. Yuan RMB verschlingen würde (1Yuan = 1,25 DM). Sämtliche Anlagen sollten aus Japan importiert werden. Ebenfalls im Dezember verkündete die chinesische Regierung energische Maßnahmen gegen die Preissteigerungen. Auch 1980 dürfte die Inflationsrate kaum unter der von 1979 (offiziell 5,8%) gelegen haben.

Ein Aufstöhnen soll bei Bekanntwerden der Investitionskürzungen durch die ansehnliche Gemeinde ausländischer Firmenvertreter gegangen sein, die im Beijing-Hotel unweit des Kaiserpalastes residiert. Manch einer hat die schweinsledernen Koffer gepackt. Die Industrieausstellung der USA im November in Beijing, die größte, die die US-Regierung jemals im Ausland organisiert hat, soll nur 6 Mio. $ Umsatz erbracht haben, weniger als die Spesenkosten. Und der Korrespondent der ,,Far Eastern Economic Review" beobachtete lange Gesichter, als eine japanische Ministerdelegation Anfang Dezember von einem Besuch in Beijing heimkehrte. Die Minister hatten erfahren, daß den japanischen Kapitalisten in diesem Jahr erhoffte Aufträge in Höhe von 1 Mrd. US $ entgehen würden.

Viel interessanter aber als die eher heiter stimmenden Beklemmungen imperialistischer Handelsvertreter sind die Gründe und Auswirkungen, die die Maßnahmen der Regierung in China selbst haben. Der stellvertretende Vorsitzende der KP China, Deng Xiaoping, hat sie in einer Rede auf einer Arbeitskonferenz des ZK am 25.12.80 als einen ,,notwendigen Schritt zurück" bezeichnet. Nach dem 3. Plenum des ZK Ende 1978, auf dem die grundlegenden Beschlüsse zur Reorganisation der Volkswirtschaft gefaßt wurden, habe noch keine Einheit in der Partei und im Land geherrscht, und die Reorganisation sei verzögert und sabotiert worden. Die ZK-Beschlüsse hatten die vorrangige Entwicklung der Landwirtschaft, der Leichtindustrie, der Energieversorgung und des Verkehrswesens vorgesehen sowie die Verlangsamung des Wachstums der Schwerindustrie.

Die Aufblähung der Schwerindustrie und ihre schlechte Ausrichtung auf Landwirtschaft und Leichtindustrie werden aber heute für die Hauptquelle von Versorgungsschwierigkeiten und Inflation gehalten. Die Inflation bedroht spürbar die Verbesserungen der Lebensbedingungen, die die Arbeiter und Bauern in den letzten Jahren erreicht haben – eine Quelle von Unzufriedenheit. Die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Reorganisation sind aber ihrerseits Quelle von Konflikten. Hunderte von Betrieben werden eingestellt, verkleinert, umgestellt und zusammengelegt – für die betroffenen Arbeiter und Regionen oft ein Verlust von Einkommen. Entlassene Arbeiter sollen z.B. bei Lohnfortzahlung fortgebildet werden. Aber die Prämien fallen fort. Deng Xiaoping fordert in dieser widersprüchlichen Lage strikte Durchführung des wirtschaftlichen Reorganisationsprogramms, gründliche Aufklärung der Massen, Disziplin und Unterordnung unter die Führung der Partei, besonnene Fortsetzung des Ausbaus von Demokratie und Gesetzeswesen und Unterdrückung aller Tendenzen, die die Stablilität und Einheit des Landes gefährden. In diesem Zusammenhang steht auch der vom chinesischen Staatsrat verfügte allgemeine Preisstopp.

Im Mittelpunkt der Diskussion über die Schwerindustrie steht das Stahlwerk Baoshan. Noch auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses (NVK) im September '80 hatte der Minister für metallurgische Industrie, Tang Ke, dieses Werk als für die Stahlversorgung Chinas notwendig bezeichnet, obwohl ihm von einem Abgeordneten entgegengehalten wurde:

,,Die Investitionen ... belaufen sich auf mehrere Mrd. Yuan. Die Rohstoffgrundlagen sind außerhalb des Landes. Das Ausmaß der Erztransporte ist gewaltig. Schiffe mit mehr als 10000 t können den Hafen nicht anlaufen. Es muß noch einmal umgeladen werden. Die in Baoshan benutzte Kohle benötigt einen Aschegehalt von weniger als 15%. Dafür reicht die Binnenversorgung nicht aus. Die Baoshan-Hochöfen sind japanischer Konstruktion und auf deren Rohstoffniveau abgestimmt. Im wesentlichen muß man daher australische Erze und Lieferungen aus fünf anderen Ländern verwenden. Die Hochöfen von 5000 m³ Größe wurden auf Sandstrandgelände gebaut. Man mußte 400000 Stahlröhren einrammen. Im Untergrund verschieben sie sich jetzt. Was machen wir da in Zukunft?"

Das Projekt stammt aus der Zeit kurz nach dem Sturz der Viererbande, als das Ziel der Modernisierung Chinas vor allem durch beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie verwirklicht werden sollte – durchaus noch im Geist des ,,Großen Sprungs" und der Viererbandenzeit. Lediglich die Zusammenarbeit mit dem Ausland sollte verstärkt werden. Noch auf der 1. Tagung des V. NVK 1978 rief Parteivorsitzender Hua Guofeng dazu auf, unter der Parole ,,mit Stahl als Hauptkettenglied" die Stahlproduktion bis 1985 auf 60 Mio. t zu steigern (1979: 34 Mio. t), und kündigte den Neu- bzw. Ausbau von 120 Großprojekten der Schlüsselindustrien an. Diese Aufrufe, für die Hua Guofeng heute immer offener kritisiert wird, lösten eine Welle undurchdachter Einkäufe im Ausland aus. Die gesamten staatlichen Ausgaben für Investbau stiegen von 1977 auf 1978 um rund 30% auf 47,9 Mrd. Yuan, 1979 auf 50 Mrd. Yuan und blieben auch 1980 auf dieser Höhe. Die Akkumulationsrate der Volkswirtschaft lag in diesen Jahren bei weit über 30%, d.h. in der Höhe der Zeit des ,,Großen Sprungs". Der Löwenanteil der Investitionen ging, ebenfalls wie im ,,Großen Sprung", in die Schwerindustrie (1960: 55,3%, 1978: 54,7%) und blieb auch 1979 mit 46,8% über dem Anteil, der der Schwerindustrie in ihren Gründungsjahren zur Zeit des 1. Fünfjahresplans zufloß.

Warum diese Hinweise auf den ,,Großen Sprung"? Jüngere Untersuchungen der Wirtschaftsentwicklung der VR China haben nachgewiesen, daß extrem hohe Akkumulationsraten und überhöhte Investitionen in der Schwerindustrie einen Rückgang im Konsum der Massen und sogar des Wirtschaftswachstums insgesamt nach sich zogen. So sank die Getreideration pro Kopf während des ,,Großen Sprungs" von 203 kg 1957 auf 163,5 kg 1960. Das Nationaleinkommen *nahm ab* in der Zeit des 2. Fünfjahresplans 1958–62, und zwar um 3% pro Jahr, wobei die landwirtschaftliche Produktion um 5,9% sank, während die Industrieproduktion nur um 1,8% pro Jahr wuchs. Denn: ,,Überzogener Investbau und übertriebene Investitionen in die Schwerindustrie beanspruchen zuviel von den menschlichen und materiellen Ressourcen, die ... in der Landwirtschaft und Leichtindustrie benötigt werden, die die Gesellschaft mit Konsumgütern versorgen" (Social Sciences in China, 2/80). Dabei sind die Belastungen durch große Investitionen in die Schwerindustrie langfristig. Der Bau eines Stahlwerks verschlingt auf Jahre Beton, Stahl, Energie, Arbeitskraft, die der unentwickelten Landwirtschaft und Leichtindustrie entzogen werden. Und diese Wirkung hält an, wenn die Produkte des Stahlwerks vor allem wieder der weiteren Akkumulation der Schwerindustrie dienen und nicht der Förderung der zurückgebliebenen Sektoren. Neben direktem politischem Widerstand gegen das Reorganisationsprogramm sind diese langfristigen Wirkungen einmal beschlossener Investitionen der Hauptgrund dafür, daß es auch 1980 nicht gelang, die Ausgaben für Investbau zu senken.

Auch über die Inflation hatte es auf der Tagung des NVK im September '80 eine Debatte gegeben aus Anlaß des Haushaltsdefizits von 17 Mrd. Yuan. Der Ökonom Xue Muqiao hatte damals darauf hingewiesen, daß es 1960 bei einem allerdings sehr viel kleineren Haushaltsdefizit auch Inflation gegeben habe. ,,Damals habe es einen sehr aufgeblähten Geldumlauf gegeben, da viel Geld für alle möglichen Projekte ausgegeben worden sei. Aber mit diesem Geld seien nur wenige Gebrauchswerte geschaffen worden, da die meisten Erzeugnisse keine Abnehmer gefunden hätten und in den Lagern verrottet seien" (China aktuell, 9/80). Im Hinblick auf die Wirkungen der Reorganisation der Wirtschaft und die hohe Sparquote gab sich Xue Muqiao aber optimistisch, daß das heutige Defizit, daß auf die hohe Investitionsquote zurückgeht, keine inflationäre Wirkung hat.

Inzwischen hat sich offenbar eine andere Auffassung durchgesetzt. In den Kommentaren zum Kampf gegen die Preissteigerungen finden sich immer wieder Hinweise auf die Notwendigkeit, die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte zu beseitigen. Einer der Zusammenhänge scheint darin zu bestehen, daß die Bindung eines großen und relativ gut verdienenden Teils der Arbeiterklasse in langfristige Schwerindustrieprojekte oft fragwürdiger Rentabilität sowie die Einkommenssteigerungen der chinesischen Arbeiter und Bauern in den letzten Jahren insgesamt eine Nachfrage schaffen, die Landwirtschaft und Leichtindustrie in ihrer jetzigen Unterentwicklung nicht decken können. Der ,,Schritt rückwärts" im Aufbau der Schwerindustrie soll deshalb einen Schritt vorwärts in der Modernisierung von Landwirtschaft und Leichtindustrie und im Ausgleich der Ungleichgewichte der chinesischen Volkswirtschaft ermöglichen.

Beim Ausbau der Kernenergie gilt weiterhin: Nach uns die Sintflut!

Endlagerung und Wiederaufbereitung sind ungelöst / Zwischenlager sollen helfen

weh./maw.Münster. Schmidt und Lambsdorff machen sich stark für den beschleunigten Ausbau der Kernenergie. Die Opposition empört sich über bisherige Versäumnisse. Durch die sogenannte Reaktorlinie 80 sollen die Genehmigungsverfahren standardisiert werden, um rechtliche Hindernisse möglichst gering zu halten.

Aber auch der Widerstand gegen den Ausbau der Kernenergie wächst: Der Parteitag der Hamburger SPD beschließt am 2. Februar '81 den Ausstieg Hamburgs aus den Brokdorf-Plä-

dann, wenn im Jahre 2000 mehr als 50% mehr Menschen auf der Erde leben sollten (1975: 4 Mrd., 2000: 6,35 Mrd. Weltbevölkerung, vergl. ,,Global 2000", Frankfurt a.M. 1980).
Die Grundsätze des Ausbaus der Kernenergie sind geregelt in den Ener-

sätzliche Energiebedarf durch Kohlekraftwerke nicht gedeckt werden kann. Der Bau weiterer Kernkraftwerke darf erst dann erteilt werden, wenn die Entsorgung sichergestellt ist ... Die Erteilung von Betriebsgenehmigungen für fertiggestellte Kernkraftwerke sollte in

war notwendig. Schnelle Brutreaktoren erbrüten mehr Brennstoff, als sie verbrauchen. Erst mit ihrem Einsatz wird eine langfristige Energieversorgung mit Kernkraft überhaupt möglich. Voraussetzung dafür ist ein geschlossener Brennstoffkreislauf, d.h.

stungen chemischer Lösungen kann Explosionen verursachen mit enormer Freisetzung von Radioaktivität an die Umwelt.

Endlagerung. Für unvorstellbar lange Zeiträume müssen die radioaktiven Spaltprodukte aus den Kernkraftwerken sicher gelagert werden. 1000 Jahre dauert es, bis das Gefährdungspotential dieser Stoffe auf das Niveau einer Uranlagerstätte abgeklungen ist. Von den verschiedenen Möglichkeiten der Endlagerung wird in Westdeutschland

schen Kapitalisten in diesem Jahr erhoffte Aufträge in Höhe von 1 Mrd. US $ entgehen würden.
Viel interessanter aber als die eher heiter stimmenden Beklemmungen imperialistischer Handelsvertreter sind die Gründe und Auswirkungen, die die Maßnahmen der Regierung in China selbst haben. Der stellvertretende Vorsitzende der KP China, Deng Xiaoping, hat sie in einer Rede auf einer Arbeitskonferenz des ZK am 25.12.80 als einen ,,notwendigen Schritt zurück" bezeichnet. Nach dem 3. Plenum des

besonnene Fortsetzung des Ausbaus von Demokratie und Gesetzeswesen und Unterdrückung aller Tendenzen, die die Stablilität und Einheit des Landes gefährden. In diesem Zusammenhang steht auch der vom chinesischen Staatsrat verfügte allgemeine Preisstopp.
Im Mittelpunkt der Diskussion über die Schwerindustrie steht das Stahlwerk Baoshan. Noch auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses (NVK) im September '80 hatte der Minister für metallurgische Industrie,

1. Tagung des V. NVK 1978 rief Parteivorsitzender Hua Guofeng dazu auf, unter der Parole ,,mit Stahl als Hauptkettenglied" die Stahlproduktion bis 1985 auf 60 Mio. t zu steigern (1979: 34 Mio. t), und kündigte den Neu- bzw. Ausbau von 120 Großprojekten der Schlüsselindustrien an. Diese Aufrufe, für die Hua Guofeng heute immer offener kritisiert wird, lösten eine Welle undurchdachter Einkäufe im Ausland aus. Die gesamten staatlichen Ausgaben für Investbau stiegen von 1977 auf 1978 um rund 30% auf 47,9 Mrd.

benötigt werden, die die Gesellschaft mit Konsumgütern versorgen" (Social Sciences in China, 2/80). Dabei sind die Belastungen durch große Investitionen in die Schwerindustrie langfristig. Der Bau eines Stahlwerks verschlingt auf Jahre Beton, Stahl, Energie, Arbeitskraft, die der unentwickelten Landwirtschaft und Leichtindustrie entzogen werden. Und diese Wirkung hält an, wenn die Produkte des Stahlwerks vor allem wieder der weiteren Akkumulation der Schwerindustrie dienen und nicht der Förderung der zurückgebliebenen Sektoren. Neben di-

industrieprojekte oft fragwürdiger Rentabilität sowie die Einkommenssteigerungen der chinesischen Arbeiter und Bauern in den letzten Jahren insgesamt eine Nachfrage schaffen, die Landwirtschaft und Leichtindustrie in ihrer jetzigen Unterentwicklung nicht decken können. Der ,,Schritt rückwärts" im Aufbau der Schwerindustrie soll deshalb einen Schritt vorwärts in der Modernisierung von Landwirtschaft und Leichtindustrie und im Ausgleich der Ungleichgewichte der chinesischen Volkswirtschaft ermöglichen.

Beim Ausbau der Kernenergie gilt weiterhin: Nach uns die Sintflut!

Endlagerung und Wiederaufbereitung sind ungelöst / Zwischenlager sollen helfen

weh./maw.Münster. Schmidt und Lambsdorff machen sich stark für den beschleunigten Ausbau der Kernenergie. Die Opposition empört sich über bisherige Versäumnisse. Durch die sogenannte Reaktorlinie 80 sollen die Genehmigungsverfahren standardisiert werden, um rechtliche Hindernisse möglichst gering zu halten.

Aber auch der Widerstand gegen den Ausbau der Kernenergie wächst: Der Parteitag der Hamburger SPD beschließt am 2. Februar '81 den Ausstieg Hamburgs aus den Brokdorf-Plänen, 12000 demonstrieren am gleichen Tag in der Hansestadt.

Gründe, heute gegen den Einsatz der Kernspaltung zur Energiegewinnung zu kämpfen, gibt es mehr als genug. Gleichzeitig stellt sich immer mehr die Frage, ob mit Hilfe von Kernspaltung die Energieprobleme der Menschheit jemals positiv gelöst werden können. Gegenwärtig über die Frage zu spekulieren, ob die Herrschaft der Arbeiterklasse eine Voraussetzung für den sicheren Betrieb von Kernkraftwerken ist, halten wir für idealistisch, weil die Energiegewinnung durch Kernspaltung technologisch weder vom Betrieb, der Zwischenlagerung, der Wiederaufbereitung noch von der Endlagerung her sicher betrieben werden kann. Daß die Kernkraftwerke von den Kapitalisten betrieben werden, die, den Profit vor Augen und die Sicherheitskosten im Rücken, sicher vor der weiteren Zerstörung der Lebensbedingungen nicht zurückschrecken, ist nur ein weiterer Grund für den Widerstand. Nach unserer Auffassung werden auch die beiden Kernkraftwerke, die Frankreich an China liefern wird, nicht dadurch sicherer, daß in China ein anderes Gesellschaftssystem besteht.

Möglicherweise wird die Methode der Kernspaltung zur Energiegewinnung auf Dauer verworfen werden müssen. Eine Diskussion darüber und über Alternativen der Energiegewinnung (regenerierbare Energien, Kernfusion) ist sinnvoll und drängend, weil sich die Grenzen der fossilen Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Teersand deutlich abzeichnen. Gleichzeitig wird der Energiebedarf der Menschheit, gerade in der Dritten Welt, rapide zunehmen, insbesondere dann, wenn im Jahre 2000 mehr als 50% mehr Menschen auf der Erde leben sollten (1975: 4 Mrd., 2000: 6,35 Mrd. Weltbevölkerung, vergl. ,,Global 2000", Frankfurt a.M. 1980).

Die Grundsätze des Ausbaus der Kernenergie sind geregelt in den Energieprogrammen der Bundesregierung und den aktuellen Fortschreibungen. ,,Nur wenn wir ausreichen Energie – sicher und kostengünstig – bereitstellen, ist die wirtschaftliche Wohlfahrt unseres Landes und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gewährleistet. Diesem Ziel dient ...", schreibt Otto Graf Lambsdorff in der Einleitung der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms. Dabei werden der Industrie Billigtarife angeboten, die die Bevölkerung über hohe Energiepreise subventionieren muß. Die Kernenergie ist dabei künstlich hochgepäppelt worden, erreichte aber 1980 erst einen Anteil von knapp 14% bei der Stromerzeugung, geplant waren 23,6%

Im Bericht der Enquete-Kommission wird die Befürchtung geäußert, daß sich die politische Akzeptanz für den Ausbau der Kernenergie nicht herstellen läßt. Tatsächlich hat sich auch in den letzten Jahre eine starke demokratische Bewegung herausgebildet, die, aufgeschreckt durch die radioaktive Gefährdung de Umwelt zu einer immer umfassenderen Kritik der Zerstörung der Arbeits- und Lebensbedingungen übergegangen ist. Diese demokratische Bewegung sucht seit einiger Zeit verstärkt die Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung und den Bauernorganisationen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Gewerkschaftstag 1978 einen Antrag des Bundesvorstandes angenommen, mit dem Titel: Bau von Kraftwerken – Kernenergie – Umweltschutz. Dort heißt es zum Ausbau der Kernenergie: ,,Baugenehmigungen für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke sollten grundsätzlich nur dann erteilt werden, wenn der zusätzliche Energiebedarf durch Kohlekraftwerke nicht gedeckt werden kann. Der Bau weiterer Kernkraftwerke darf erst dann erteilt werden, wenn die Entsorgung sichergestellt ist ... Die Erteilung von Betriebsgenehmigungen für fertiggestellte Kernkraftwerke sollte in jedem Fall von einem befriedigenden Ergebnis der Prüfung der speziellen Sicherheits- und Entsorgungssituation des einzelnen Projekts abhängig gemacht werden."

Technik und Gefahren der Energieversorgung mit Kernkraft

Der Brennstoffkreislauf. Die Einschätzung der Gefährdung durch Kernenergie darf sich nicht auf die eigentliche Energieerzeugung im Kraftwerk beschränken, sie muß den gesamten Brennstoffkreislauf heranziehen. Dieser besteht aus der Urangewinnung, der Urananreicherung, der Brennelementfertigung, der Kernspaltung im Reaktor und schließlich aus der Wiederaufbereitung und Endlagerung der radioaktiven Spaltprodukte. *Energieerzeugung im Kernkraftwerk.* Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht eine kombinierte Verwendung von Leichtwasserreaktoren (LWR), Hochtemperaturreaktoren (HTR) und schnellen Brutreaktoren (SBR) vor. Heute ist der am meisten verbreitetste Reaktortyp der Leichtwasserreaktor. Sein Brennstoff besteht aus schwach angereichertem Urandioxiy. Wasser hat gleichzeitig die Funktion des Kühlmittels und des Moderators (Bremsmedium für die zur Spaltung erforderlichen Neutronen). Hochdruckreaktoren sind dagegen gasgekühlt. Graphit übernimmt die Rolle des Moderators. Attraktiv für die Industrie sind die hohen Temperatur, die die Erzeugung von Prozeßwärme z.B. für die Kohlevergasung ermöglichen. Gleichzeitig stellt die hohe Betriebstemperatur ein besonderes Risiko dar. Die Entwicklung neuer Werkstoffe, mit denen kaum Betriebserfahrungen vorliegen, war notwendig. Schnelle Brutreaktoren erbrüten mehr Brennstoff, als sie verbrauchen. Erst mit ihrem Einsatz wird eine langfristige Energieversorgung mit Kernkraft überhaupt möglich. Voraussetzung dafür ist ein geschlossener Brennstoffkreislauf, d.h. ohne Wiederaufbereitungsanlage sind Brutreaktoren sinnlos. Der SBR führt unter allen Reaktoren das höchste Risiko mit sich. Nach Ausfall der Kühlung erreicht er in 0,2–0,5 Sekunden (LWR: 3–5 Minuten, HTR: 3–4 Stunden) gefährliche Temperaturen. Die Kühlung mit Natrium bringt zusätzliche Probleme mit sich, da Natrium mit Luft und Wasser explosionsartig reagiert.

Die Wiederaufbereitung. Die Wiederaufbereitung besteht in der mechnaischen und chemischen Trennung des verbrauchten Kernbrennstoffes. Nichtverbrauchtes Uran und erbrütetes Plutonium wird von den unbrauchbaren Spaltprodukten getrennt. Weltweit hat sich dafür das sogenannte PUREX-Verfahren durchgesetzt. Trotz 30jähriger Entwicklung und Investitionen in Milliardenhöhe ist es bisher nicht gelungen, dieses Verfahren im großindustriellen Maßstab zu verwirklichen. Bisher konnten insgesamt nur 650 t Uran aus Leichtwasserreaktoren aufgearbeitet werden. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zweifelt an der Umsetzbarkeit der Technik der kleinen Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe (WAK) auf eine großtechnische Anlage. Sie hält einen Zwischenschritt für notwendig. Die bestehenden ungelösten Probleme können zu hohen Abgaben radioaktiver Stoffe an die Umwelt führen: Zu nennen sind unter anderem: Reinigung der radioaktiven Abgase, Korrosionsprobleme, Bildung von Reaktionsprodukten. (Helmut Hirsch, Die Situation der Entsorgung in der Bundesrepublik Deutschland, Hearing in Ahaus am 13./14.9.80). Menschliches Versagen kann zu Unfällen größten Ausmaßes führen. Fehlleistungen chemischer Lösungen kann Explosionen verursachen mit enormer Freisetzung von Radioaktivität an die Umwelt.

Endlagerung. Für unvorstellbar lange Zeiträume müssen die radioaktiven Spaltprodukte aus den Kernkraftwerken sicher gelagert werden. 1000 Jahre dauert es, bis das Gefährdungspotential dieser Stoffe auf das Niveau einer Uranlagerstätte abgeklungen ist. Von den verschiedenen Möglichkeiten der Endlagerung wird in Westdeutschland nur die Lagerung in 700 Meter tiefen Salzstöcken weiterverfolgt. Diese gelten als stabile geologische Formationen. Damit soll das Eintreten von radioaktiven Stoffen in den Biozyklus mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen sein. Unglücklicherweise mußte man im Salzstock Asse schon nach wenigen Jahren in einem Nebenschaft einen Wassereintritt feststellen. Über das Grundwasser kann es so zu einer gefährlichen Verseuchung des Trinkwassers kommen.

Zwischenlagerung. Nach dem Scheitern einer endgültigen Lösung für die Endlagerung wurden die Vorschriften für das Genehmigungsverfahren nach den Bedürfnissen der Kernindustrie geändert. Heute reicht der Nachweis der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit der Zwischenlagerung für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren und die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens für die Endlagerung. Damit besteht die Gefahr, daß aus den Zwischenlagern eine Endlagerung mit verringerten Sicherheitsanforderungen wird. Heute bereits häufig praktiziert wird die Kompaktlagerung. Die wassergefüllten Abklingbecken der Kraftwerke werden dabei zu Zwischenlagern umfunktioniert. Ein anderer Weg befindet sich heute noch in der Erprobung: Trockenlagerung. Der ursprünglich für Transportaufgaben konzipierte Transportbehälter Castor 1C soll leicht abgewandelt in einem einfachen Gebäude untergebracht werden. Das Atommüllzwischenlager-Hearing in Ahaus zeigte deutlich die Schwächen dieses Konzepts: geringer Schutz gegen Sabotage, ungehinderte Kühlung nicht unter allen Umständen gegeben, Korrosionsprobleme.

Das Loch in der Leistungsbilanz und die Stellung der westdeutschen Imperialisten

Rasant sinkender Exportüberschuß gleicht Defizite bei Dienstleistungen und Übertragungen nicht mehr aus / Exportboom und „Krisenbewältigung" schlagen jetzt zurück / Gegenüber den meisten Konkurrenten sind die BRD-Imperialisten immer noch vorn

frb. Wie seit längerem absehbar, hat die westdeutsche Leistungsbilanz im vergangenen Jahr mit dem größten Defizit seit Bestehen des westdeutschen Staates abgeschlossen. Wie setzt sich dieses Defizit zusammen, welche Veränderungen spiegeln sich darin wider, was sagt es über die Stellung des westdeutschen Kapitals gegenüber seinen Konkurrenten und über seine Manövriermöglichkeiten aus?

Nach einer Veröffentlichung der Bundesbank vom letzten Donnerstag beläuft sich das Defizit der Leistungsbilanz für 1980 auf 28,1 Mrd. DM. Es ist entstanden, weil der Überschuß im Warenhandel nicht mehr wie in den vergangenen Jahren ausgereicht hat, das weiterhin steigende Minus im Bereich der Dienstleistungen und Übertragungen auszugleichen.

Die *Leistungsbilanz* setzt sich zusammen aus der *Handels*-oder *Warenbilanz*, aus der *Dienstleistungsbilanz* und aus der *Übertragungsbilanz*.

Die Zusammensetzung der Leistungsbilanz

Die *Handelsbilanz* umfaßt die Buchung der Zahlungen im Warenverkehr. Export führt zu Geldeingang aus dem Ausland, Import führt zu Ausgaben ins Ausland. Übersteigen die Einnahmen aus dem Export die Ausgaben für den Warenimport, so ist der Saldo bzw. die Handelsbilanz positiv, was sich – andere Bereiche unberücksichtigt – in steigendem Vermögen gegenüber dem Ausland, also in Devisen- oder Goldreserven niederschlägt. Nach wie vor steht die Bundesbank bezüglich ihrer Reserven ganz vorne unter den Zentralbanken.

Nach zweierlei Gesichtspunkten kann die Entwicklung der Gesamtbilanz des Außenhandels betrachtet werden. Erstens nach ihrem kontenmäßigen Abschluß, in dem der gesamte Warenverkehr gebucht wird mit dem Preis der jeweiligen Waren. Eine Zunahme der Einfuhr nach dieser Buchung muß aber nicht auch bedeuten, daß die Masse der eingeführten Waren zugenommen hat. Die höhere Einfuhr kann einfach dadurch zustande kommen, daß die Preise für die eingeführten Waren gestiegen sind. Entsprechendes gilt für die Ausfuhr. Da sich die Preise für Einfuhr und Ausfuhr unterschiedlich entwickeln, kann auch die Veränderung des Saldos auf Preisänderungen beruhen, ohne daß sich die stoffliche Größe des Außenhandels ändert. Bleiben Einfuhr wie Ausfuhr auf stofflich unverändertem Niveau, so kann sich

ben ins Ausland. Übersteigen die Einnahmen aus dem Export die Ausgaben für den Warenimport, so ist der Saldo bzw. die Handelsbilanz positiv, was sich – andere Bereiche unberücksichtigt – in steigendem Vermögen gegenüber dem Ausland, also in Devisen- oder Goldreserven niederschlägt. Nach wie vor steht die Bundesbank bezüglich ihrer Reserven ganz vorne unter den Zentralbanken.

Nach zweierlei Gesichtspunkten kann die Entwicklung der Gesamtbilanz des Außenhandels betrachtet werden. Erstens nach ihrem kontenmäßigen Abschluß, in dem der gesamte Warenverkehr gebucht wird mit dem Preis der jeweiligen Waren. Eine Zunahme der Einfuhr nach dieser Buchung muß aber nicht auch bedeuten, daß die Masse der eingeführten Waren zugenommen hat. Die höhere Einfuhr kann einfach dadurch zustande kommen, daß die Preise für die eingeführten Waren gestiegen sind. Entsprechendes gilt für die Ausfuhr. Da sich die Preise für Einfuhr und Ausfuhr unterschiedlich entwickeln, kann auch die Veränderung des Saldos auf Preisänderungen beruhen, ohne daß sich die stoffliche Größe des Außenhandels ändert. Bleiben Einfuhr wie Ausfuhr auf stofflich unverändertem Niveau, so kann sich
dennoch das Ergebnis der Handelsbilanz dadurch ändern, daß die Einfuhrpreise schneller steigen als die Ausfuhrpreise und umgekehrt. Um dies genauer zu erfassen, unterscheidet die Statistik die Entwicklung des Außenhandels in jeweiligen Preisen (Werte) und nach dem Volumen (real). Entscheidend bleibt die Entwicklung der Werte, denn sie müssen gezahlt werden, und die Betrachtung der Entwicklung des Volumens, die man durch Abzug der Preiserhöhung von der Veränderung der gebuchten Werte erhält, kann lediglich zur Erklärung herangezogen werden.

In die *Dienstleistungsbilanz* gehen die Zahlungen für die Inanspruchnahme ausländischer Dienstleistungen durch Inländer und umgekehrt ein. Den größten Posten macht hier der Reiseverkehr aus. Der Reiseverkehr wird für 1980 mit einem Minus von rund 25,7 Mrd. DM abschließen. (Geschätzt aufgrund der Angaben bis November, die Einzeldaten werden erst in einigen Tagen veröffentlicht.) Über 70% dieses Ausgabenüberschusses kommen im Verkehr mit vier Ländern zustande: Italien, Österreich, Schweiz, Frankreich. Der Einnahmenüberschuß, den diese Länder daraus haben, deckt kaum ⅔ des Handelsdefizits, das sie gegenüber Westdeutschland haben. Daher Matthöfers Beteuerung in seiner Haushaltsrede, der Reiseverkehr ins Ausland solle nicht beschränkt werden.

Weitere Posten der Dienstleistungsbilanz sind Ausgaben für Provisionen, Werbe- und Messekosten, Lizenzen und Patente, Regiekosten, die ein Minus von rund 8 Mrd. DM ergeben. Einen Überschuß weisen die Unterbilanzen der Kapitalerträge, Bauleistungen und die Ausgaben der Besatzertruppen auf. Das Minus der Dienstleistungsbilanz ist um runde 12% auf 14,2 Mrd. DM gestiegen.

In die *Bilanz der Übertragungen* gehen laut Bundesbank „unentgeltliche Leistungen" ein. Darunter werden z.B. die Heimatüberweisungen ausländischer Arbeiter gebucht, die rund 9 Mrd. des Defizits von 24,3 Mrd. ausmachen. Zu mehr als der Hälfte stammt das Defizit aus Zahlungen aus dem Staatshaushalt an die EG und andere internationale Organisationen. Diese Zahlungen machen auch den größten Teil der Zunahme des Defizits in der Übertragungsbilanz aus, das sich um 4,2 auf 24,3 Mrd. DM gesteigert hat.

Nebenstehendes Schaubild zeigt die Entwicklung der drei Teilbilanzen, aus denen sich die *Leistungsbilanz* addiert. Daraus ergibt sich, daß die Veränderungen der Handelsbilanz entscheidend war für die Veränderungen in der Leistungsbilanz, wenngleich in den anderen beiden Teilbilanzen hohe Ausgaben enthalten sind, die aus der weltweiten imperialistischen Tätigkeit der westdeutschen Kapitalisten rühren.

Die Entwicklung der *Kapitalbilanz* hat keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entwicklung der Leistungsbilanz. Vielmehr verstärkt sie die Ergebnisse der Leistungsbilanz oer gleicht sie aus. Überwiegen die Zahlungen für Kapitalanlage im Ausland die Kapitalimporte aus dem Ausland, so ist die Bilanz negativ. Nettokapitalexport bedeutet negatives Vorzeichen der Kapitalbilanz. Die Schwankungen in dieser Bilanz rühren vor allem aus Kreditaufnahme der Banken im Ausland oder Kreditvergabe ins Ausland, je nach Entwicklung der Zinsen, während der Kapitalexport zur Anlage in Direktinvestitionen sich unentwegt steigert. 1980 halbierte sich der langfristige Kapitalbilanzüberschuß, weil ausländische Kapitalanleger westdeutsche Wertpapiere verkauften und die Banken, die 1979 noch 17 Mrd. langfristige Mittel aufgenommen hatten, netto 1,2 Mrd. DM Kapital im Ausland angelegt haben. Der Rückgang des Überschusses in der langfristigen Kapitalbilanz wäre noch größer, wenn nicht der Bund rund 19 Mrd. DM Kredite im Ausland aufgenommen hätte. Der von den Banken und Internationalen Börsenspekulanten ausgehende Druck auf die Zahlungsbilanz und die DM konnte damit aber nur leicht gemildert werden.

Die kurzfristige Kapitalbilanz schloß mit einem nur leichten Überschuß ab, weil die Banken auch kurzfristige Anlagen im Ausland tätigten. Durchge-

der Leistungsbilanz oer gleicht sie aus. Überwiegen die Zahlungen für Kapitalanlage im Ausland die Kapitalimporte aus dem Ausland, so ist die Bilanz negativ. Nettokapitalexport bedeutet negatives Vorzeichen der Kapitalbilanz. Die Schwankungen in dieser Bilanz rühren vor allem aus Kreditaufnahme der Banken im Ausland oder Kreditvergabe ins Ausland, je nach Entwicklung der Zinsen, während der Kapitalexport zur Anlage in Direktinvestitionen sich unentwegt steigert. 1980 halbierte sich der langfristige Kapitalbilanzüberschuß, weil ausländische Kapitalanleger westdeutsche Wertpapiere verkauften und die Banken, die 1979 noch 17 Mrd. langfristige Mittel aufgenommen hatten, netto 1,2 Mrd. DM Kapital im Ausland angelegt haben. Der Rückgang des Überschusses in der langfristigen Kapitalbilanz wäre noch größer, wenn nicht der Bund rund 19 Mrd. DM Kredite im Ausland aufgenommen hätte. Der von den Banken und Internationalen Börsenspekulanten ausgehende Druck auf die Zahlungsbilanz und die DM konnte damit aber nur leicht gemildert werden.

Die kurzfristige Kapitalbilanz schloß mit einem nur leichten Überschuß ab, weil die Banken auch kurzfristige Anlagen im Ausland tätigten. Durchge-
schlagen hat diese Entwicklung nur deshalb nicht, weil sich die Unternehmen Anfang des Jahres kräftig am Euromarkt verschuldet hatten, als dort damals noch niedrigere Zinsen lockten.

Insgesamt hat die Kapitalbilanz 1980 mit einem Überschuß des Kapitalimports über den Kapitalexport von 5,6 Mrd. DM abgeschlossen. Dieser Überschuß hat bei weitem nicht ausgereicht, um das Defizit der Leistungsbilanz zu finanzieren, weshalb auch die *Zahlungsbilanz*, die sämtliche Transaktionen mit dem Ausland umfaßt, negativ abschloß. Dieses Minus kann nur aus den Devisenreserven bezahlt werden.

Ein Umschlag von 45 Mrd. DM

Das Ausmaß der Veränderungen innerhalb zweier Jahre wird deutlich, wenn man das Defizit des vergangenen Jahres mit dem Leistungsbilanzüberschuß von 1978 vergleicht. Innerhalb dieser Zeit hat sich die Leistungsbilanz um 45 Mrd. DM verschlechtert.

Es wird behauptet, die Verschlechterung der Zahlungsbilanz liege an den gestiegenen Ölpreisen. Tatsache aber ist, daß die Ölrechnung (die Ausgaben für die Nettoeinfuhr von Rohöl und Mineralölprodukten) von 1978 bis 1980 von 32 auf 58 Mrd. um 26 Mrd. DM gestiegen ist. Es ist unbestreitbar, daß die Ölpreise gestiegen sind und als Gegenleistung eine höhere Wertsumme, d.h. Produkte eines größeren Quantums Arbeit, exportiert werden muß. (Ebenso unbestreitbar ist, daß die Kapitalisten diese Summe durch Senkung der Arbeiterlöhne frei bekommen wollen, obwohl sie alle Vorteile des billigen Öls der vergangenen Jahre für sich beansprucht haben.) Die höhere Ölrechnung ist für weniger als ⅔ des Defizits im Leistungsverkehr verantwortlich. 1979 sind die Importe auch real wesentlich rascher gestiegen als die Exporte, wodurch sich der Überschuß der Handelsbilanz verringert hat. 1980 sind die Exporte real um 4%, die Importe real um 3% gestiegen, während die Steigerung in laufenden Preisen gerechnet 11% und 17% betrug.

Keine entscheidende Verschlechterung der Konkurrenzlage

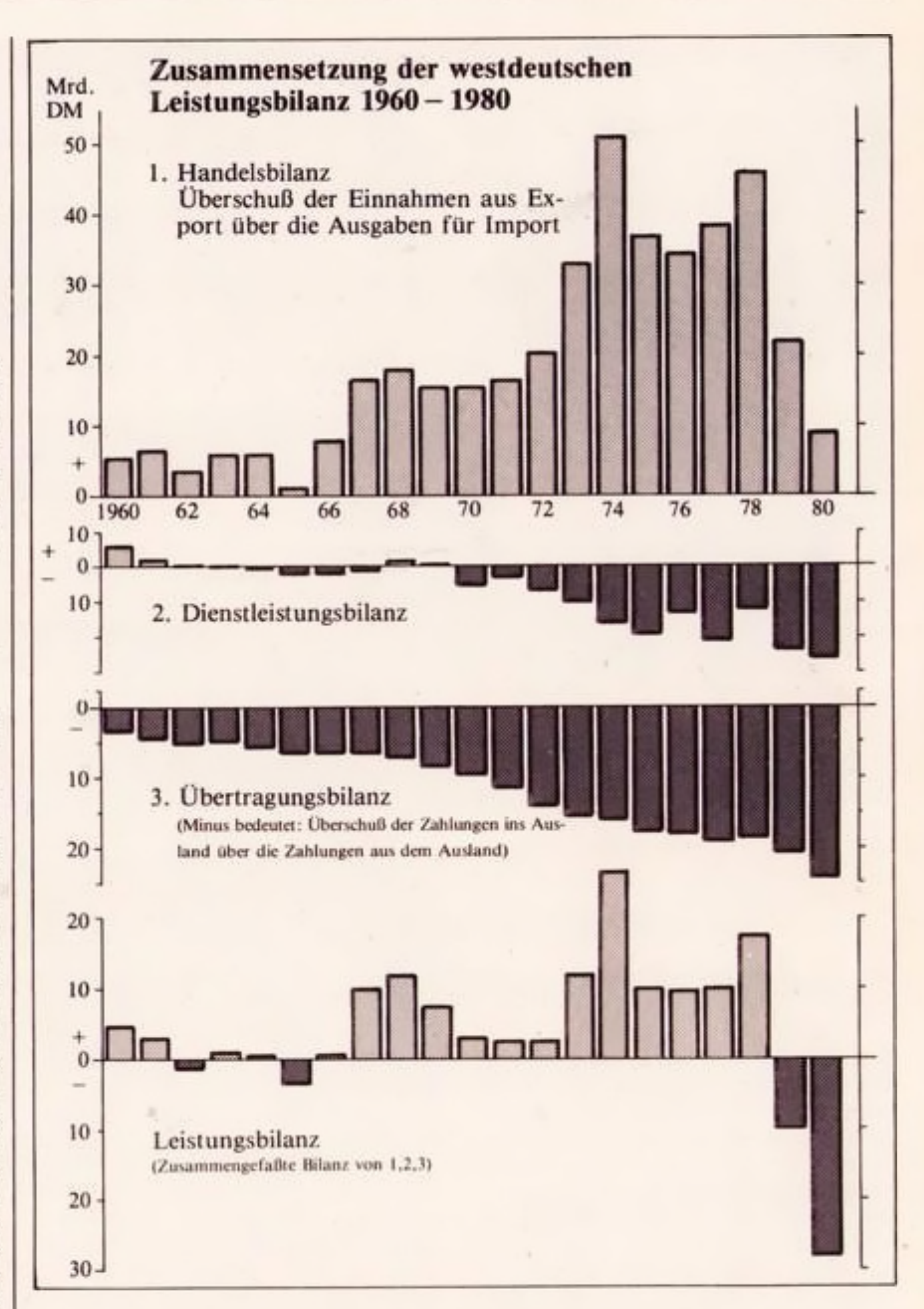
Obwohl die Rechnung zeigt, daß ein guter Teil des Leistungsbilanzdefizits aus einer Verschlechterung des Export/Import-Verhältnisses bei Industriewaren herrührt, kann von einer allgemeinen Wende in der Position der westdeutschen Imperialisten gegenüber ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt kaum gesprochen werden. Für eine richtige Beurteilung sind einige Faktoren zu berücksichtigen. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß sich die Weltwirtschaft in einer Krise befindet und sich die Entwicklung der Krise in den einzelnen Ländern ungleichmäßig vollzieht. So ist die westdeutsche Einfuhr aus USA 1980 um 27% gestiegen, während die Ausfuhr dorthin nur um 2,6% (Januar bis November) gestiegen ist. In den USA hat die Krise früher eingesetzt als in der BRD. Bei ihrer Exportoffensive hatten sich die westdeutschen Imperialisten zum großen Teil auf Märkte spezialisiert, die im Weltmaßstab stark expandierten. Mit dieser Expansion ist es zu Ende, und es ist klar, daß damit auch der westdeutsche Export gefährdet ist, ohne daß dies aus einer Verschlechterung der Konkurrenzlage resultiert. Jedenfalls muß unterschieden werden, ob der Export zurückgeht, weil Marktanteile verlorengehen oder weil der weltweite Gesamtexport zurückgeht; weiter, ob steigende Weltmarktanteile durch Verluste am inneren Markt ausgeglichen werden, wie dies z.B. für die Textil- und Bekleidungsindustrie der Fall ist. (Der Weltmarktanteil hat sich hier gegenüber Anfang der 60er Jahre um 50% erhöht.) Schließlich ist es nicht verwunderlich, daß der in den 70er Jahren drastisch gesteigerte Kapitalexport einen Teil des Exports ersetzt. Der Jahresumsatz der erfaßten Direktinvestitionen im Ausland hat 1978 über ¾ des westdeutschen Exports erreicht.

Um die geschwächte Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Imperialismus nachzuweisen, verweisen die Kapitalistenverbände auf gestiegene „Ar-

stiegen ist. In den USA hat die Krise früher eingesetzt als in der BRD. Bei ihrer Exportoffensive hatten sich die westdeutschen Imperialisten zum großen Teil auf Märkte spezialisiert, die im Weltmaßstab stark expandierten. Mit dieser Expansion ist es zu Ende, und es ist klar, daß damit auch der westdeutsche Export gefährdet ist, ohne daß dies aus einer Verschlechterung der Konkurrenzlage resultiert. Jedenfalls muß unterschieden werden, ob der Export zurückgeht, weil Marktanteile verlorengehen oder weil der weltweite Gesamtexport zurückgeht; weiter, ob steigende Weltmarktanteile durch Verluste am inneren Markt ausgeglichen werden, wie dies z.B. für die Textil- und Bekleidungsindustrie der Fall ist. (Der Weltmarktanteil hat sich hier gegenüber Anfang der 60er Jahre um 50% erhöht.) Schließlich ist es nicht verwunderlich, daß der in den 70er Jahren drastisch gesteigerte Kapitalexport einen Teil des Exports ersetzt. Der Jahresumsatz der erfaßten Direktinvestitionen im Ausland hat 1978 über ¾ des westdeutschen Exports erreicht.

Um die geschwächte Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Imperialismus nachzuweisen, verweisen die Kapitalistenverbände auf gestiegene „Ar-
beitskosten". Tatsächlich ist damit überhaupt nichts gezeigt. Um solche Vergleiche anstellen zu können, müssen die *Lohnstückkosten* verglichen werden, in die allein die Entwicklung der Produktivität der Arbeit eingeht. Und alle vorliegenden Untersuchungen hierzu zeigen, daß sich die Stellung des westdeutschen Imperialismus in dieser Hinsicht in den letzten Jahren nicht verschlechtert, sondern verbessert hat. In Landeswährungen gerechnet sind die Lohnstückkosten in der BRD ohnehin am wenigsten gestiegen. Lediglich die Aufwertung der Mark seit 1971 hat diesen Vorsprung verkleinert. Berücksichtigt man diese Veränderung der Wechselkurse, rechnet also sozusagen in einheitlichem Weltgeld, so haben sich die Lohnstückkosten in der BRD 1980 im Vergleich zu 1978 weniger erhöht als im Durchschnitt für die 12 wichtigsten Industrieländer. Die geringfügige Verschlechterung in der Zeit von 1970 bis 1978 ist damit aufgewogen. (Vergleiche dazu das Schaubild rechts.) Lediglich für die USA und für Japan gilt dies nicht. Andere Untersuchungen bestätigen dieses Ergebnis. Die Verbraucherpreise in der EG, den USA und Japan sind seit 1977 im Durchschnitt um 26,4% gestiegen, während die westdeutschen Exportpreise, gerechnet in der Währung der jeweiligen Einfuhrländer, lediglich um 21,4% gestiegen sind.

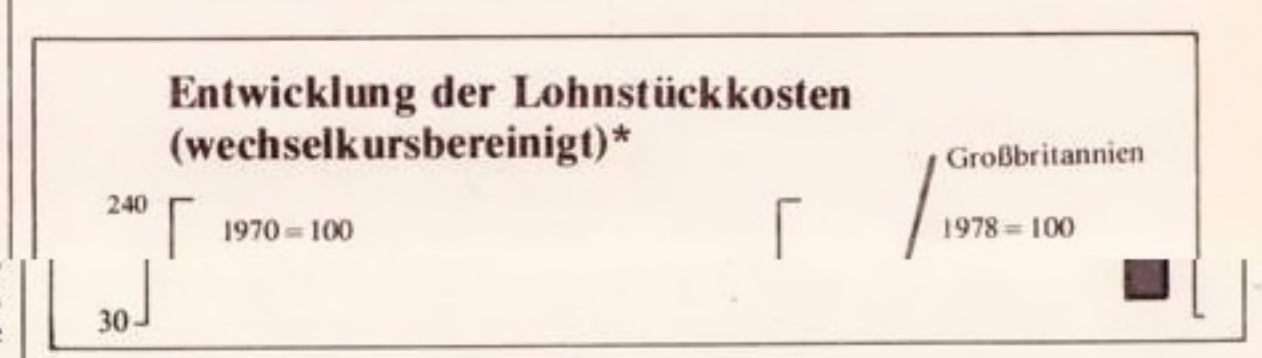
Verloren hat der westdeutsche Imperialismus die außerordentlich günstigen Bedingungen, die ihm 1974 einen beispiellosen Exportboom erlaubten. Es wäre aber ein Fehler, diese Veränderung *vor allem* in seiner geänderten Stellung im Konzert der imperialistischen Konkurrenten, die zusammen immer noch den Weltmarkt dominieren, zu suchen.



Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland,
Salden* in Mrd. DM

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
I. Leistungsbilanz insges.	+12,3	+25,5	+ 8,5	+ 8,6	+ 9,8	+17,6	− 9,0	−28,1
1. Warenbilanz	+33,0	+50,8	+37,3	+34,5	+38,4	+41,2	+22,5	+ 9,1
2. Dienstleist.Bilanz	− 5,0	− 8,1	− 9,7	− 7,5	−10,5	− 8,3	−12,1	−14,2
3. Übertragungsbilanz	−15,6	−16,1	−17,9	−18,1	−17,8	−17,4	−20,1	−24,3
II. Kapitalbilanz insges.	+13,2	−24,8	−11,9	+ 0,2	− 0,8	+ 6,2	+ 7,3	+ 5,6
1. Langfristig	+13,0	− 5,8	−16,8	− 0,3	−12,9	− 2,3	+11,0	+ 4,9
2. Kurzfristig	+ 0,3	−19,1	+ 5,0	+ 0,5	+12,1	+ 8,5	− 3,6	+ 0,7
III. Saldo d.stat.nicht aufgliederb.Transaktionen	+ 0,9	− 2,6	+ 1,1	− 0,1	+ 1,4	− 4,1	− 3,2	− 5,4
IV. Transaktionen m. d. Ausl.insges. (I + II + III)	+26,4	− 1,9	− 2,2	+ 8,8	+10,5	+19,8	− 5,0	−27,9
V. Veränderung der offiziellen Devisenreserven**	+16,1	− 9,1	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	− 7,3	−25,7

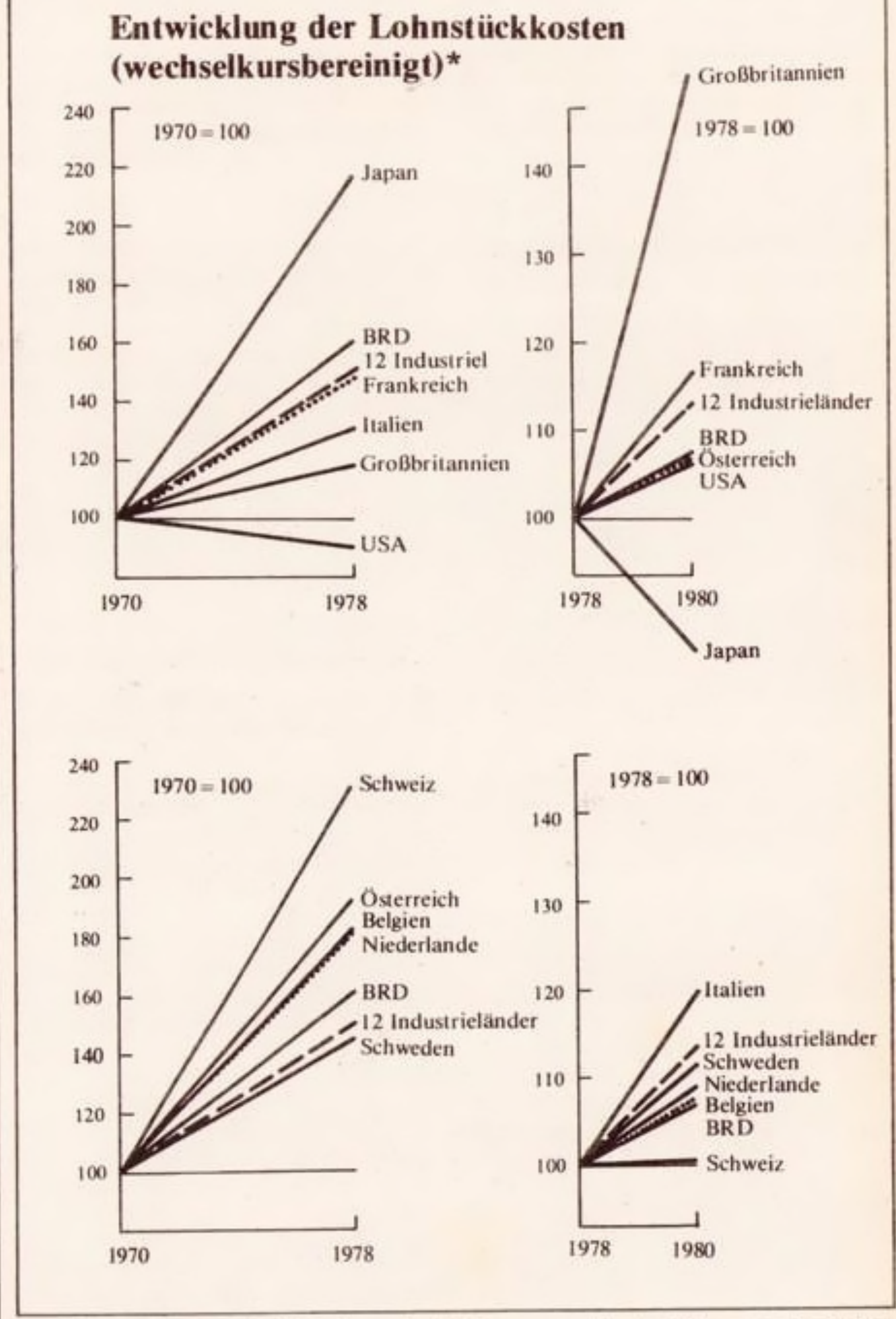
* Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben – ** Nach Wertberichtigung aufgrund der Veränderung des DM-Kurses – Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Pressenotiz vom 7.2.1981



Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland,
Salden* in Mrd. DM

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
I. Leistungsbilanz insges.	+12,3	+25,5	+ 8,5	+ 8,6	+ 9,8	+17,6	− 9,0	−28,1
1. Warenbilanz	+33,0	+50,8	+37,3	+34,5	+38,4	+41,2	+22,5	+ 9,1
2. Dienstleist.Bilanz	− 5,0	− 8,1	− 9,7	− 7,5	−10,5	− 8,3	−12,1	−14,2
3. Übertragungsbilanz	−15,6	−16,1	−17,9	−18,1	−17,8	−17,4	−20,1	−24,3
II. Kapitalbilanz insges.	+13,2	−24,8	−11,9	+ 0,2	− 0,8	+ 6,2	+ 7,3	+ 5,6
1. Langfristig	+13,0	− 5,8	−16,8	− 0,3	−12,9	− 2,3	+11,0	+ 4,9
2. Kurzfristig	+ 0,3	−19,1	+ 5,0	+ 0,5	+12,1	+ 8,5	− 3,6	+ 0,7
III. Saldo d.stat.nicht aufgliederb.Transaktionen	+ 0,9	− 2,6	+ 1,1	− 0,1	+ 1,4	− 4,1	− 3,2	− 5,4
IV. Transaktionen m. d. Ausl.insges. (I + II + III)	+26,4	− 1,9	− 2,2	+ 8,8	+10,5	+19,8	− 5,0	−27,9
V. Veränderung der offiziellen Devisenreserven**	+16,1	− 9,1	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	− 7,3	−25,7

* Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben – ** Nach Wertberichtigung aufgrund der Veränderung des DM-Kurses – Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Pressenotiz vom 7.2.1981



* Unter Berücksichtigung der Veränderung des DM-Kurses gegenüber den Währungen der jeweiligen Länder. – Quelle: OECD, Dt. Bundesbank, ifo-Schnelldienst 35–36/80



Auf einer Kundgebung in Wuppertal am 3. Februar griff der ÖTV-Vorsitzende Kluncker vor 400 Vertrauensleuten die Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung scharf an. Sie mische sich in die Tarifautonomie ein. Kluncker kündigte an, die ÖTV werde weder einem Sonderopfer, einer Lohnpause noch einer Verlängerung der Tarifverträge zustimmen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst würden sich nicht in Arbeiter, Angestellte und Beamte spalten lassen.

Gesamtmetall: „Von einer Garantie des Realeinkommens kann nicht mehr die Rede sein“

ped. Die Verhandlungen für die Tarifbezirke NRW, Saarland und Nordwürttemberg-Nordbaden haben erneut kein höheres Angebot als die 2,5% gebracht. In Stuttgart demonstrierten rund 100 Metaller am Verhandlungsort und überbrachten 6000 Unterschriften von Facharbeitern, mit denen diese sich ausdrücklich für eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen aussprachen. Gegenüber dem „Handelsblatt“ (5.2.) betonte Gesamtmetalls Verhandlungsführer Knapp, daß man sein Konzept aufgrund der entscheidend verschlechterten wirtschaftlichen Lage habe revidieren müssen. „Ich muß in dieser Situation deutlich darauf hinweisen, daß von einer Garantie des Realeinkommens nicht mehr die Rede sein kann. Denn in einer Rezession würde eine Reallohnsicherung zu Lasten der Unternehmensgewinne gehen, also zu einer Umverteilung führen.“ Gezielt wird auf einen „Kompromiß, wesentlich näher bei dem derzeitigen Vorschlag der Arbeitgeber von 2,5% als bei der IGM-Forderung von 8%. Was bedeutet, daß das arithmetische Mittel einer Fünf vor dem Komma einfach unmöglich sei.“

Hatte Gesamtmetall bis dato seine 2,5% als definitiv hingestellt, weil Lohnerhöhungen nur in der Höhe der Produktivitätssteigerungen möglich sein sollten, so läßt Knapp nun auch heraus, daß es sich dabei nur um einen theoretischen Nasführer handelt: „Wie hoch eigentlich der wirkliche Produktivitätszuwachs in 1981 sei, bleibe völlig unbestimmt. Auch die Produktivität habe ihre Schwankungsbreite, die entscheidend abhänge von der Schnelligkeit, mit der die Unternehmen ihre Beschäftigung der weiter sinkenden Produktion anpaßten.“ Diese Schnelligkeit der Kapitalisten ist bereits in dem Anstieg der Arbeitslosigkeit von November auf Dezember und nun von Dezember auf Januar mit insgesamt über 1,3 Mio. bewiesen. Genauso geht der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung von einer Senkung der Reallöhne aus: „In der Jahresprojektion wurde ein Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigtem Arbeitnehmer um rd. 4% im Jahresdurchschnitt angenommen.“ (Bulletin vom 31.1.) Nach Abzug von 0,5% für die gestiegenen Versicherungsabgaben sowie der – von der Bundesregierung mit 4,5% milde eingeschätzten – Inflationsrate ergebe sich ein Nettolohn je Beschäftigten, der um ein Prozent unter die Höhe von 1980 gesunken wäre. Diese Projektionen – sinkender Reallohn der Beschäftigten, sinkende Beschäftigtenzahl und gesteigerte Produktivität und Intensität der Arbeit – sollen sowohl die Rate als auch die Masse des Mehrwerts trotz sinkender Produktion erhöhen.

Aber „wenn die IGM am 13.2. (3. Verhandlungsrunde in Hessen) nicht einlenke, sei das Risiko groß, daß es zu einem Arbeitskampf neuen Stils kommen werde“, weiß Knapp. Dieses „Risiko“ ist den Metallkapitalisten gar nicht so recht. Bereits zuvor hatte sich das „Handelsblatt“ mokiert, daß Gesamtmetall durch seine starre 2,5%-Haltung in den zweiten Verhandlungsrunden nur Zeit vertue, was die Gefahr eines Arbeitskampfes erhöhe: „Denn einmal muß sich die IGM nach der neuen Schlichtungsordnung gar nicht auf eine Schlichtung einlassen. Zum anderen kann sie in die Schlichtung gehen, gleichzeitig aber schon Maßnahmen des Arbeitskampfes durchführen. Denn die Friedenspflicht hört auf mit dem 28. Februar. Die neuen, durch das Bundesarbeitsgericht legitimierten Methoden des Arbeitskampfes sind aber vermutlich so, daß sie den Arbeitgebern gezielt schaden können, ohne die Gewerkschaftskasse wesentlich zu schädigen.“ (Handelsblatt, 2.2.) „Spontane“ Warnstreiks der Belegschaften, offizielle Warnstreiks und gezielte Schwerpunktstreiks sind scharfe Waffen gegenüber den Kapitalisten. Um so mehr, als der Begriff der gespaltenen Konjunktur – daß Industriebranchen ihre Produktion drosseln, während andere noch expandieren – darauf hinweist, daß gezielte Kampfschritte die Widersprüche zwischen den einzelnen Kapitalisten und ihren verschiedenen Branchenverbänden fördern und das Dachverbandsgebilde Gesamtmetall auseinander dividieren können.

Am 10.2. berät der IGM-Vorstand die Tarifbewegung, am 11.2. findet die zweite Verhandlungsrunde in Rheinland-Pfalz statt, am 12.2. für den Nordverbund, am 13.2. beginnt die dritte Verhandlungsrunde in Hessen.

Dritte bundesweite Konferenz von Umschüler- und Rehabilitandenvertretern

dis. Am 31.1. fand in Köln die „3. bundesweite Konferenz von Umschüler-, Fortzubildenden- und Rehabilitandenvertretern“ statt. Ca. 70 Vertreter aus 40 Einrichtungen, in denen insgesamt rund 10000 Umschüler bzw. Rehabilitanten einen neuen Beruf erlernen, tauschten ihre Erfahrungen aus und beschlossen Initiativen zur Verbesserung ihrer sozialen und rechtlichen Lage.

Der Aufschwung der Umschülerbewegung war in der größeren Beteiligung gegenüber den vorherigen Konferenzen erkennbar. In vielen Umschulungsstätten und Rehabilitationszentren haben sich Umschüler inzwischen Vertreter gewählt und sich in gewerkschaftlichen Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen auf Stadtebene zusammengeschlossen. Seitdem sich diese Vertreter im Oktober 1979 zum ersten Mal bundesweit getroffen hatten, konnte nicht zuletzt auf Grund der Demonstrationen und Unterschriftensammlungen der Umschüler und Rehabilitanden gesetzlich durchgesetzt werden, daß das Unterhaltsgeld im Krankheitsfall fortgezahlt wird und daß Urlaubs- und Weihnachtsgeld zumindest teilweise auf die Bemessung der Höhe des Unterhaltsgeldes angerechnet werden.

Brennendstes Problem fast aller Umschüler und Rehabilitanden ist das niedrige Unterhalts- bzw. Übergangsgeld. Das durchschnittliche Unterhaltsgeld (netto) für Umschüler betrug 1978 1124 DM und im Jahr 1979 sogar nur 1075 DM. Davon müssen viele eine Familie ernähren. Erschwerend kommt hinzu, daß das Unterhaltsgeld derzeit nur um 4% – der derzeitige Prozentsatz der Rentenanpassung – erhöht wird bei einer Inflation von 5,5%. Für viele bedeutet das laufende Verschuldung und schließlich Zwang zur Aufgabe der Umschulung. Ein Drittel aller Umschüler bricht die Maßnahme vorzeitig ab.

Um diesen untragbaren Zustand zu beenden, haben die Vertreter einen Brief an die Fraktionen im Bundestag verabschiedet, in dem folgende Gesetzesänderungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) verlangt werden:
– Erhöhung des Unterhaltsgeldes auf 90% des Nettolohns
– Mindestunterhaltsgeld von 1000 DM monatlich
– Erneute Änderung des § 112, 2 AFG, damit alle Lohnbestandteile in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden.

Die Forderung nach 90% Unterhaltsgeld hatte der Gewerkschaftstag der IG Metall im September letzten Jahres aufgestellt, ebenso der 11. Bundeskongreß des DGB. Das Unterhaltsgeld hatte vor 1975 schon 90% betragen und ist erst durch das Haushaltsstrukturgesetz auf 80% bzw. 58% für Nicht-Arbeitslose herabgesetzt worden. Ein Mindestunterhaltsgeld ist notwendig, weil Umschüler, die ihre Arbeitskraft vor Beginn der Maßnahme nicht voll oder gar nicht verkaufen konnten, z.B. Hausfrauen, manchmal nur 500 DM oder 600 DM erhalten, wovon keiner leben kann.

Die rechtlose Lage der Umschüler ist eine Mischung aus völliger Rechtlosigkeit gegenüber dem Arbeitsförderungsgesetz und dem Fehlen jeglicher Rechtsgrundlage in wichtigen Fragen wie Vertretungsrechten. Über die Möglichkeiten, zu Vertretungs- und Einspruchsrechten in Bezug auf Kündigungen, Durchführung und Ausstattung der Umschulungsmaßnahme, Änderungen von Prüfungsanforderungen usw. zu kommen, wurde anhand eines Thesenpapieres diskutiert. Das grundsätzliche Übel besteht darin, daß das Umschulungsverhältnis kein Arbeitsverhältnis ist und somit alle von der Arbeiterklasse erkämpften Schutz- und Vertretungsrechte für Umschüler nicht gelten, wie z.B. das Betriebsverfassungsgesetz und das Bundesurlaubsgesetz.

Einigkeit wurde in der Diskussion darüber erzielt, daß wir in den Umschulungsstätten und Rehabilitationszentren unabhängige Umschülervertretungen brauchen mit Vertretungs- und Einspruchsrechten. Bei betrieblichen Umschulungen muß die Vertretung durch den Betriebsrat geklärt werden. Die Vertretungsrechte müssen gesetzlich geregelt werden. Gegenüber dem Arbeitsamt muß die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Gewerkschaften in den Verwaltungsräten verstärkt werden. Die Verwaltungsräte haben die Möglichkeit, Ausschüsse z.B. zu Umschulungsfragen zu bilden. In diese Ausschüsse müssen Umschülervertreter entsandt werden mit Rede- und Antragsrecht.

An den Vorstand des DGB und der IG Metall verabschiedete die Konferenz einen Brief mit der Aufforderung, daß die gewerkschaftlichen Vertreter im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg darauf hinwirken, den Runderlaß 39 zu ändern, nach dem für stundenweises Fehlen das Unterhaltsgeld für den ganzen Tag abgezogen werden kann. In Köln hat die IG Metall entsprechend ihrem Beschluß auf dem Gewerkschaftstag einen gewerkschaftlichen Arbeitskreis Umschüler gebildet und werden Umschüler in die Gewerkschaft aufgenommen. In anderen Städten gibt es da noch Schwierigkeiten.

und überbrachten 6000 Unterschriften von Facharbeitern, mit denen diese sich ausdrücklich für eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen aussprachen. Gegenüber dem „Handelsblatt“ (5.2.) betonte Gesamtmetalls Verhandlungsführer Knapp, daß man sein Konzept aufgrund der entscheidend verschlechterten wirtschaftlichen Lage habe revidieren müssen. „Ich muß in dieser Situation deutlich darauf hinweisen, daß von einer Garantie des Realeinkommens nicht mehr die Rede sein kann. Denn in einer Rezession würde eine Reallohnsicherung zu Lasten der Unternehmensgewinne gehen, also zu einer Umverteilung führen.“ Gezielt wird auf einen „Kompromiß, wesentlich näher bei dem derzeitigen Vorschlag der Arbeitgeber von 2,5% als bei der IGM-Forderung von 8%. Was bedeutet, daß das arithmetische Mittel einer Fünf vor dem Komma einfach unmöglich sei.“

Hatte Gesamtmetall bis dato seine 2,5% als definitiv hingestellt, weil Lohnerhöhungen nur in der Höhe der Produktivitätssteigerungen möglich sein sollten, so läßt Knapp nun auch heraus, daß es sich dabei nur um einen theoretischen Nasführer handelt: „Wie hoch eigentlich der wirkliche

sinkenden Produktion anpaßten.“ Diese Schnelligkeit der Kapitalisten ist bereits in dem Anstieg der Arbeitslosigkeit von November auf Dezember und nun von Dezember auf Januar mit insgesamt über 1,3 Mio. bewiesen. Genauso geht der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung von einer Senkung der Reallöhne aus: „In der Jahresprojektion wurde ein Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigtem Arbeitnehmer um rd. 4% im Jahresdurchschnitt angenommen.“ (Bulletin vom 31.1.) Nach Abzug von 0,5% für die gestiegenen Versicherungsabgaben sowie der – von der Bundesregierung mit 4,5% milde eingeschätzten – Inflationsrate ergebe sich ein Nettolohn je Beschäftigten, der um ein Prozent unter die Höhe von 1980 gesunken wäre. Diese Projektionen – sinkender Reallohn der Beschäftigten, sinkende Beschäftigtenzahl und gesteigerte Produktivität und Intensität der Arbeit – sollen sowohl die Rate als auch die Masse des Mehrwerts trotz sinkender Produktion erhöhen.

Aber „wenn die IGM am 13.2. (3. Verhandlungsrunde in Hessen) nicht einlenke, sei das Risiko groß, daß es zu einem Arbeitskampf neuen Stils kommen werde“, weiß Knapp. Dieses „Risiko“ ist den Metallkapitalisten gar

einmal muß sich die IGM nach der neuen Schlichtungsordnung gar nicht auf eine Schlichtung einlassen. Zum anderen kann sie in die Schlichtung gehen, gleichzeitig aber schon Maßnahmen des Arbeitskampfes durchführen. Denn die Friedenspflicht hört auf mit dem 28. Februar. Die neuen, durch das Bundesarbeitsgericht legitimierten Methoden des Arbeitskampfes sind aber vermutlich so, daß sie den Arbeitgebern gezielt schaden können, ohne die Gewerkschaftskasse wesentlich zu schädigen.“ (Handelsblatt, 2.2.) „Spontane“ Warnstreiks der Belegschaften, offizielle Warnstreiks und gezielte Schwerpunktstreiks sind scharfe Waffen gegenüber den Kapitalisten. Um so mehr, als der Begriff der gespaltenen Konjunktur – daß Industriebranchen ihre Produktion drosseln, während andere noch expandieren – darauf hinweist, daß gezielte Kampfschritte die Widersprüche zwischen den einzelnen Kapitalisten und ihren verschiedenen Branchenverbänden fördern und das Dachverbandsgebilde Gesamtmetall auseinander dividieren können.

Am 10.2. berät der IGM-Vorstand die Tarifbewegung, am 11.2. findet die zweite Verhandlungsrunde in Rheinland-Pfalz statt, am 12.2. für den Nordverbund, am 13.2. beginnt die dritte Verhandlungsrunde in Hessen.

Umschüler und Rehabilitanden ist das niedrige Unterhalts- bzw. Übergangsgeld. Das durchschnittliche Unterhaltsgeld (netto) für Umschüler betrug 1978 1124 DM und im Jahr 1979 sogar nur 1075 DM. Davon müssen viele eine Familie ernähren. Erschwerend kommt hinzu, daß das Unterhaltsgeld derzeit nur um 4% – der derzeitige Prozentsatz der Rentenanpassung – erhöht wird bei einer Inflation von 5,5%. Für viele bedeutet das laufende Verschuldung und schließlich Zwang zur Aufgabe der Umschulung. Ein Drittel aller Umschüler bricht die Maßnahme vorzeitig ab.

Um diesen untragbaren Zustand zu beenden, haben die Vertreter einen Brief an die Fraktionen im Bundestag verabschiedet, in dem folgende Gesetzesänderungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) verlangt werden:
– Erhöhung des Unterhaltsgeldes auf 90% des Nettolohns
– Mindestunterhaltsgeld von 1000 DM monatlich
– Erneute Änderung des § 112, 2 AFG, damit alle Lohnbestandteile in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden.

Die Forderung nach 90% Unterhaltsgeld hatte der Gewerkschaftstag der IG Metall im September letzten

darüber erzielt, daß wir in den Umschulungsstätten und Rehabilitationszentren unabhängige Umschülervertretungen brauchen mit Vertretungs- und Einspruchsrechten. Bei betrieblichen Umschulungen muß die Vertretung durch den Betriebsrat geklärt werden. Die Vertretungsrechte müssen gesetzlich geregelt werden. Gegenüber dem Arbeitsamt muß die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Gewerkschaften in den Verwaltungsräten verstärkt werden. Die Verwaltungsräte haben die Möglichkeit, Ausschüsse z.B. zu Umschulungsfragen zu bilden. In diese Ausschüsse müssen Umschülervertreter entsandt werden mit Rede- und Antragsrecht.

An den Vorstand des DGB und der IG Metall verabschiedete die Konferenz einen Brief mit der Aufforderung, daß die gewerkschaftlichen Vertreter im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg darauf hinwirken, den Runderlaß 39 zu ändern, nach dem für stundenweises Fehlen das Unterhaltsgeld für den ganzen Tag abgezogen werden kann. In Köln hat die IG Metall entsprechend ihrem Beschluß auf dem Gewerkschaftstag einen gewerkschaftlichen Arbeitskreis Umschüler gebildet und werden Umschüler in die Gewerkschaft aufgenommen. In anderen Städten gibt es da noch Schwierigkeiten.

Times-Prozeß: zunächst Konzentration auf Arbeitsgericht

esd.Frankfurt. Am 25. März 1981 in Offenbach wird das Arbeitsgerichtsverfahren gegen die IG Druck und Papier stattfinden wegen unzulässigen Eingriffs in einen Gewerbebetrieb. Die „geschädigte“ TER-Druckerei macht den Verlust des als Streikbrecherausgabe bestreikten Objektes „Times“ geltend. Erstinstanzlich hatten die Kapitalistenverbände eine Verurteilung über 58200 DM erreicht. Nachdem jedoch in der Berufung anerkannt wurde, daß es sich nicht um ein Zivilverfahren, sondern um eine Angelegenheit des Arbeitskampfes handelt, wurde das Urteil aufgehoben. Die Kläger wurden an das Arbeitsgericht verwiesen. Das in gleichem Zusammenhang angestrengte Strafverfahren gegen drei Funktionäre der IG Druck und Papier wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Britische Druckgewerkschaften vereinbaren Zusammenschluß

dog. Die Vorstände der fünf britischen Gewerkschaften des Druckerei- und Zeitungsgewerbes haben vereinbart, ihre Organisationen zusammenzuschließen. – In der letzten Woche haben die ersten Verhandlungen zwischen dem australischen Zeitungsverleger Murdoch und den Gewerkschaften über die Bedingungen für die Übernahme der „Times“ und der „Sunday Times“ stattgefunden. Murdoch fordert u.a. die Zustimmung der Gewerkschaften zu Entlassungen (186 in der Druckerei und 40 in den beiden Redaktionen) und zur Einführung von Geldstrafen für streikende Arbeiter. Die Vorstände der beiden größten Gewerkschaften haben am Donnerstag diese Pläne scharf zurückgewiesen und Festlegungen für den Fall der Einstellung der beiden Zeitungen diskutiert. Vor Beginn der Verhandlungen hatten die Gewerkschaften erklärt, daß sie Kündigungen, Disziplinierungsklauseln, einem Lohnstopp und einer Verlegung der Betriebe nicht zustimmen werden. Die Verhandlungen müssen bis zum 12.2. abgeschlossen werden.

Drupa-Hauptausschuß bestätigt Gewerkschaftsausschluß

has. Stuttgart. Der Hauptausschuß, die Beschwerdeinstanz in der IG Druck und Papier, bestätigte Ende Januar mehrheitlich den Ausschluß des Genossen H. Schöpfer wegen seiner Kandidatur zu den Bundestagswahlen für den KBW. Indes setzen die Gliederungen des Ortsvereins Stuttgart ihren Widerstand gegen den Ausschluß fort. Die Mitglieder- und Delegiertenversammlung hatte bereits im vergangenen Dezember dem ausgeschlossenen Ortsvorstandsmitglied Gastrecht eingeräumt und beschlossen, sein gewerkschaftliches Engagement weiterhin in Anspruch zu nehmen; darüber hinaus wird sich die nächste ordentliche Vollversammlung mit den Verfahrensrichtlinien des HV für Ausschlüsse beschäftigen, die laut Beschluß der letzten MV den Beschlüssen der Gewerkschaftstage 1977 und 1980 widersprechen und satzungswidrig sind. Fest steht, daß solche Richtlinien nach § 20,3 der Satzung den betroffenen Mitgliedern bekannt gemacht werden müssen. Der Ortsvorstand rückte auf seiner Januar-Sitzung von seiner Verurteilung des Ausschlusses trotz Bestätigung durch den Hauptvorstand nicht ab. Aus Sorge um die Handlungsfähigkeit des Ortsvereins in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen wurde der von einigen Vorstandsmitgliedern erwogene Protestrücktritt des gesamten Gremiums verworfen und Nachwahlen für die beiden bereits zurückgetretenen Mitglieder sowie das ausgeschlossene Mitglied H. Schöpfer anberaumt. Der örtliche Vertrauensleutevorstand ergriff jetzt die Initiative für eine Debatte in der Gesamtorganisation um die Ausschlußpraxis des Hauptvorstands. In einem weitverbreiteten Aufruf wird gegen den Ausschluß und die Ausschlußrichtlinien protestiert.



5000 Werftarbeiter demonstrierten am 5.2. in Bremerhaven. Seit 1975 sind in Bremerhaven mehr als ⅓ der Arbeitsplätze in der Werftindustrie abgebaut worden. Der Bremerhavener IGM-Vorsitzende begrüßte Subventionen des Bremer Senats, kritisierte Einsparungen, die Arbeitsplätze gefährden. Er setzte sich für eine Zusammenlegung der Werften Schichau Unterweser AG und der Rickmers Werft ein, um sie auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu machen.

Neue Tarifverträge im Hotel- und Gaststättengewerbe

dog. Für die 20000 Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe Bayerns hat die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten eine Erhöhung der Löhne und Gehälter rückwirkend zum 1.1.81 um 5,9% vereinbart. Dadurch erhöhen sich die Garantielöhne und -gehälter zwischen 54 und 111 DM, die Festlöhne zwischen 65 und 132 DM. Bei Garantielöhnen erhalten die Beschäftigten eine prozentuale Beteiligung am Umsatz zusätzlich. – Für die 170000 Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe in Nordrhein-Westfalen tritt am 1.7.81 ein neuer Manteltarifvertrag in Kraft, mit dem die 5½-Tage-Woche eingeführt wird. Bis 1983 soll die wöchentliche Arbeitszeit auf 5 Tage und 40 Stunden verkürzt werden.

Streik der britischen Seeleute in der 5. Woche

dog. Die Gewerkschaft der 46000 Seeleute (NUS) fordert neben einer Lohnerhöhung die 1½fache Bezahlung der Überstunden. Der Streik der Seeleute ist an mehreren Stellen von Hafenarbeitern unterstützt worden. Am Donnerstag hat Townsend Thoresen, einer der größten britischen Fährbetriebe, den Fährbetrieb wieder aufgenommen, nachdem die 250 Beschäftigten einer Erhöhung der Löhne um 20 Pfd. pro Woche zugestimmt hatten. Einschließlich der 1½fachen Anrechnung der Überstunden liegt der Abschluß nach Auskunft der Gewerkschaft über 14%.

„Es sind nicht nur die Lehrer arbeitslos, aber auch die Lehrer“

Kongreß der GEW

heh.Frankfurt. Rund 200 Mitglieder der GEW, entsandt von den 11 Landesverbänden und Westberlin, nahmen vom 29. – 31.1.1981 in Sindelfingen an der „GEW-Tagung gegen Lehrerarbeitslosigkeit“ teil. In seinem Einleitungsreferat stellte der GEW-Bundesvorsitzende Frister fest: „Wir müssen heute davon ausgehen, daß rund 50000 junge Lehrer von Arbeitslosigkeit oder erzwungener Kurzarbeit betroffen sind.“ Den Argumenten von der rückläufigen Schülerzahl stellte er die durch den DGB erhobenen Erfordernisse gegenüber, teilweise begründet mit der „erneut erheblich zu erhöhenden Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft“; gegenüber den Argumenten von der Finanzknappheit der Landeshaushalte seine Position: „Wer Millionären die Steuern senkt, Vernichtung von Lebensmitteln bezuschußt und Rüstungsprojekte nachfinanziert, kann auch die Millionen für unsere Kinder lockermachen – wenn er will!“ Die Leitargumentation war so neu nicht: „Nicht an den Lehrern scheitert die Lehrerversorgung“, sondern „Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit von Lehrern werden von einer durch egoistische Gruppeninteressen oder Verständnislosigkeit bewirkten Bildungsfeindlichkeit bei der Mehrheit in unseren Parlamenten und Regierungen verursacht.“ Auf die gewerkschaftliche Arbeit bezogen stellte er fest, daß kein Grund bestehe, „den Kurs grundlegend zu verändern“, und daß die Arbeitslosigkeit von Lehrern nur „im Rahmen des Kampfes aller DGB-Gewerkschaften um Vollbeschäftigung überwunden werden“ könne.

In der folgenden Podiumsdiskussion wie in den insgesamt neun Arbeitsgruppen und in der Abschlußveranstaltung wurde diese Linie im wesentlichen nicht verlassen: Schule und Volksbildung ist zunächst Sache der gesamten Gewerkschaftsbewegung, Politiker und Regierungen „sind schärfer anzupacken“. Als Beispiel dafür wurden u.a. die Berliner Instandbesetzer angeführt. Die Debatte um einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst oder um eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung wurde nicht aufgegriffen. Angesichts der ständigen Propaganda in diese Richtung sowie einer sich abzeichnenden Krise mag das vielleicht einerseits als Mangel erscheinen, andererseits aber ist es Beleg dafür, daß momentan kein Anlaß zur Furcht besteht, die Gewerkschaften könnten zurückweichen. Statt dessen – und dies wird sich auch für die künftige Entwicklung günstig erweisen – wurde das bildungspolitische Programm der GEW von 1977 wieder verstärkt diskutiert, die sogenannten „Prüfsteine“.

Zentral, weil es darüber auch zwischen den einzelnen Landesverbänden keine unterschiedlichen Einschätzungen gab, waren dabei: die Arbeitszeitverkürzung und die 40-Stunden-Woche, auch als Mittel gegen Arbeitslosigkeit; die Forderung nach einem zehnten allgemeinbildenden Schuljahr für alle Schüler als Moment der Vereinheitlichung; keine Klasse mehr als 25 Schüler, was eher noch als zu hoch angesetzt betrachtet wurde; die Forderung nach 12 Stunden Unterricht für alle Berufsschüler und die Ablehnung des Blockunterrichts; die Einführung einer 5 – 10%igen Vertretungsreserve pro Schule; die Doppelzählung ausländischer Schüler bei der Berechnung der Klassengrößen. Aufgrund unterschiedlicher Praktiken der jeweiligen Länderregierungen und den daraus folgenden Erfahrungen gab es noch keine hinreichende Einheit um die Forderungen nach Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in schulischer Form als 11. Schuljahr sowie nach Einführung der Ganztagsschule.

Darüber hinaus nahm unter obigen Zielsetzungen der Erfahrungsaustausch großen Raum auf dieser Tagung ein. Bezüglich verschiedener Aktionsformen und Vereinheitlichungen wurde besonders aus Bremen, Hamburg und Niedersachsen berichtet: organisiertes Besuchen von Arbeitsamt und Einstellungsbehörde durch die arbeitslosen Lehrer, Einrichtung von Arbeitsgruppen zur juristischen Untersuchung von Vertragsbedingungen, Schulungen, Aktionswochen usw. Aus Hessen kamen Berichte von der Notwendigkeit einer schulungsmäßig gut ausgebildeten Personalratsarbeit. Die Berechnung des Lehrerbedarfs nach der Interessenlage der Gewerkschaft wird in den meisten Ländern konkret durchgeführt, in Hessen zunehmend bereits pro Schule; dies liefert Material, um sich mit Eltern und Schülern besser zusammenzuschließen.

Ein Mangel war sicherlich, daß auf dieser Tagung die dringend notwendige Einbeziehung der Lehrer in die Arbeitslosenversicherung nicht ausreichend zur Sprache kam. Darüber hinaus wurde zwar die Finanzierung des Volksbildungswesens nach den Forderungen der Gewerkschaften als machbar erklärt, über das „Wie“ aber keine Diskussion geführt. Gerade angesichts der Kriegsgefahr fand deshalb die Forderung „Bildung statt Rüstung“ breiten Anhang. Daß kein abschließendes Dokument zur Verabschiedung kam, wird die Weiterarbeit eher erschweren.

Streik bei type-shop Hamburg

Beschäftigte eines Kleinbetriebes kämpfen für Anerkennung der Tarifverträge

hes. Hamburg. Seit Donnerstag, dem 22. Januar, steht die Belegschaft der Hamburger Filiale der Firma type-shop im Streik für den Abschluß eines Haustarifvertrages. Type-shop stellt vorwiegend Layout-Satz für Werbeagenturen her. Die Zentrale des Unternehmens mit dem größten Produktionsbereich (ca. 80 Beschäftigte) befindet sich in Düsseldorf. Insgesamt gibt es zwölf Niederlassungen, davon drei im Ausland.

Wie viele andere kleine und mittlere Kapitalisten ist der Besitzer des type-



shop nicht Mitglied im Verband der Druck-Unternehmer und deshalb auch nicht an die bestehenden Tarifverträge gebunden. Für die 29 Beschäftigten bei type-shop Hamburg heißt das unter anderem: Die überwiegende Mehrzahl bekommt zwischen 300 und 1000 DM weniger Lohn als in vergleichbaren Druckbetrieben. Die Überstundenbezahlung liegt weit unter der in Hamburg üblichen, teilweise sogar unter dem Tarif. Je nach Auftragslage muß an Feiertagen und am Wochenende Bereitschaftsdienst geleistet werden (jeden zweiten Samstag 8 Stunden, jeden vierten Sonntag 5 Stunden). Dafür gibt es weder Antrittsgelder noch Zuschläge. Die Bestimmungen des Manteltarifvertrages werden in keinem Punkt voll erfüllt.

In vielen solcher Klein- und Mittelbetriebe hat die IG Druck und Papier einen Haustarif auf der Basis des Lohn- und Manteltarifvertrages abgeschlossen. Seit über einem Jahr bemüht sich die Gewerkschaft, mit der Geschäftsleitung in Düsseldorf über einen solchen Haustarif in Verhandlung zu treten. In den beiden letzten Schreiben wurde ein Ultimatum gestellt. Die Geschäftsleitung reagierte nicht. Daraufhin beschlossen die 20 in der Gewerkschaft organisierten Kollegen am 21. Januar einstimmig, in unbefristeten Streik zu treten.

Über den Verlauf der ersten Streikwoche berichten die Kollegen in einem Flugblatt:

„**Donnerstag, 22.1.:** Streikbeginn. Überraschung für die Geschäftsleitung, da späterer Streikbeginn bewußt propagiert wurde. Die unorganisierten Mitarbeiter der Firma werden zum Streik aufgerufen. Keine Resonanz.

Freitag, 23.1.: Die Geschäftsleitung reagiert mit Aussperrung aller 20 organisierten Kollegen, einschließlich Kranke und Kolleginnen im Mutterschaftsurlaub. Dem Betriebsrat wird der Zutritt zum Betrieb verweigert. Schwerpunkt an diesem Tag: Öffentlichkeitsarbeit (Information an Presse, Diskussion mit Passanten).

Wochenende: Vorbereitung der nächsten Streikwoche, Organisierung von mehr Streikposten, Durchführung einer Streikversammlung.

Montag, 26.1.: Ca. 70 Streikposten vorm Betrieb. Einem Teil der Streikbrecher gelingt es, unbemerkt über einen Zaun das Betriebsgelände zu betreten. Der Geschäftsführer versucht in seinem Wagen 2 Streikbrecher auf das Gelände zu fahren. Die Streikposten verhindern das. Der Geschäftsführer kehrt am Abend mit einem Streikbrecher zurück und verschafft sich mit einer einstweiligen Verfügung Zutritt. Der Betriebsrat verschafft sich ebenfalls mit einer einstweiligen Verfügung vom Arbeitsgericht den Zutritt.

Dienstag, 27.1.: Ca. 50 Streikposten vorm Betrieb. Der Geschäftsführer und Streikbrecher versuchen im Wagenkonvoi reinzukommen. Sie werden von den Streikposten aufgehalten. Erst nach längerer Diskussion zwischen Streikposten und Polizei werden sie reingelassen. Die Streikbrecher versuchen, die Produktion im Betrieb aufrechtzuerhalten. Einige Kollegen erhalten Abmahnungsschreiben.

Mittwoch, 28.1.: Ca. 60 Streikposten. Streikbrecher werden nicht eingelassen. Nach längerer Diskussion mit der Polizei darf der Geschäftsführer im Auto auf das Gelände fahren. Die Streikbrecher müssen zu Fuß durch die Menge der Streikposten gehen. Durch diesen Vorgang wurden sie etwa eine Stunde aufgehalten.

Donnerstag, 29.1.: Wieder etwa 60 Kollegen stehen ab 7.30 Uhr auf Streikposten. Um ca. 8.30 Uhr gehen im Betrieb die Lichter an. Über einen uns unbekannten Weg, in Form einer Geländeübung (auf dem Bauch kriechend??) sind die Streikbrecher in den Betrieb gelangt. Verdammter Mist!! 6 weitere fristlose Kündigungen. Es werden Auslagerungsversuche der Firma festgestellt.“

Die Unterstützung aus anderen Betrieben ist beachtlich. Die Beschäftigten der Filiale in Frankfurt haben sich solidarisch erklärt. Vor und nach der Arbeit kommen die Kollegen aus anderen Hamburger Betrieben, um Streikposten zu stehen. Aus vielen Druckbetrieben, von Schulklassen, Heimen und aus anderen Gewerkschaften treffen Solidaritätsschreiben und Geldspenden ein. Einige Bewohner des gegenüber der Firma liegenden Altenheimes informierten über Beobachtungen in der Nacht und wünschten viel Erfolg. Am Sonntag, dem 1. Februar, organisierten Kollegen aus anderen Druckbetrieben ein Streikfest. Der Andrang war groß, das Streiklokal total überfüllt. Neben einem Bericht über den bisherigen Streikverlauf wurde ein Film über den Arbeitskampf 1977 beim Weserkurier in Bremen gezeigt. Außerdem gab es viel Musik. Vertrauensleute von Gruner + Jahr trugen zum Teil selbst gedichtete Streiklieder vor.

Außer etlichen Strafanzeigen und mittlerweile 15 fristlosen Kündigungen hat der type-shop-Kapitalist bisher keine Reaktion gezeigt. Deshalb wird der Streik auch in dieser Woche weitergeführt.

Weitere Informationen über den Arbeitskampf gibt es im Streiklokal „Mikis 2“, Bundesstr. 6, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/457658; Spendenkonto der Streikleitung: Bank für Gemeinwirtschaft, Konto-Nr. 1209092600, Volker Oesterlin.

che Arbeit bezogen stellte er fest, daß kein Grund bestehe, „den Kurs grundlegend zu verändern“, und daß die Arbeitslosigkeit von Lehrern nur „im Rahmen des Kampfes aller DGB-Gewerkschaften um Vollbeschäftigung überwunden werden“ könne.

In der folgenden Podiumsdiskussion wie in den insgesamt neun Arbeitsgruppen und in der Abschlußveranstaltung wurde diese Linie im wesentlichen nicht verlassen: Schule und Volksbildung ist zunächst Sache der gesamten Gewerkschaftsbewegung, Politiker und Regierungen „sind schärfer anzupacken“. Als Beispiel dafür wurden u.a. die Berliner Instandbesetzer angeführt. Die Debatte um einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst oder um eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung wurde nicht aufgegriffen. Angesichts der ständigen Propaganda in diese Richtung sowie einer sich abzeichnenden Krise mag das vielleicht einerseits als Mangel erscheinen, andererseits aber ist es Beleg dafür, daß momentan kein Anlaß zur Furcht besteht, die Gewerkschaften könnten zurückweichen. Statt dessen – und dies wird sich auch für die künftige Entwicklung günstig erweisen – wurde das bildungspolitische Programm der GEW

und Niedersachsen berichtet: organisiertes Besuchen von Arbeitsamt und Einstellungsbehörde durch die arbeitslosen Lehrer, Einrichtung von Arbeitsgruppen zur juristischen Untersuchung von Vertragsbedingungen, Schulungen, Aktionswochen usw. Aus Hessen kamen Berichte von der Notwendigkeit einer schulungsmäßig gut ausgebildeten Personalratsarbeit. Die Berechnung des Lehrerbedarfs nach der Interessenlage der Gewerkschaft wird in den meisten Ländern konkret durchgeführt, in Hessen zunehmend bereits pro Schule; dies liefert Material, um sich mit Eltern und Schülern besser zusammenzuschließen.

Ein Mangel war sicherlich, daß auf dieser Tagung die dringend notwendige Einbeziehung der Lehrer in die Arbeitslosenversicherung nicht ausreichend zur Sprache kam. Darüber hinaus wurde zwar die Finanzierung des Volksbildungswesens nach den Forderungen der Gewerkschaften als machbar erklärt, über das „Wie“ aber keine Diskussion geführt. Gerade angesichts der Kriegsgefahr fand deshalb die Forderung „Bildung statt Rüstung“ breiten Anhang. Daß kein abschließendes Dokument zur Verabschiedung kam, wird die Weiterarbeit eher erschweren.

shop nicht Mitglied im Verband der Druck-Unternehmer und deshalb auch nicht an die bestehenden Tarifverträge gebunden. Für die 29 Beschäftigten bei type-shop Hamburg heißt das unter anderem: Die überwiegende Mehrzahl bekommt zwischen 300 und 1000 DM weniger Lohn als in vergleichbaren Druckbetrieben. Die Überstundenbezahlung liegt weit unter der in Hamburg üblichen, teilweise sogar unter dem Tarif. Je nach Auftragslage muß an Feiertagen und am Wochenende Bereitschaftsdienst geleistet werden (jeden zweiten Samstag 8 Stunden, jeden vierten Sonntag 5 Stunden). Dafür gibt es weder Antrittsgelder noch Zuschläge. Die Bestimmungen des Manteltarifvertrages werden in keinem Punkt voll erfüllt.

In vielen solcher Klein- und Mittelbetriebe hat die IG Druck und Papier einen Haustarif auf der Basis des Lohn- und Manteltarifvertrages abgeschlossen. Seit über einem Jahr bemüht sich die Gewerkschaft, mit der Geschäftsleitung in Düsseldorf über einen solchen Haustarif in Verhandlung zu treten. In den beiden letzten Schreiben wurde ein Ultimatum gestellt. Die

Freitag, 23.1.: Die Geschäftsleitung reagiert mit Aussperrung aller 20 organisierten Kollegen, einschließlich Kranke und Kolleginnen im Mutterschaftsurlaub. Dem Betriebsrat wird der Zutritt zum Betrieb verweigert. Schwerpunkt an diesem Tag: Öffentlichkeitsarbeit (Information an Presse, Diskussion mit Passanten).

Wochenende: Vorbereitung der nächsten Streikwoche, Organisierung von mehr Streikposten, Durchführung einer Streikversammlung.

Montag, 26.1.: Ca. 70 Streikposten vorm Betrieb. Einem Teil der Streikbrecher gelingt es, unbemerkt über einen Zaun das Betriebsgelände zu betreten. Der Geschäftsführer versucht in seinem Wagen 2 Streikbrecher auf das Gelände zu fahren. Die Streikposten verhindern das. Der Geschäftsführer kehrt am Abend mit einem Streikbrecher zurück und verschafft sich mit einer einstweiligen Verfügung Zutritt. Der Betriebsrat verschafft sich ebenfalls mit einer einstweiligen Verfügung vom Arbeitsgericht den Zutritt.

Dienstag, 27.1.: Ca. 50 Streikposten vorm Betrieb. Der Geschäftsführer und Streikbrecher versuchen im Wa-

trieben, von Schulklassen, Heimen und aus anderen Gewerkschaften treffen Solidaritätsschreiben und Geldspenden ein. Einige Bewohner des gegenüber der Firma liegenden Altenheimes informierten über Beobachtungen in der Nacht und wünschten viel Erfolg. Am Sonntag, dem 1. Februar, organisierten Kollegen aus anderen Druckbetrieben ein Streikfest. Der Andrang war groß, das Streiklokal total überfüllt. Neben einem Bericht über den bisherigen Streikverlauf wurde ein Film über den Arbeitskampf 1977 beim Weserkurier in Bremen gezeigt. Außerdem gab es viel Musik. Vertrauensleute von Gruner + Jahr trugen zum Teil selbst gedichtete Streiklieder vor.

Außer etlichen Strafanzeigen und mittlerweile 15 fristlosen Kündigungen hat der type-shop-Kapitalist bisher keine Reaktion gezeigt. Deshalb wird der Streik auch in dieser Woche weitergeführt.

Weitere Informationen über den Arbeitskampf gibt es im Streiklokal „Mikis 2“, Bundesstr. 6, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/457658; Spendenkonto der Streikleitung: Bank für Gemeinwirtschaft, Konto-Nr. 1209092600, Volker Oesterlin.

Belgien: Streiks und Demonstrationen gegen Lohnstopp

100000 auf der gemeinsamen Kundgebung der Gewerkschaftsverbände am 24.1. in Brüssel

dog. Kein Bus, keine Straßenbahn, keine Metro fuhren am Donnerstag letzter Woche. In ganz Belgien streikten die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr für 24 Stunden. Aufgerufen hatten die beiden großen Gewerkschaftsverbände, die sozialistische FGTB (Fédération Génerale du Travail de Belgique) und die christliche CSC (Confédération des Syndicats Chrétiens de Belgique). Der Streik richtete sich gegen ein Gesetz zur „Lohnmäßigung“, mit dem die belgische Regierung Lohnerhöhungen und tarifliche Verbesserungen in bezug auf Arbeitszeit etc. für die nächsten zwei Jahre aussetzen will. Am Donnerstag wurde das Gesetz im Senat, der zweiten Kammer des belgischen Parlaments, verhandelt. Ministerpräsident Martens begründete das Gesetz mit der Notwendigkeit, die Rentabilität der Betriebe wiederherzustellen. Der Lohnstopp ist Teil eines ganzen Gesetzespaketes, mit dem u.a. auch Kürzungen bei den Sozialversicherungen vorgesehen sind. Wenn zwischen den Gewerkschaften und den Kapitalisten bis zum 15. Februar keine Vereinbarung über „Lohnmäßigung“ zustande kommt, soll das Gesetz in Kraft treten. Danach würden dann alle Löhne über 35000 bfr. (etwa 2200 DM) in den nächsten beiden Jahren nicht mehr steigen als der Preisindex. (Der Durchschnittslohn lag im Oktober 1979 bei 207 bfr. in der Stunde.) Mit dem Gesetz würden auch die bereits abgeschlossenen Tarifverträge für die Dauer von zwei Jahren ausgesetzt. Beschäftigte aus dem Einzelhandel haben ausgerechnet, daß eine Kassiererin durch das Gesetz 35 – 40000 bfr. verlieren würde.

In Liege hatten die Kaufhausangestellten am 30. und 31.1. gestreikt gegen den Lohnstopp. Bei Texaco sind die Ölarbeiter für die Einhaltung bereits vereinbarter Lohnerhöhungen in den Streik getreten, und ihre Gewerkschaft hat angekündigt, die Aktionen auszuweiten, falls die Kapitalisten nicht zahlen. Die Arbeiter bei Caterpillar streiken seit drei Wochen, weil die Kapitalisten sich mit dem Hinweis auf das neue Gesetz geweigert haben, überhaupt Verhandlungen aufzunehmen.

Für den 24.1. hatten die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Kundgebung und Demonstration in Brüssel aufgerufen. 100000 aus ganz Belgien beteiligten sich, und die Kundgebung war ein wichtiger Schritt für das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften. Sie fordern die Einhaltung bereits bestehender Abschlüsse, die auch über 1981 hinaus verlängert werden sollen, und haben angeboten, sich zur Wahrung des Arbeitsfriedens bis 1982 zu verpflichten. Daß die Gewerkschaftsmitglieder sich darauf schwerlich verpflichten lassen werden, zeigen die verschiedenen Auseinandersetzungen und die Forderung nach einem Generalstreik. Den Kapitalisten und der Regierung ist eine solche Zusicherung aber auch zu wenig. Martens erklärt, der Arbeitsfrieden sei zwar ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung, ohne Lohnstopp aber nicht ausreichend.

Währenddessen haben die Stahlarbeiter in Charleroi und Liege ihre Aktionen gegen die Fusion der beiden Stahlwerke und die damit verbundenen Entlassungen fortgesetzt. Am Dienstag demonstrierten Tausende von Arbeitern aus allen Landesteilen durch Charleroi. In Seneffe, wo British Leyland ein Werk schließen will und mehr als 2000 Arbeiter entlassen werden sollen, haben die Arbeiter mehrheitlich beschlossen, die Arbeit bei „offener Tür“ wieder aufzunehmen und alle einzuladen, die ihren Kampf unterstützen wollen. Die CSC begründete diesen Vorschlag damit, daß die Arbeiter so nicht noch mehr Geld verlieren würden. Die FGTB hatte dagegen vorgeschlagen, den Streik fortzuführen und den Betrieb zu besetzen. Am 23.1. hatten die Arbeiter eine Demonstration durchgeführt.

In der letzten Woche haben die Textilarbeiter bei Fabelta nach 20 Tagen ihren Hungerstreik beendet, nachdem der Wirtschaftsminister Claes zusagen mußte, daß die schon beschlossene Schließung zweier Textilfabriken erneut geprüft werden soll.

Während in den Aktionen gegen den Lohnstopp der Regierung die Gewerkschaften sich an einigen Punkten einigten – hervorgerufen und befördert durch die Bewegungen in den Betrieben – existieren die alten Widersprüche zwischen Flamen und Wallonen fort. Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft im FGTB hat in Liege (Wallonien) erklärt, es ginge nicht an, daß die Stahlindustrie in Flandern gepäppelt würde und die Wallonen leer ausgingen.



2500 Werftarbeiter der Cockerill Yards (in der Nähe von Antwerpen) demonstrieren nach der Frühstückspause durch die Stadt und übergeben einen offenen Brief, in dem die Rücknahme der Regierungsvorlage gefordert wird.



Der Hungerstreik der sieben Textilarbeiter gegen die Schließung zweier Textilfabriken findet Unterstützung. Mehr als 5000 Arbeiter beteiligen sich am 26.1. an einer Demonstration in Tubize.

Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Bund- und Länder-Förderungen können Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht aufhalten

acm. Wenn die Jugendarbeitslosigkeit – im Januar beträgt sie *statistisch* 102000 – sich so weiter entwickelt, dann wird sie alles bisher Dagewesene in der Geschichte der BRD übersteigen. Der DGB hat errechnet, daß schon jetzt *über 200000* deutsche und ausländische Jugendliche ohne Arbeit sind. *Hinzu* kommen noch einmal 150000 ausländische Jugendliche, die erst im Rahmen der Familienzusammenführung in den letzten Jahren in die BRD einreisten. Dies macht die Lage jetzt schon angespannter als in den Jahren 75/76.

Seit 1975 haben die Bundes- und Länderregierungen verstärkt auf Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit und Förderungen in der Berufsausbildung gesetzt. Mit der jetzigen rapiden Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben die Regierungen nur teilweise gerechnet, und noch im November und Dezember herrschten optimistische Berichte seitens der Bundesanstalt für Arbeit, des Bildungsministeriums und der Landesregierungen vor. Dabei wurde immer auf die Programme der letzten Jahre und der zukünftigen verwiesen. Es handelt sich im wesentlichen um folgende: a) Modellprogramm „Mädchen in Männerberufe“, b) Präventivprogramme an den Hauptschulen, c) „Berufsbildung Jugendlicher mit besonderer Lernunterstützung“, d) „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialer Eingliederung jugendlicher Ausländer“, e) verschiedenste Förderungen für den Ausbau beruflicher Bildungsstätten, f) direkte Förderung betrieblicher Berufsausbildung, g) Durchführung von Berufsvorbereitungsmaßnahmen, h) Berufsgrundbildungsjahr in seinen verschiedenen Formen. Die meisten dieser Programme werden in Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern durchgeführt und finanziert, andere Programme in den Ländern werden nur vom Bund bezuschußt.

Überall gibt es mittlerweile Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation bei den Mädchen. In den meisten Bundesländern werden besondere Kurse bzw. Stützungsmaßnahmen für ausländische Jugendliche durchgeführt. Alle Länder betreiben Prämienprogramme für die Unternehmer, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, und hier greift insbesondere das Handwerk zu. Im Saarland hat die „Arbeitskammer“ sich gegen diese Form der „Förderung“ gewandt. Dort ist das Angebot an Ausbildungsplätzen immer noch niedriger als die Nachfrage, was sonst nur in Westberlin der Fall ist, wo übrigens im Januar der Anteil jugendlicher Arbeitsloser auf 10% gestiegen ist und jetzt bei 3500 liegt. Die Durchführung von Förderungsmaßnahmen in Form von Zentren für jugendliche Arbeitslose mit Betreuung durch arbeitsbeschaffte Sozialarbeiter findet nur in NRW und Hessen statt. Farthmann will sie jetzt nicht mehr fördern, wogegen es in den verschiedensten Städten Kampf gibt, weil diese Einrichtungen zum Zusammenschluß gegen die Verhältnisse genutzt wurden. Im Land Hessen werden ähnliche Einrichtungen in 20 Städten weiter gefördert, die auch teilweise durch den DGB getragen werden.



Über 10000 Schüler, Arbeiterjugendliche, Studenten und Lehrer demonstrierten am 7.2. in Wiesbaden gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung im Bildungswesen. Aufgerufen hatten die Landesschülervertretung, die GEW und die DGB-Jugend. – Weitere Demonstrationen in anderen Ländern sind angekündigt.

In den Programmen spiegeln sich unterschiedliche Tendenzen wider. Zum einen entspringen sie den kurzfristigen Verwertungsinteressen des Kapitals wie bei den Prämien für Arbeitsplätze. Andere Programme aber haben zur Erhöhung des Anteils der Mädchen an Ausbildungsstellen geführt oder zur Senkung von Arbeitslosenzahlen beigetragen. Aufhalten konnten sie die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit nicht, dazu wäre aber auch der Angriff auf das duale Bildungssystem nötig. In den Programmen spiegelt sich ebenfalls die angestrebte Entwicklung der Dequalifizierung der Arbeitskraft wie die nur noch grundlegenste Vermittlung von Kenntnissen für ganze Berufszweige wider. Resultiert daraus eine schlichte Bekämpfung dieser Programme? Eher muß die Auseinandersetzung um die Durchführung und Finanzierung der Programme auf Grundlage der Interessen der Arbeiterbewegung nach umfassender Ausbildung der Jugend geführt werden:

– Man kann sich nicht gegen die Förderung von Mädchen in der Berufsausbildung wenden. Eine Tatsache ist, daß die Ausbildungsvergütung der Mädchen im Durchschnitt bei 380 DM, die der Jungen bei 475 DM liegt. Die niedrigsten Ausbildungsvergütungen werden in den typischen Mädchenlehrberufen gezahlt. Dagegen ist „Mädchen in Männerberufen“ *richtig*, aber alle Tendenzen und Absichten, die die Hineinschiebung in aussichtslose Berufe verlangen oder die fordern, daß die Schutzrechte für Frauen abgebaut werden sollen, müssen entschieden *bekämpft* werden.

– Die Förderungsmaßnahmen für die ausländischen Jugendlichen müssen vorangetrieben werden. Dabei geht es vor allem um ausreichend Deutschunterricht, der die Durchführung von Ausbildungen obligatorisch macht und nicht wie jetzt zu Ausnahmeerscheinungen, die zur Hilfsarbeiterarmee führen.

– Die Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsplätzen, Ausbau der Berufsschulklassen und -Einrichtungen, Anerkennung des BGJ als Lehrjahr müssen *gegen* die Prämienförderung der Kapitalisten durchgesetzt werden ebenso wie das Recht auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl für jugendliche Arbeitslose bei Zahlung von Arbeitslosengeld in der Berufsschule und Unterricht von 6 Stunden an 2 arbeitsfreien Tagen. In diesen Auseinandersetzungen ist es von Bedeutung, wenn sich endlich die arbeitslosen Schulabgänger in den Gewerkschaften organisieren können und wenn die Gewerkschaften – wie zu Beginn der 70er Jahre – wieder verstärkt dazu übergehen, in die Abschlußklassen der Schulen hineinzukommen. Das deckt sich auch vollständig mit dem Interesse nach Zugangs- und Inspektionsrecht für Betriebsrat und Gewerkschaften an den Berufsschulen.

Der Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Krise in Berufsausbildung und durch Jugendarbeitslosigkeit findet heute in einer anderen Lage statt als 74/75, wo er von Reformpositionen der Sozialdemokratie *geprägt* war und auf *diese* setzte. Die Einheit von den grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung zu finden, gestützt auf die sozialdemokratische Basis, die sich auch gegen die Sparmaßnahmen richtet, erscheint eher möglich.

Innenansichten aus dem Knast

bil. „Wir unterlassen hier das Ritual, auf alles zuvor Geschriebene über Jugendkriminalität, Gefängnis, Jugendhilfe etc. zu verweisen, um durch Abgrenzung und Zuordnung die Legitimation für unsere Vorgehensweise aufzuzeigen,“ heißt es in der Einleitung des im Dezember erschienenen Buches „Jugendstrafe, Innenansichten aus dem Knast“ (Fischer-Taschenbuch). Dokumentiert werden zweijährige Gespräche mit Jugendlichen aus drei Jugendstrafanstalten (Laufen, Ebrach und Niederschönfelden). Die Gespräche sind im Themenkomplexe gegliedert; Biographie (Familie, Stadtteil, Schule, Jugendamt, Erziehungsheime, Arbeit, Polizei, Gerichtsverhandlung, Verurteilung), Haft und Zukunftsperspektiven. Die Stärke des Buches ist die Darstellung der Gespräche, hier nur ein Beispiel über die Jugendgerichtsverhandlung:

„Ulli: Beschissen fühlt man sich da. So gezittert wie in der Verhandlung habe

eine Marktsituation vor. Für soundso viel mehr Wahrheit, d.h. Übereinstimmung von gerichtlich festgestellten Fakten und seiner Aussage, wird ihm soundsoviel Strafe erlassen. Es geht um ein Geschäft. Das Verfahren gewinnt an Geordnetheit, wenn der Angeklagte Einsicht zeigt. Hans sieht ein, daß gehandelt wird, sonst nichts. Es geht um einen Kuhhandel mit der Wahrheit über sich und seine Zeit. Er wird in diesem Verfahren zum berechnenden Geschäftsmann erzogen, der eben nicht die Rechtmäßigkeit und Angemessenheit seiner Handlungen in der Vergangenheit und die Perspektiven seiner Zukunft überdenkt, sondern sein Verhalten in der Verhandlung nach dem zu erwartenden Strafmaß berechnet. Dies sollte kein Erziehungsziel einer Gerichtsverhandlung sein“. In diesen kurzen Interpretationen liegt auch die Schwäche. Sicherlich ist die Jugendgerichtsverhandlung keine Marktsituation, auch wenn der Anschein, daß die verhängte Strafe bei

Jugendstrafvollzug: Bei Arbeitsverweigerung in den Bunker

bil. „Jugendstrafvollzug soll durch seine nüchterne und sachliche Strenge die Sühnebereitschaft wecken. Die Erziehung erfordert eine feste Ordnung, eine gerechte, sachliche Behandlung, sowie eine einfache, doch nicht kalte Unterbringung und Lebenshaltung. Gegen einen Jugendlichen, der schuldhaft seine Pflichten verletzt, kann der Vollzugsleiter eine Hausstrafe verhängen.“ (Alle Zitate aus Kommentierung zum Jugendgerichtsgesetz und zur Jugendarrestvollzugsordnung). Hausstrafen sind die Beschränkung oder Entziehung des Lesestoffs, Verbot des Verkehrs mit der Außenwelt, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen und abgesonderte Unterbringung. 18673 Jugendliche waren 1978 in der Jugendstrafanstalt (1958: 10559); 120002 mal wurden Zuchtmittel verhängt (darunter fällt u.a. der Arrest); 34809 mal wurden Erziehungsmaßre-

reingegangen. Du mußt immer 60 Stück in die Plastiktüten reintun. 2000 Stück jeden Tag. Ich hab' zuerst Wäscheklammern gemacht, das hab' ich ne zeitlang gemacht und dann hab' ich's abgelehnt. Weil, ich bin doch kein Wahnsinniger und mach' Wä-

mich ausgezogen und verpackt, daß die Füße nicht mehr bewegen konnte. Und dann macht die Sau die Heizung an. Mein Gott, da ist mir das Wasser gelaufen, das gibt's gar nicht. Zwei Tage haben sie mich in Handschellen gelassen.“.



cher Ausländer“, e) verschiedenste Förderungen für den Ausbau beruflicher Bildungsstätten, f) direkte Förderung betrieblicher Berufsausbildung, g) Durchführung von Berufsvorbereitungsmaßnahmen, h) Berufsgrundbil-

Über 10000 Schüler, Arbeiterjugendliche, Studenten und Lehrer demonstrierten am 7.2. in Wiesbaden gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung im Bildungswesen. Aufgerufen hatten die Landesschülervertretung, die GEW und die DGB-Jugend. – Weitere Demonstrationen in anderen Ländern sind angekündigt.

werden in den typischen Mädchenlehrberufen gezahlt. Dagegen ist „Mädchen in Männerberufen“ richtig, aber alle Tendenzen und Absichten, die die Hineinschiebung in aussichtslose Berufe verlangen oder die fordern, daß die Schutzrechte für Frauen abgebaut wer-

der Sozialdemokratie geprägt war und auf diese setzte. Die Einheit von den grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung zu finden, gestützt auf die sozialdemokratische Basis, die sich auch gegen die Sparmaßnahmen richtet, erscheint eher möglich.

Innenansichten aus dem Knast

bil. „Wir unterlassen hier das Ritual, auf alles zuvor Geschriebene über Jugendkriminalität, Gefängnis, Jugendhilfe etc. zu verweisen, um durch Abgrenzung und Zuordnung die Legitimation für unsere Vorgehensweise aufzuzeigen,“ heißt es in der Einleitung des im Dezember erschienenen Buches „Jugendstrafe, Innenansichten aus dem Knast“ (Fischer-Taschenbuch). Dokumentiert werden zweijährige Gespräche mit Jugendlichen aus drei Jugendstrafanstalten (Laufen, Ebrach und Niederschönfelden). Die Gespräche sind im Themenkomplexe gegliedert; Biographie (Familie, Stadtteil, Schule, Jugendamt, Erziehungsheime, Arbeit, Polizei, Gerichtsverhandlung, Verurteilung), Haft und Zukunftsperspektiven. Die Stärke des Buches ist die Darstellung der Gespräche, hier nur ein Beispiel über die Jugendgerichtsverhandlung:

„*Ulli:* Beschissen fühlt man sich da. So gezittert wie in der Verhandlung habe ich noch nie. Wegen dem Strafmaß. Zugegeben habe ich alles, aber ich habe doch nicht mit dem Strafmaß gerechnet, mit einem Jahr vielleicht, aber mit drei? Zweieinhalb waren laut Staatsanwalt die unterste Grenze. –

V.: Wie wäre denn die oberste gewesen? – *Ullie:* Vier. – *C.:* Hast du versucht, dich auf eine bestimmte Weise darzustellen, zu sagen warum du das gemacht hast, oder war das einfach eine technische Verhandlung? – *Ulli:* Es ist eigentlich nur um den Fall gegangen. Zur Abschreckung ist wahrscheinlich gleich ein Jahr mehr dazugekommen ... Die haben mir überhaupt nichts geglaubt. Meine erste Aussage, die ich vor der Polizei gemacht hatte, war halt ein bißchen anders als die zweite. Dann haben sie sich natürlich für die erste entschieden. – *V.(zu Hans)* Und wie ist das in anderen Fällen? Hattest du z.B. das Gefühl, daß in der Verhandlung noch etwas zu ändern war? – *Hans:* Bei mir schon! Ich habe alles abgestritten, als ich reingegangen bin, und dann hat die Richterin gesagt, sie mache jetzt eine Pause, ich soll mich mit meinem Verteidiger absprechen, sie glaubt mir kein Wort von dem, was ich erzählt habe. Die anderen waren nämlich schon verurteilt, und die hatten das schon zugegeben, und es hätte keinen Sinn, wenn ich mich da rausreden wollte. Dann bin ich rausgegangen und habe mit dem Rechtsanwalt geredet. Und da sagte er, ich gehe nicht unter soundsoviel Jahren raus, wenn ich dabei bleibe. Ich sollte dann bloß reingehen und sagen, ich war dabei, ich gebe alles zu, und sonst gar nichts mehr. Das habe ich dann auch getan“. Die Interpretation der Verfasser: „Bei ihm liegt in der Verhandlung eine Marktsituation vor. Für soundso viel mehr Wahrheit, d.h. Übereinstimmung von gerichtlich festgestellten Fakten und seiner Aussage, wird ihm soundsoviel Strafe erlassen. Es geht um ein Geschäft. Das Verfahren gewinnt an Geordnetheit, wenn der Angeklagte Einsicht zeigt. Hans sieht ein, daß gehandelt wird, sonst nichts. Es geht um einen Kuhhandel mit der Wahrheit über sich und seine Zeit. Er wird in diesem Verfahren zum berechnenden Geschäftsmann erzogen, der eben nicht die Rechtmäßigkeit und Angemessenheit seiner Handlungen in der Vergangenheit und die Perspektiven seiner Zukunft überdenkt, sondern sein Verhalten in der Verhandlung nach dem zu erwartenden Strafmaß berechnet. Dies sollte kein Erziehungsziel einer Gerichtsverhandlung sein“. In diesen kurzen Interpretationen liegt auch die Schwäche. Sicherlich ist die Jugendgerichtsverhandlung keine Marktsituation, auch wenn der Anschein, daß die verhängte Strafe bei Geständnissen, ausführlicher Schilderung des Lebenslaufes unter Betonung von „unglücklicher Jugend“ usw., machmal niedriger ausfällt, dies nahelegen. – „*Albrecht:* Da muß man vorsichtig sein als Jugendlicher, da kannst du dich oft selber auf den Arsch legen. Beim erstenmal hab' ich es auch gemacht, hab' da fleißig mein Maul gewetzt, und das war gar nicht so gut“. – „*Jürgen*: Das regt mich auf, bei der Verhandlung, wenn er dann anfängt von meinem 10. Lebensjahr an, von meinem ersten Fahrrad-Diebstahl, fängt er an. Da liest er eine Stunde vor. Wen interessiert das? Keinen Menschen. Die brauchen mich bloß nicht zu nerven. Sagt er: ‚Ich muß zum drastischen Strafmaß greifen, wenn die Vorstrafen nichts genützt haben!‘ Der Idiot, woher möchte er das wissen, wenn ich gar nicht draußen war. Bin die ganze Zeit eingesperrt, sagt er: ‚Die Vorstrafe hat nichts genutzt!‘.“ Tauschhandel deshalb sicher nicht, weil es nichts zu handeln gibt, sondern eher darum, ob Unterdrückung von den Jugendlichen durch „Geständnis usw.“ akzeptiert wird oder nicht. Die Verfasser wenden sich gegen die Trennung von „pädagogischen“ und „materiellen“ Fragen. „Unklare, aber im Anspruch weitreichende Erziehungsziele werden dazu benutzt, das Bestehen einer erzieherischen Wirklichkeit vorzutäuschen, wo nicht einmal die praktischen Voraussetzungen dafür geklärt sind.“ Tatsächlich stellt sich dieser Widerspruch in dieser Form aber nicht, eher so, daß konkrete Forderungen, wie Bezahlung der Arbeit usw., weiter unterstützt werden müssen und Mangel an Theorie das vorherrschende ist.

Jugendstrafvollzug: Bei Arbeitsverweigerung in den Bunker

bil. „Jugendstrafvollzug soll durch seine nüchterne und sachliche Strenge die Sühnebereitschaft wecken. Die Erziehung erfordert eine feste Ordnung, eine gerechte, sachliche Behandlung, sowie eine einfache, doch nicht kalte Unterbringung und Lebenshaltung. Gegen einen Jugendlichen, der schuldhaft seine Pflichten verletzt, kann der Vollzugsleiter eine Hausstrafe verhängen.“ (Alle Zitate aus Kommentierung zum Jugendgerichtsgesetz und zur Jugendarrestvollzugsordnung). Hausstrafen sind die Beschränkung oder Entziehung des Lesestoffs, Verbot des Verkehrs mit der Außenwelt, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen und abgesonderte Unterbringung. 18673 Jugendliche waren 1978 in der Jugendstrafanstalt (1958: 10559); 120002 mal wurden Zuchtmittel verhängt (darunter fällt u.a. der Arrest); 34809 mal wurden Erziehungsmaßregeln verhängt (eine Form davon ist die Fürsorgeerziehung).

Der Vollzug selbst: Die neuen Anstalten haben Sichtblenden, d.h. die Außenwelt ist durch Beton- oder Stahlmauern vor den Fenstern abgeschirmt, oben kommt vielleicht entweder das Graue vom Himmel oder ein Sonnenstrahl rein. Stufe 1 – oder Eingangsstufe – heißt Einzelzelle, 23 Stunden am Tag, eine Stunde Hofgang. Dabei soll die Persönlichkeit des Jugendlichen erforscht werden. Stufe 2 – Vergünstigungsstufe – du darfst mit anderen zusammen arbeiten, Bilder an die Zellenwand hängen und Einkauf machen (Tabak und zusätzliche Lebensmittel). Stufe 3 – Gefördertenstufe – wenn der Jugendliche sich bewährt hat, bedeutet gemeinsames Mittag- und Abendessen, Arbeit im Freien, Teilnahme an Veranstaltungen außerhalb der Anstalt. Die Arbeit: Gezahlt wird in Zeitlohn, ca. 0,55 DM die Stunde; akkordähnliche Arbeit ist üblich. Stuhlfertigung. – „Ich glaub, wenn wir das draußen machen würden, dann täten da garantiert 1500 DM rausspringen ... Und die Überstunden, jeden Samstag Überstunden. um 5 Uhr fangen wir oft schon an. Jeder macht im Schnitt 15 Stühle am Tag.“

Auf Stufe 3 – da ist die Bezahlung höher – waren das bei 134,5 Stunden 82,03 DM. Oder Wäscheklammern auf der Einzelzelle? „Wir haben da so ein Brett, da sind zwei Nägel drin, und da tut man die Feder reinklemmen und dann die Stücke von der Klammer drauf. Heute hab' ich schon so 'ne Plastiktüte zerrissen, so einen Haß hab' ich gehabt. Weil, die sind nicht mehr reingegangen. Du mußt immer 60 Stück in die Plastiktüten reintun. 2000 Stück jeden Tag. Ich hab' zuerst Wäscheklammern gemacht, das hab' ich ne zeitlang gemacht und dann hab' ich's abgelehnt. Weil, ich bin doch kein Wahnsinniger und mach' Wäscheklammern, gell. Und außerdem wenn ich länger sitze, dann tut mir das Kreuz weh, das habe ich auch gesagt beim Strafrapport – weil, verstehst, ich bin dann deswegen – wegen Arbeitsverweigerung – auf Strafrapport gegangen.“ Oder Taucherbrillen zusammenbasteln, oder Klappschlangen basteln oder Fensterputzen, d.h. Hausarbeiten für die Anstalt machen. In der Jugendstrafanstalt Rockenberg sind von 161 Arbeitsplätzen 28 Ausbildungsstellen. Arbeitsverweigerung wird mit Hausstrafen belegt. Eine davon ist der „Bunker“, eine Einzelzelle, dunkel mit Matratze und sonst nichts. „Neulich bin ich in den Bunker runtergekommen, so mit Handschellen und alles, weil ich meine Zelle zusammengeschlagen habe. Da ist der Arzt runtergekommen. Da bin ich gleich auf ihn losgesprungen. Dann haben sie mich mit zwei Mann festgehalten, und er hat mir 'ne Spritze verpaßt, daß ich zusammengesackt bin. Und ein anderes Mal, da hab' ich auch die Zelle zerschlagen. Als die dann vor der Tür standen, vom stellvertretenden Chef bis zum Wachtel, da bin ich sofort raus und auf einen los, ich wollte den so an den Haaren packen in meiner Aufregung und so weiter. Und dann haben sie mich gepackt, und runtergebracht zum Bunker. Wehren hab' ich mich nicht mehr können, nur noch mit dem Kopf um mich hauen; ich hab' geschrien, sag' ich dir. Dann haben sie mich ausgezogen und verpackt, daß die Füße nicht mehr bewegen konnte. Und dann macht die Sau die Heizung an. Mein Gott, da ist mir das Wasser gelaufen, das gibt's gar nicht. Zwei Tage haben sie mich in Handschellen gelassen.“.



Arbeitsverweigerung und Arrest müssen bezahlt werden. Für strengen Arrest – Tee und Brot – werden 4,50 DM abgezogen; bei Arbeitsverweigerung der Tagesverdienst (zwischen 4 und 5 Mark). Der individuelle Aufstand ist der Alltag. Zusammenschluß der Jugendlichen ist schwierig. Es gibt die Altersunterschiede, Widersprüche zwischen Kurz- und Langstrafen, und ständige Verlegung von Gefangenen auf andere Stationen. Wesentlich ist, daß sich das Problem nicht *in* der Anstalt lösen läßt. Ende der 60ger Jahre – ausgehend von der Schüler- und Lehrlingsbewegung – war die bislang breiteste Bewegung gegen Fürsorgeanstalten mit Forderungen nach voller tariflicher Bezahlung der Arbeit, Wahl der Arbeitsplätze, zeitgemäßer Ausstattung der Werkstätten, Abschaffung von Prügelstrafen und Wahl von Sprechern. 1979 und 1980 Aktionen in den Jugendstrafanstalten Frankfurt-Höchst und Wiesbaden. In Wiesbaden machten die Jugendlichen 14 Tage einen Hungerstreik und verweigerten Mehrarbeit. Die Forderungen: Für besseres Essen und medizinische Versorgung, Ausbildungsmöglichkeiten, gegen willkürliche Freizeitsperren und Einzelhaft. Diese Aktionen haben immer die Sympathie und Unterstützung gehabt, aber nach wie vor ein Mangel besteht in der organisierten Unterstützung durch die Gewerkschaftsbewegung.

Brokdorf: Die Widersprüche in der SPD für die Aktionseinheit nutzen

wiv. Zwei Tage nach der Demonstration in Hamburg am 2.2. hat die NWK eine Pressekonferenz veranstaltet. Dort wurde angekündigt, daß sofort die Arbeiten im Rahmen der 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) fortgeführt würden. In etwa zwei Wochen rechne man mit der 2.TEG. Dann würde mit 1500 Arbeitern voll in den Weiterbau eingestiegen. Gleichzeitig hat sich die NWK nochmals vom HEW-Vorstand bestätigen lassen, daß dieser an der Beteiligung festhalte.

12-14000 Menschen hatten sich an der Demonstration beteiligt und durch den ,,Druck von der Straße'' den SPD-Sonderparteitag beflügelt, mit 198:157 *gegen* die weitere Beteiligung der HEW abzustimmen. Trotz der vorherigen verschiedenen Aufrufe zu getrennten Demonstrationen fand die Demonstration in der praktischen Aktion *einheitlich* statt. Man darf sich aber nicht täuschen: Die politische Uneinheitlichkeit war auch dort vorhanden und stellt sich auch jetzt noch als entscheidendes Hindernis im Aufbau der Front gegen das KKW Brokdorf. Teile der demokratischen Bewegung, vor allem die Spontis, hatten die gemeinsame Demonstration nicht aus positiven politischen Überlegungen heraus angestrebt, sondern um Deckung zu finden für ihre ,,praktischen Aktionen''. Auf Seiten der SPD- und DKP-Führung wird das benutzt werden, um künftig gemeinsame Aktionen von vornherein abzulehnen. Gefährlich wird die Lage, weil für die in Kollmar am 4.1. beschlossene Großdemonstration nach Baubeginn nach wie vor keine politische Plattform vorliegt, auf deren Grundlage eine einheitliche Vorbereitung möglich wäre.

Die bürgerlichen Parteiführungen haben sich mittlerweile gegen eine Großdemonstration ausgesprochen. Auf einem vom Stoltenberg angeleierten ,,Arbeitsessen'' haben sich die Fraktionsvorsitzenden der Landtagsparteien am vergangenen Donnerstag darüber verständigt. Daß die SPD-Führung kein Interesse an der Beteiligung hat, wird aus dem Schreiben an den Vorsitzenden der BUU Krempe deutlich, in dem Matthiessen und Jansen den von der BUU gemachten Vorschlag einer Podiumsdiskussion am 19.2. in der Ostseehalle anläßlich der SPD-Großveranstaltung rundweg ablehnen. Die Befürchtung einiger Teilnehmer der Vorbereitungskonferenz in Kollmar, einer SPD- ,,Profilierungskrise'' aufzusitzen, wird dankbar aufgegriffen, denn das zeige, ,,daß – aus welchen Gründen auch immer – der Dialog zwischen uns im Augenblick nur schwer möglich ist'' (aus dem Schreiben von Matthiessen vom 29.1.). Die Kernsätze des Schreibens aber sind: ,,Das Prinzip der Gewaltfreiheit ist, unabhängig auch von schlimmen persönlichen Erfahrungen Einzelner, das einzig legitime Widerstandsprinzip in einer demokratischen Gesellschaft'' und ,,Das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit als politisches Prinzip der Bürgerinitiativbewegung ist deshalb, so denken wir, auch Voraussetzung für jeden Sozialdemokraten, sich an einer solchen Großdemonstration zu beteiligen.''

Das bedeutet faktisch schon jetzt gegenüber der demokratischen Bewegung eine Absage an gemeinsame Vorbereitung der geplanten Großdemonstration nach Baubeginn. Für die eigenen Reihen der Sozialdemokraten ist das als Warnung gedacht, denn es gibt viele SPD-Mitglieder und Jusos, die sich an der Großdemonstration beteiligen wollen, und Juso-Vertreter haben an allen bisherigen Vorbereitungstreffen teilgenommen.

Mit den oben zitierten Positionen und auch mit dem Rücktritt von der Kandidatur als Spitzenkandidat zu den Landtagswahlen 1983 wird Matthiessen die heftigen Auseinandersetzungen in der SPD nicht unter Kontrolle bringen können. Und schon gar nicht mit dem zynischen Vorschlag Jansens, 1983 SPD zu wählen, und es würde keine weiteren Teilerrichtungsgenehmigungen für die Betreiber des KKW Brokdorf mehr geben, wenn die SPD dann regieren sollte. Soll man die NWK bis dahin etwa bauen lassen?

Diese Auseinandersetzung in der SPD (die verdeckter auch in der FDP stattfindet) muß von Seiten der demokratischen Bewegung gefördert werden mit dem Ziel, möglichst viele für die Großdemonstration und damit die konsequente Weiterführung des Kampfes gegen den Bau des KKW Brokdorf zu gewinnen. ,,Ausgrenzungen'' und Spaltungsversuche nützen nur den Betreibern und sind auch etwas grundsätzlich anderes als berechtigte Kritik und politische Auseinandersetzung mit dem Ziel der einheitlichen Aktion.

Günstig für die Fortführung des Kampfes ist die Entwicklung in den Gewerkschaften. Zur Demonstration am 2.2. hatten offiziell die IG Druck und Papier und die Gewerkschaftsjugend der GGLF Hamburg aufgerufen. Die Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei der Still GmbH hat die klammheimliche Befürwortung des Brokdorf-Abenteuers durch die IGM-Ortsverwaltung und den DGB Hamburg kritisiert und auf der großen Funktionärskonferenz am 30.1. die Durchführung der seit 2 Jahren angekündigten und immer wieder verschobenen Diskussion in den Gewerkschaften gefordert. Gleiches will der Vertrauensleutekörper der Ortmann und Herbst GmbH verlangen. Auch in der ÖTV lebt die Diskussion wieder auf (s. die Leserbriefe im ÖTV-Magazin 2/81).

Auf Seiten der demokratischen Bewegung laufen die Vorbereitungen für die geplante Großdemonstration in vielen Städten. 6 Kieler Initiativen veranstalteten am 7.2. eine Kundgebung, Aktionen im Falle der Erteilung der 2.TEG sind in Planung.

In Lübeck soll in der ,,Alternative'' am 13.2. ein Brokdorf-Film gezeigt werden, in der Ev. Studentengemeinde läuft mit Unterstützung der BI eine Gorleben-Ausstellung. Nach Bekanntgabe der 2.TEG soll in Lübeck eine Demonstration zur NWK durchgeführt werden.

Komplizierte Lage bei AStA-Bildung

ang. Noch in ihrem Wahlprogramm hatten die Jungsozialisten erklärt: ,,Die Jusos können und wollen nicht alleine den AStA stellen. Eine Politik ohne oder gegen die große Zahl unabhängiger Linker ist nicht sinnvoll.'' In der letzten Woche nun haben sie ein Flugblatt veröffentlicht, in dem sie eine Koalition mit den Fachschaftsgruppen der Universität ablehnen, und vertreten, eine ,,gedeihliche'' AStA-Arbeit sei von einem Juso-Minderheiten-AStA ohne Schwierigkeiten zu leisten. Was sich damit geändert hat, ist nicht die Auffassung der Juso-Hochschulgruppe als einheitliche, homogene Organisation. Nach wie vor gibt es die Kräfte, die mit den Fachschaftsgruppen eine Koalition bei der AStA-Bildung eingehen wollen. Sie sind aber gegenwärtig nicht in der Initiative und Führung bei der Juso-Hochschulgruppe.

AStA-Aktionsprogramm

Am Montag dieser Woche werden die Koalitionsverhandlungen fortgesetzt. Eine Delegation der Fachschaftsgruppen wird zur Mitglieder-Versammlung der Juso-HSG gehen und ihr ein Aktionsprogramm zur AStA-Arbeit unterbreiten. Es enthält die wichtigsten Aufgaben, die der AStA anpacken muß: 1. Weitere Maßnahmen gegen die Kürzung von Stellen und Mitteln durch Bundes- und Landesregierung. 2. Maßnahmen gegen die Studienverschärfungen über Studien- und Prüfungsordnungen, 3. einen Passus zur Wahrnehmung des politischen Mandats. Es wird den Jungsozialisten schwer fallen, sich von diesem Programm abzugrenzen, sie würden damit gegen ihre eigenen programmatischen Aussagen und vor allem gegen elementare Interessen der Studentenbewegung verstoßen.

Demokratie – Bevormundung

Different zwischen Jungsozialisten und Fachschaftsgruppen, aber auch innerhalb der Fachschaftsgruppen ist die Frage der Arbeitsprinzipien des AStA. Weil sie eine abgehobene Stellvertreterpolitik ablehnen und Schutz suchen vor der Bevormundung durch die Jusos, haben die Fachschaftsgruppen vorgeschlagen, die AStA-Referenten durch Arbeitsgruppen zu ersetzen, deren Delegierte dann die AStA-Beschlüsse mit fassen sollen. So verständlich und gerecht das Anliegen auch ist, so steckt in dem Konzept selbst doch der Wurm. – 1. widerspricht es den richtigen Prinzipien der studentischen Satzung, daß die AStA-Referenten rechenschaftspflichtig und von den Organen der Studentenschaft wählbar und abwählbar sind. Die Ar-

die Kürzung von Stellen und Mitteln durch Bundes- und Landesregierung. 2. Maßnahmen gegen die Studienverschärfungen über Studien- und Prüfungsordnungen, 3. einen Passus zur Wahrnehmung des politischen Mandats. Es wird den Jungsozialisten schwer fallen, sich von diesem Programm abzugrenzen, sie würden damit gegen ihre eigenen programmatischen Aussagen und vor allem gegen elementare Interessen der Studentenbewegung verstoßen.

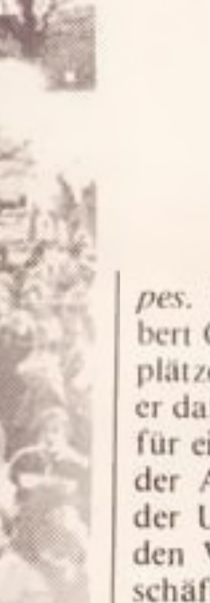
Demokratie – Bevormundung

Different zwischen Jungsozialisten und Fachschaftsgruppen, aber auch innerhalb der Fachschaftsgruppen ist die Frage der Arbeitsprinzipien des AStA. Weil sie eine abgehobene Stellvertreterpolitik ablehnen und Schutz suchen vor der Bevormundung durch die Jusos, haben die Fachschaftsgruppen vorgeschlagen, die AStA-Referenten durch Arbeitsgruppen zu ersetzen, deren Delegierte dann die AStA-Beschlüsse mit fassen sollen. So verständlich und gerecht das Anliegen auch ist, so steckt in dem Konzept selbst doch der Wurm. – 1. widerspricht es den richtigen Prinzipien der studentischen Satzung, daß die AStA-Referenten rechenschaftspflichtig und von den Organen der Studentenschaft wählbar und abwählbar sind. Die Ar-

beitsgruppen wären offene Gruppen, aber keine Organe der Verfaßten Studentenschaft. 2. könnten über dieses Konzept Kräfteverhältnisse im AStA erreicht werden, die dem Stimmenverhältnis der Wahl widersprechen, auch das hätte mit Demokratie nichts zu tun. – Dieses dem Anliegen nach richtige, der Methode nach aber falsche Konzept hat es den rechten Teilen der Jungsozialisten unnötig leicht gemacht, sich von der Koalition mit den Fachschaftsgruppen erst einmal abzuseilen.

Nicht die Einheit der Fachschaftsgruppen riskieren

Eine Koalition zwischen Jusos und Fachschaftsgruppen wäre sinnvoll, weil sie (basierend auf einem richtigen Aktionsprogramm) ein Schritt zur Überwindung der politischen Spaltung der Studentenbewegung zugunsten des einheitlichen Kampfes um die elementaren Interessen bedeutet. Dennoch stellt sie aber für die Fachschaftsgruppen, die durch ihren parteiunabhängigen Zusammenschluß dieses Ziel am stärksten verfolgen, ein Problem dar: Es gehört schon ein ziemlich dickes, vor allem ideologisch gefestigtes Fell dazu, im AStA zusammen mit den Jusos und in der Minderheiten-Position Politik zu machen. Teile der Fachschaftsgruppen meinen, sie haben dieses Fell, andere meinen, daß nicht. Es wäre nicht richtig, an dieser Frage die gewonnene Einheit der Fachschaftsgruppen auf's Spiel zu setzen. Falls an diesem Punkt keine Einigung zu erzielen ist, müßten die Fachschaftsgruppen ihre starke Position im Studentenparlament nutzen, um einen Juso-Minderheiten-AStA zu richtiger Politik zu kriegen. Gleichzeitig müssen sie Maßnahmen ergreifen, ihre Einheit und ideologisches Niveau aufzubauen.



Rüstungsproduktion sichert Extraprofite

pes. Im Sommer 1979 hatte sich Norbert Gansel gern als Retter der Arbeitsplätze bei HDW titulieren lassen, weil er dafür gesorgt habe, daß der Auftrag für eine Fregatte nach Kiel kommt. In der Auseinandersetzung um den Bau der U-Boote für Chile macht er jetzt den Vorschlag, HDW solle seine Geschäftspolitik ändern und weniger auf den Kriegsschiffbau als auf andere Produktionsbereiche setzen. So werden im Augenblick allerlei Standpunkte ins Feld geführt, um in der Debatte, ob Rüstungsproduktion Arbeitsplätze schaffe oder nicht, mitzumischen. Die Revisionisten tischen immer wieder Rechnungen auf, in denen sie vorführen, wieviele Schulen

Panzer Leopard 2 und das Minensuchsystem Troika Ähnliches.

Die Rüstungsproduktion ist für die Kapitalisten, die sie betreiben, ein lohnendes Geschäft. Schon 1978 hat Henke die Konzentration auf den Kriegsschiffbau forciert, weil ,,da noch Gewinne zu machen'' seien. Tatsächlich schließen die Werftkapitalisten große Teile ihres Handelsschiffbaus mit Verlusten ab, um im Markt zu bleiben. Ihre in diesem Jahr ausgeglichene Bilanz beschert HDW die U-Boot-Produktion. Nicht umsonst hat HDW im vorletzten Jahr die 100%-ige Beteiligung von Hagenuk gekauft, um direkt in der

12- bis 14000 beteiligten sich am 2.2. anläßlich des SPD-Sonderparteitages an der

der SPD- und DKP-Führung wird das benutzt werden, um künftig gemeinsame Aktionen von vornherein abzulehnen. Gefährlich wird die Lage, weil für die in Kollmar am 4.1. beschlossene Großdemonstration nach Baubeginn

und ,,Das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit als politisches Prinzip der Bürgerinitiativbewegung ist deshalb, so denken wir, auch Voraussetzung für jeden Sozialdemokraten, sich an einer solchen Großdemonstration zu

konsequente Weiterführung des Kampfes gegen den Bau des KKW Brokdorf zu gewinnen. ,,Ausgrenzungen'' und Spaltungsversuche nützen nur den Betreibern und sind auch etwas grundsätzlich anderes als berech-

werden, in der Ev. Studentengemeinde läuft mit Unterstützung der BI eine Gorleben-Ausstellung. Nach Bekanntgabe der 2.TEG soll in Lübeck eine Demonstration zur NWK durchgeführt werden.

Rüstungsproduktion sichert Extraprofite



12- bis 14000 beteiligten sich am 2.2. anläßlich des SPD-Sonderparteitages an der Demonstration gegen den Bau des KKW Brokdorf, zu der eine Reihe von politischen Organisationen und Gewerkschaftsgremien aufgerufen hatten.

In Hamburg hat der Vertrauensleutekörper der Firma Ortmann und Herbst (Metall) beschlossen: ,,Wir sind der Meinung, daß wir uns auch nach den bisherigen gewerkschaftlichen Positionen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf und den Ausbau der Kernenergie aussprechen müssen, weil: 1. diese Entscheidung für die vorrangige Verwendung der Kernenergie ist, 2. der weitere Weg für die Verwendung anderer Energieträger und Kraftwerkstypen von vornherein durch Schaffung vollendeter Tatsachen versperrt ist, 3. Hamburg heute schon zu 30% vom Atomstrom abhängig ist, 4. Hamburg trotzdem den höchsten Strompreis hat (...).''

pes. Im Sommer 1979 hatte sich Norbert Gansel gern als Retter der Arbeitsplätze bei HDW titulieren lassen, weil er dafür gesorgt habe, daß der Auftrag für eine Fregatte nach Kiel kommt. In der Auseinandersetzung um den Bau der U-Boote für Chile macht er jetzt den Vorschlag, HDW solle seine Geschäftspolitik ändern und weniger auf den Kriegsschiffbau als auf andere Produktionsbereiche setzen. So werden im Augenblick allerlei Standpunkte ins Feld geführt, um in der Debatte, ob Rüstungsproduktion Arbeitsplätze schaffe oder nicht, mitzumischen. Die Revisionisten tischen immer wieder Rechnungen auf, in denen sie vorführen, wieviele Schulen etc. man für ein U-Boot, einen Panzer etc. bauen könne, und wieviele Arbeitsplätze dadurch gesichert werden könnten. Teile des Betriebsrates der Werft und der Belegschaft sind der Meinung, man müsse den derzeitigen Stand der Rüstungsproduktion noch ausweiten.

Die Intensität dieser Debatte hat ihre reale Grundlage in der Tatsache, daß immer größere Bereiche der Metall- und Elektroindustrie in immer stärkere Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen kommen. Gerade in Kiel sind alle wichtigen Metallbetriebe zu großen Teilen als Rüstungsproduzenten tätig. MaK, HDW, Anschütz, Hagenuk, Radarleit, Sauer, um nur die größten zu nennen. Über 3500 Arbeiter sind in diesen Betrieben direkt im Rüstungsbereich tätig, alle Betriebe würden vor dem Bankrott stehen, wenn die Rüstungsaufträge gestrichen oder auch nur in nennenswertem Umfang gekürzt würden. Dies ist allgemein der reale Hintergrund für die Auffassung, Rüstungsindustrie sei unverzichtbar für die ,,Sicherung der Arbeitsplätze''. Konkret scheint die Entwicklung bei HDW diesse Auffassung zu bestätigen. Waren vor 4 Jahren knapp 600 Arbeiter im Werk Süd, wo die U-Boot-Fertigung stattfindet, beschäftigt, so hat sich deren Zahl heute fast verdoppelt. Betrug 1978 der Anteil der Kriegsschiffproduktion am Umsatz ca. 40%, so im letzten Geschäftsjahr 60%. Und allein der Auftragsbestand an Kriegsschiffen ist dieses Jahr si hoch wie im letzten Jahr der gesamte Umsatz, nämlich 1,027 Mrd. DM. Der Auftragsbestand an Handelsschiffen liegt gerade bei der Hälfte. Für die MaK gilt seit den Aufträgen für den Panzer Leopard 2 und das Minensuchsystem Troika Ähnliches.

Die Rüstungsproduktion ist für die Kapitalisten, die sie betreiben, ein lohnendes Geschäft. Schon 1978 hat Henke die Konzentration auf den Kriegsschiffbau forciert, weil ,,da noch Gewinne zu machen'' seien. Tatsächlich schließen die Werftkapitalisten große Teile ihres Handelsschiffbaus mit Verlusten ab, um im Markt zu bleiben. Ihre in diesem Jahr ausgeglichene Bilanz beschert HDW die U-Boot-Produktion. Nicht umsonst hat HDW im vorletzten Jahr die 100%-ige Beteiligung von Hagenuk gekauft, um direkt in der Produktion von Schiffselektronik beteiligt zu sein und ist mit 50% in eine Beteiligungsgesellschaft für die Ersatzteillieferung und -fertigung für Kriegsschiffe eingestiegen.

Die Profite in der Rüstungsindustrie sind durch den Staat, der Auftraggeber ist, gesichert. Die krisenhafte Entwicklung des Kapitals hat die Konzentration bestimmter Industriezweige auf die Rüstung beschleunigt, und es bringt nichts, das leugnen oder wegrechnen zu wollen, nur um sich dem Problem nicht zu stellen.

Diese Tatsachen zwingen aber überhaupt nicht in eine Allianz mit den Kapitalisten um den Ausbau dieses Produktionsbereichs, wie es einige Betriebsräte der HDW für nötig halten. Mit der Rüstungsproduktion verhält es sich prinzipiell nicht anders als mit anderen Produktionsbereichen. Die Kapitalisten setzen dort ihr Kapital ein, wo es höchsten Profit verspricht, andere Bereiche liegen brach und dort wird Kapital vernichtet, wie es ja auch gerade HDW mit den Stillegungen von 3 Betriebsstätten und der Entlassung von 3000 Arbeitern und Angestellten seit 1975 vorgeführt hat.

Der politische Kampf gegen die Rüstungsproduktion und insbesondere für das Verbot von Rüstungsexport macht es deshalb unbedingt erforderlich, diese gesetzmäßigen Entwicklungen im Kapitalismus aufzuzeigen und anzugreifen, denn auf diesen Kampf zu verzichten, weil er den Kapitalisten Profitmöglichkeiten nimmt und dies Arbeitsplätze gefährdet, ist nicht richtig.

,,Nie wieder Faschismus'' – aber wie?

jos. Ungefähr 300 Menschen waren der Einladung des Arbeitskreises ,,Asche-Prozeß'' zu einer Veranstaltung im Legienhof gefolgt, die unter dem Motto ,,Nie wieder Faschismus – Nie!'' stand.

Die Mitarbeiter des Arbeitskreises, u.a. Volksfront und der Verein für christlich-jüdische Zusammenarbeit, haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit auch über den ,,Asche-Prozeß'' hinaus über die Nazi-Verbrechen und den Faschismus aufzuklären.

Hauptreferentin war Beate Klarsfeld, die über ihre Aktionen berichtete, die dazu verhalfen, daß Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und verurteilt wurden. Ihre Vorgehensweise ,,mit einem kleinen Skandal einen großen Skandal aufdecken'' hat sie oft selbst ins Gefängnis gebracht; in jedem Fall aber wurde die verbrecherische Vergangenheit der betreffenden Nazis öffentlich. Ein wenig Propaganda für ,,die bedingungslose Anerkennung Israels'' konnte sie sich nicht verkneifen, ebenso wie der ihr nachfolgende Redner, Arie Goral, Prozeßberichterstatter für den Zentralrat der Juden in Deutschland. Israel bildete aber nicht den Schwerpunkt seiner Ausführungen, er wies vielmehr auf die Vernebelung und Leugnung der deutschen Vergangenheit in der Öffentlichkeit der BRD hin. Da ist die Vergnügungsindustrie, die Hitler und die faschistische Ideologie in Musicals, Operetten und Filmen kommerzialisiert und über diese Art der Kultur Geschichtsfälschung betreibt. In diesen Zusammenhang stellte Goral auch den Fassbinder-Film ,,Lilli Marleen''.

Die folgenden Diskussionsbeiträge zeigten im wesentlichen in Beispielen (Dönitz-Beerdigung, NPD-Veranstaltungen usw.), daß die Saat der faschistischen Vergangenheit in der BRD noch eine gute Muttererde gefunden hat. Das war das Fazit der Veranstaltung. Zur Erklärung des Faschismus und wie er bekämpft werden kann, kam es nur in geringen Ansätzen.

Lübeck: Studenten boykottieren Klausur „Rechtsmedizin"



maj. Mit einer Demonstration durch das Gelände der Medizinischen Hochschule Lübeck (MHL) protestierten am 30.1. ca. 80 Studenten unter Führung ihres AStA gegen den Versuch von Professor Pribilla, in seinem Kursus „Rechtsmedizin und Arztrecht" Klausuren einzuführen und von ihnen den Nachweis über den erfolgreichen Besuch des Kurses abhängig zu machen (bislang genügte die Teilnahme). Zuvor hatten 95 der 120 Kursteilnehmer die erste angesetzte Klausur am 23.1. boykottiert. Immer entschiedener wehren sich die Studenten gegen die verschiedenen Vorstöße neuer Ausbildungsordnungen, mit denen durch ein Mehr an Klausuren in Wahrheit die wissenschaftliche Verarbeitung der Lehrveranstaltungen unterdrückt wird, weil ein immer größerer Teil des Studiums zur Vermittlung bloßer Lehrsätze und bloßen Formelwissens verkommt. Das Fach Rechtsmedizin, bei dem es z.B. um die Verbindung medizinischer Diagnose und polizeilicher Ermittlungen geht, verlangt jedoch kritische Untersuchung und Forschung, und auch der soziale und politische Standpunkt ist nicht unerheblich. Pribilla will in den Klausuren seine eigenen Standpunkte gelernt sehen. Wären die nicht reaktionär, müßte er die wissenschaftliche Auseinandersetzung nicht fürchten.

Protestaktionen der Bauern am 14. Februar

CDU-Landesregierung lockt mit Liquiditätshilfe / SPD-Bahr appelliert an das Privateigentum

gej. Am 14. Februar führen die Bauern zusammen mit dem Landmaschinenhandel und -handwerk Protestaktionen in ganz Schleswig-Holstein durch. Geplant ist u.a. eine Großkundgebung in Rendsburg sowie Flugblattaktionen in Kiel und Neumünster. Gefordert wird die Anhebung der Vorsteuerpauschale um ein Prozent und vor allem die Erhöhung der Erzeugerpreise um 10%.

Wie ist die Lage der Bauern in Schleswig-Holstein?

1949 gab es 54226 Betriebe über 2ha/LF. Ihre Zahl ist bis Ende 1979 um 55,6% auf 30289 Betriebe zurückgegangen. 24837 Betriebe bis 20 ha/LF haben aufgegeben, die kleinen und mittleren Betriebe weisen auch die höchste Schuldenlast – durchschnittlich 4500 DM/Ha LF auf. Um mindestens 20% ist das Einkommen der Bauern in Schleswig-Holstein zurückgegangen (Wirtschaftsjahr 1979/80), bei ständig steigenden Betriebsmittelkosten; so haben die Düngermittelkonzerne Anfang dieses Jahres eine Preiserhöhung für Stickstoffdünger um 6,5% angekündigt. Landmaschinenreparatur- und Handelsbetriebe weisen für 1980 einen Umsatzrückgang von 12% auf, weil vielen Bauern das Geld fehlt, eine Werkstattreparatur vorzunehmen oder eine neue Maschine zu kaufen.

-Wie verhalten sich die bürgerlichen Parteien zu den Forderungen der Bauern? Die CDU-Landesregierung versucht, die Proteste der Bauern abzudämpfen durch eine jüngst beschlossene Liquiditätshilfe in Höhe von 1,4 Mio. DM im Haushaltsjahr 1981. Eine eingeräumte Zinsverbilligung von 7% bei Betrieben bis zu einem Wirtschaftswert von 60000 DM greift die Tatsache auf, daß viele Landwirte ihre schwierige Situation nur durch verstärkte Kreditaufnahme überbrücken können. Abgesehen davon, daß für viele verschuldete Höfe die ‚Finanzspritze' zu spät kommt, die Auszehrung der kleinen und mittleren Betriebe wird nur verlängert bzw. die Schuldknechtschaft bei den Banken nur noch tiefer. Auf einer Mitgliederversammlung des Bezirksbauernverbandes Quern-Steinberg mit dem zuständigen Bundestagsabgeordneten Egon Bahr bemerkte ein jüngerer Bauer, daß er fast täglich feststellen müsse, nach 12- bis 15stündiger Arbeit wieder ein gutes Stück ärmer geworden zu sein durch die hohe Zinsbelastung. Egon Bahr hielt dem Bauern entgegen: „Wir sind an die Grenzen des Wachstums gestoßen", und appellierte, nicht den Wert des Eigentums und der Selbständigkeit – der nicht mit Geld zu bezahlen sei – zu unterschätzen.

Was ist von dem Wert des Eigentums zu halten?

Die bürgerlichen Parteien sowie die großbäuerliche Führungsspitze des Bauernverbandes bringen den „Wert des Eigentums" ins Spiel als ideologische Fessel, um die Bauern davon abzuhalten, das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu suchen, für die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einzutreten und die kollektive Bewirtschaftung der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen. Niemand wird die Erkenntnis bestreiten können, daß der kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betrieb dem Großbetrieb ökonomisch unterlegen und im Kapitalismus dem Untergang geweiht ist. Wenn wir uns zu den Forderungen der Bauern verhalten, müssen wir dabei im Auge behalten, daß wir „nie und nimmermehr den Parzellenbauern die Erhaltung des Einzeleigentums und des Einzelbetriebes gegen die Übermacht der kapitalistischen Produktion versprechen (können)'. (Engels, Zur Bauernfrage, S. 65)

Wie verhalten wir uns zu den Preisforderungen der Bauern?

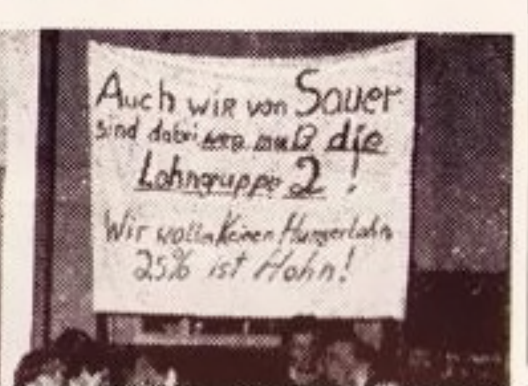
Für die kleinen und mittleren Bauern ist die Durchsetzung der jetzigen Preisforderungen von 10% oft eine Frage der Existenz, nämlich dann, wenn bei niedrigeren Preiserhöhungen die Kosten für die Reproduktion der Familien nicht mehr gedeckt wird. Eine wirksame Erhöhung der Erzeugerpreise wird den kleineren Bauern auch nützen, sie wird nur nicht grundlegend seine Lage ändern. Dies gilt es in der Argumentation klar zu machen, so können wie die Preisforderungen unterstützen.

Proteste gegen Lohngruppe 2 bei DeTeWe Rendsburg

jöf. Mit einer Protestveranstaltung während der Arbeitszeit haben am Donnerstagnachmittag 300 Beschäftigte der DeTeWe (Deutsche Telefonwerke) in Rendsburg auf die Nachricht geantwortet, daß die schleswig-holsteinischen Metallkapitalisten Verhandlungen über die Streichung der Lohngruppe 2 grundsätzlich ablehnen.

DeTeWe beschäftigt zum großen Teil Frauen. Diese machten während der Versammlung aus ihrer Empörung keinen Hehl und erklärten: „Unsere Geduld ist zu Ende!". Das Angebot des Arbeitgeberverbandes für die angelaufene Tarifrunde in Höhe von 2,5 Prozent, was für die Frauen in Lohngruppe 2 im Monat 24 DM mehr bringen würde, wurde hart kritisiert. Damit würde ja nicht einmal die Preissteigerungsrate von im Januar 6,1% aufgefangen. Der DGB-Kreisvorsitzende Horst Kahl forderte die Beschäftigten auf, unnachgiebig zu bleiben und auch eventuellen Einschüchterungsversuchen standzuhalten. Alle Gewerkschafter des Kreises sollten sich mit den DeTeWe-Kolleginnen solidarisieren. IG-Metall-Bezirkssekretär Teichmüller, Hamburg, erklärte, die Verhandlungskommission werde der Tarifkommission in der nächsten Woche empfehlen, das Scheitern dieser Verhandlungen zu erklären.





Besetzungen sind nur der vorgeschobenste Punkt

reh. Eine Veranstaltung zur Hausbesetzung und Wohnraumversorgung in Kiel wurde in der vergangenen Woche von ca. 80 Leuten besucht. Das ist nicht viel angesichts der Tatsache, daß in Kiel 4200 Familien und Einzelpersonen mit Anspruch auf Sozialwohnungen als wohnungssuchend gemeldet sind und die Zahl der Wohnungssuchenden insgesamt bei 10000 liegen dürfte, daß somit gut 10% der Kieler Bevölkerung an der Jagd nach Wohnraum beteiligt ist. Hinzu kommen tausende, die sich gegen Mieterhöhungen und Verfallenlassen ihrer Wohnungen in Auseinandersetzungen mit Haus- und Wohnungsbesitzern befinden.

Das der schreiende Widerspruch zwischen katastrophaler Wohnraumversorgung und zu Spekulationszwecken leerstehender Häuser zur Instandbesetzung des Sophienhofes führte, wird von großen Teilen der Volksmassen als selbstverständlich angesehen. Daß diese Besetzung noch der einzige Kampfschritt der zahlreichen und vielfältigen Bewegungen gegen die Wohnungsmisere blieb, ist für die Verantwortlichen der Stadt und die bürgerliche Presse Gelegenheit, die Aus-

zu den umfassenden Wohnungsproblemen wollte er rauslassen, stattdessen magere Ausführungen zu dem Sanierungsgebiet südliche Innenstadt und dem besetzten Haus, die mit der Feststellung endeten: Wäre der Bestand von 1970 noch gegeben, könne man über die Erhaltung vorhandener Bausubstanz noch reden, bei den verbliebenen vier Wohnhäusern (ganze Straßenzüge sind schon erfolgreich einplaniert) sei das aber zwecklos. Er wäre für Abriß.

Anders dagegen der Vorsitzende des Haus- und Grundeigentümervereins, Greve, der sich zum Anwalt der Mieter aufspielte: Besetzung löse keines der Probleme, ein Grundübel sei, daß zuwenig Neuwohnungen gebaut würden. Staat und Gemeinnützige Gesellschaften würden erheblichen Grundbesitz der Bebauung vorenthalten. Er müsse unbedingt dem Markt zurückgegeben werden, damit die Initiative privater Eigentümer sich entfalten könne. Die Forderung seines Verbandes nach Liberalisierung des Mieterschutzes verschwieg er, gab sich ganz wie der Wolf im Schafspelz, ließ sich auch schon mal, ohne sichtliche Reaktion, die An-

gen das Grundgesetz, welches das Recht auf Eigentum garantiere. Wer dieses Recht antasten wolle, solle gleich sagen,daß er das Grundgesetz ändern wolle. Er würde jedenfalls fest auf dem Boden der Verfassung stehen – was in der Versammlung eigentlich nur ein Vertreter der DKP anzweifelte.

Was im Verlauf der Veranstaltung deutlich wurde: Zur Durchsetzung der Interessen der Volksmassen nach bezahlbarem und ausreichendem Wohnraum bei zumutbarer Wohnlage, wird immer dringender der Zusammenschluß der verschiedenen Initiativen und Bewegungen hin auf gemeinsame Forderungen und Aktionen. Die Voraussetzungen dazu sind gegeben, insbesondere deshalb, weil die Gewerkschaften in stärkerem Umfang diese Probleme aufgreifen. „Bund, Länder und Gemeinden haben die Pflicht, dieses Recht (menschenwürdiges Wohnen) durch eine entsprechende Wohnungspolitik für jeden zu sichern, weil eine Wohnungswirtschaft nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Forderung nach sozialer Ge-

ren sich die Studenten gegen die verschiedenen Vorstöße neuer Ausbildungsordnungen, mit denen durch ein punkte gelernt sehen. Wären die nicht reaktionär, müßte er die wissenschaftliche Auseinandersetzung nicht fürchten. kaufen. -Wie verhalten sich die bürgerlichen Parteien zu den Forderungen der Bau- tums zu halten? Die bürgerlichen Parteien sowie die großbäuerliche Führungsspitze des Bauernverbandes bringen den „Wert wird nur nicht grundlegend seine Lage ändern. Dies gilt es in der Argumentation klar zu machen, so können wie die Preisforderungen unterstützen.

Proteste gegen Lohngruppe 2 bei DeTeWe Rendsburg

jöf. Mit einer Protestveranstaltung während der Arbeitszeit haben am Donnerstagnachmittag 300 Beschäftigte der DeTeWe (Deutsche Telefonwerke) in Rendsburg auf die Nachricht geantwortet, daß die schleswig-holsteinischen Metallkapitalisten Verhandlungen über die Streichung der Lohngruppe 2 grundsätzlich ablehnen.

DeTeWe beschäftigt zum großen Teil Frauen. Diese machten während der Versammlung aus ihrer Empörung keinen Hehl und erklärten: „Unsere Geduld ist zu Ende!". Das Angebot des Arbeitgeberverbandes für die angelaufene Tarifrunde in Höhe von 2,5 Prozent, was für die Frauen in Lohngruppe 2 im Monat 24 DM mehr bringen würde, wurde hart kritisiert. Damit würde ja nicht einmal die Preissteigerungsrate von im Januar 6,1% aufgefangen. Der DGB-Kreisvorsitzende Horst Kahl forderte die Beschäftigten auf, unnachgiebig zu bleiben und auch eventuellen Einschüchterungsversuchen standzuhalten. Alle Gewerkschafter des Kreises sollten sich mit den DeTeWe-Kolleginnen solidarisieren. IG-Metall-Bezirkssekretär Teichmüller, Hamburg, erklärte, die Verhandlungskommission werde der Tarifkommission in der nächsten Woche empfehlen, das Scheitern dieser Verhandlungen zu erklären.



Abschaffung der Lohngruppe 2 und ein neues Angebot der Kapitalisten forderten 450 Metaller am Donnerstag in Neumünster.

Besetzungen sind nur der vorgeschobenste Punkt

reh. Eine Veranstaltung zur Hausbesetzung und Wohnraumversorgung in Kiel wurde in der vergangenen Woche von ca. 80 Leuten besucht. Das ist nicht viel angesichts der Tatsache, daß in Kiel 4200 Familien und Einzelpersonen mit Anspruch auf Sozialwohnungen als wohnungssuchend gemeldet sind und die Zahl der Wohnungssuchenden insgesamt bei 10000 liegen dürfte, daß somit gut 10% der Kieler Bevölkerung an der Jagd nach Wohnraum beteiligt ist. Hinzu kommen tausende, die sich gegen Mieterhöhungen und Verfallenlassen ihrer Wohnungen in Auseinandersetzungen mit Haus- und Wohnungsbesitzern befinden.

Das der schreiende Widerspruch zwischen katastrophaler Wohnraumversorgung und zu Spekulationszwecken leerstehender Häuser zur Instandbesetzung des Sophienhofes führte, wird von großen Teilen der Volksmassen als selbstverständlich angesehen. Daß diese Besetzung noch der einzige Kampfschritt der zahlreichen und vielfältigen Bewegungen gegen die Wohnungsmisere blieb, ist für die Verantwortlichen der Stadt und die bürgerliche Presse Gelegenheit, die Auseinandersetzung auf die Besetzung zu konzentrieren und mit gezielten Provokationen, Verfolgung und Hetze die Besetzer zu isolieren.

Dieses Konzept verfolgend, trat auch der Kieler Wohnungsdezernent Lüth auf der Veranstaltung auf. Nichts zu den umfassenden Wohnungsproblemen wollte er rauslassen, stattdessen magere Ausführungen zu dem Sanierungsgebiet südliche Innenstadt und dem besetzten Haus, die mit der Feststellung endeten: Wäre der Bestand von 1970 noch gegeben, könne man über die Erhaltung vorhandener Bausubstanz noch reden, bei den verbliebenen vier Wohnhäusern (ganze Straßenzüge sind schon erfolgreich einplaniert) sei das aber zwecklos. Er wäre für Abriß.

Anders dagegen der Vorsitzende des Haus- und Grundeigentümervereins, Greve, der sich zum Anwalt der Mieter aufspielte: Besetzung löse keines der Probleme, ein Grundübel sei, daß zuwenig Neuwohnungen gebaut würden. Staat und Gemeinnützige Gesellschaften würden erheblichen Grundbesitz der Bebauung vorenthalten. Er müsse unbedingt dem Markt zurückgegeben werden, damit die Initiative privater Eigentümer sich entfalten könne. Die Forderung seines Verbandes nach Liberalisierung des Mieterschutzes verschwieg er, gab sich ganz wie der Wolf im Schafspelz, ließ sich auch schon mal, ohne sichtliche Reaktion, die Anrede „Schwein" und ähnliches bieten. Als dann Debattenredner seine Manöver angriffen und die Forderung nach Verstaatlichung von Grund und Boden bei gleichzeitig stärkeren Kontrollrechten des Volkes gegenüber den bürgerlichen Staatsorganen aufwarfen, war es um seine Ruhe geschehen. Das sei gegen das Grundgesetz, welches das Recht auf Eigentum garantiere. Wer dieses Recht antasten wolle, solle gleich sagen,daß er das Grundgesetz ändern wolle. Er würde jedenfalls fest auf dem Boden der Verfassung stehen – was in der Versammlung eigentlich nur ein Vertreter der DKP anzweifelte.

Was im Verlauf der Veranstaltung deutlich wurde: Zur Durchsetzung der Interessen der Volksmassen nach bezahlbarem und ausreichendem Wohnraum bei zumutbarer Wohnlage, wird immer dringender der Zusammenschluß der verschiedenen Initiativen und Bewegungen hin auf gemeinsame Forderungen und Aktionen. Die Voraussetzungen dazu sind gegeben, insbesondere deshalb, weil die Gewerkschaften in stärkerem Umfang diese Probleme aufgreifen. „Bund, Länder und Gemeinden haben die Pflicht, dieses Recht (menschenwürdiges Wohnen) durch eine entsprechende Wohnungspolitik für jeden zu sichern, weil eine Wohnungswirtschaft nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht entsprechen kann. Die Deckung des Wohnbedarfs für die Bevölkerungskreise mit geringerem Einkommen zu tragbaren Mieten und Belastungen muß bei der Durchführung von Wohnungsbauprogrammen Vorrang erhalten." (Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms).

Erneute Aktionen der IGM gegen Lohngruppe 2

pes. Am Donnerstag organisierte die IGM in mehreren Betrieben in Schleswig-Holstein Warnstreiks für die Abschaffung der Lohngruppe 2. Auf einer Veranstaltung in Kiel erklärte Otto vom Steeg, nur mit solchen Aktionen könne der Druck kommen, um die Arbeitgeber zu zwingen, mit einem verhandlungsfähigen Angebot an den Tisch zu kommen. Nach Mitteilungen der IGM beteiligten sich 2250 Arbeiterinnen und Arbeiter an den Streikaktionen. Gleichzeitig wurde aber in einigen Betrieben Streik verhindert. Bei Hagenuk hatten die Kollegen seit längerem einen Streik vorbereitet. Mehrere Kolleginnen sind in die Gewerkschaft eingetreten, wollen aber jetzt aus Enttäuschung wieder raus. Ende des Monats wird die Tarifkommission weitere Kampfschritte beraten.

Nulltarif in Kindergärten? Nur mehr Bürokratie!

jöf. Alle städtischen Gebühren werden in Kiel von der Ratsversammlung (SPD-Mehrheit) seit Jahren sukzessive erhöht – mit Ausnahme der Gebühren für die städtischen Kindergärten. Hier soll schrittweise ein „Nulltarif" erreicht werden – Senkung der Unterbringungsgebühren, Erhöhung der Zuschüsse der Stadt. Wie dieser sogenannte Nulltarif aussieht, erfahren jetzt die Eltern der Tagesstätte für Studentenkinder (ein Verein), die ihre bisherige Gebührensatzung außer Kraft setzten und sich der Gebührenordnung der Stadt Kiel anschlossen. Als Gegenleistung stockte die Stadtverwaltung die Zuschüsse auf. Anstatt bisher drei Beitragshöhen gibt es jetzt über zehn, nach Einkommen gestaffelt. Von 33 Eltern, die vor und nach der Beitragsumstellung im Kindergarten waren, zahlen 20 weniger als vorher, 13 dagegen mehr. Das Beitragsaufkommen dieses vergleichbaren Teils der Mitgliedschaft sinkt gerade von 7923 auf 7090 DM, mithin um knapp 11 Prozent. Übersteigt das Familieneinkommen (abzüglich der Miete) 3000 DM, und ist nur ein Kind im Kindergarten, ist der Höchstbeitrag von 290 DM fällig. Wenn die jährlich regelmäßigen Zuschußerhöhungen der Stadt ausbleiben, dann bleibt auch die Beitragstabelle nach Einkommen unverändert bestehen – und ab dann wirkt die Tabelle wie eine Lohnsteuerformel, d.h. die Gebühren würden sich automatisch, ohne extra Beschluß der Ratsversammlung, mit jeder Gehaltserhöhung auch erhöhen.

Arzt am Landeskrankenhaus gekündigt

wiv. Angeblich wegen „Störung des Arbeitsfriedens" ist dem Arzt Klaus Pramann am psychiatrischen Landeskrankenhaus (LKH) Schleswig-Stadtfeld zum 31.März gekündigt worden. Pramann ist Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und gilt als entscheidender Unterstützer der Patientenzeitung „Der Ausblick", in deren Untertitel es heißt: „Unabhängige Zeitung entmündigter, aber nicht mundtoter Patienten". In der Zeitung, die in der BRD nahezu ohne Beispiel ist, wird vor allem über die Mißstände am LKH berichtet und insgesamt die Behandlung Unmündiger kritisiert. Um die Zeitung und deren Einstellung geht es auch dem Sozialministerium. Bei ihrem ersten Erscheinen war sie noch als „sinnvolle Freizeitbeschäftigung" bezeichnet worden. Genau diese Einschätzung ist von den Redakteuren angegriffen worden. Sie wollen mit Hilfe der Zeitung ihre *Interessen* vertreten, was von Ärzten wie Pramann unterstützt wird und dem Sozialministerium ein Dorn im Auge ist. Die Rücknahme der Kündigung wird bereits vielfach gefordert.

Veranstaltungskalender

Dienstag, 10.2. und Donnerstag, 12.2.
Vereinigung für revolutionäre Volksbildung (VRV):
Kostenlose Deutschkurse für Ausländer, Grundstufe I
jeweils von 16.00 - 18.00 Uhr, Treffpunkt: Cafeteria (Mensa I)

Sonntag, 15.2.
Musik- und Theatergruppe der VRV: Erarbeitung und Probe von Liedern und einem Sketch zu Brokdorf
20.00 Uhr, „Kaiser Friedrich" (Wilhelmsplatz) im Stübchen

Freitag, 13.2.
Kunstgruppe der VRV: Übungen zur Anatomie
17.00 Uhr, Foyer (Ausstellungsraum) der UB

Helmut Schlüter gestorben

jöf. Ende Januar starb in Kiel Helmut Schlüter im Alter von 60 Jahren, führendes Mitglied der DKP. Eine wichtige Rolle in Kiel spielte sein Einsatz an der Spitze der spontanen Arbeitsniederlegung bei den Kieler Howaldtswerken im Herbst 1969, in der Phase der Septemberstreiks. Entgegen den Anordnungen der DKP-Führung, unter keinen Umständen in einem nicht-gewerkschaftlichen Streik Verantwortung zu übernehmen, ließ er sich in die Streikleitung wählen. Gefordert wurde Angleichung an Hamburger HDW-Löhne (plus 38 Pfennig). Der Streik endete als Teilerfolg. Die DKP stellte Schlüter kurz danach in den Kommunalwahlen und folgenden Wahlen penetrant als Kopf der DKP-geführten Arbeiterschaft hin. Dabei sind ihm seine Kollegen und die Arbeiterbewegung nicht mehr gefolgt.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04;verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Wohngeld – ein Beitrag zur sozialen Sicherheit?

Die gesetzlichen Grundlagen der Wohngeldzahlung

cab./cld. ,,Gerade in schwierigen Zeiten hat sich das Wohngeld bewährt und einen verläßlichen Beitrag zur sozialen Sicherheit in unserem Lande geleistet.'' (Der ehemalige Bundesminister Ravens in ,,Wohngeld '78''). Und an anderer Stelle: ,,Haben Sie keine Angst vor den Wohngeldformularen. Die örtlichen Wohngeldstellen helfen Ihnen beim Ausfüllen.'' (Vorwort in der Wohnfibel der Bundesregierung 1980). In der Tat müssen umfangreiche Anträge und Formulare für einen Wohngeldantrag ausgefüllt werden. Einkommenbescheinigung, Rentenbescheinigung, Mietbescheinigung, Meldeschein u.ä. müssen vorgelegt werden. Bohrende Fragen nach anderen ,,Einkommensquellen'', nach ,,Möglichkeiten'' bei Verwandten, Untermietern, durch eventuelle Nebenarbeiten, zusätzliche Renten usw. schließen sich an.

1978 hatten wir in einem Artikel resümiert:,,Ob das Wohngeld nun finanzielle Besserung bringt oder nicht, der bürgerliche Staat schafft sich damit Möglichkeiten, die Volksmassen auszuhorchen und zu bespitzeln.'' Zweifellos ist diese Feststellung begründet. Hat die Vergabe von Wohngeld bei aller ihr innewohnenden Ungerechtigkeit usw. nicht aber auch positive Auswirkungen? Diese Untersuchung soll der Klärung dieser Frage dienen.

Für einen großen Teil der Bevölkerung reichen Löhne, Gehälter, Arbeitslosengeld oder Rente nicht, um grundlegende Bedürfnisse, wie das nach einer angemessenen Wohnung, zu befriedigen. Daß am 31.12.1978 in der BRD und Westberlin 1548900 Haushalte Wohngeld bezogen, ist ein Ausdruck der Armut, in der ein Teil der Bevölkerung leben muß, ist sogar staatlich anerkannte Armut. Etwa in Dortmund wurde 1978 in 40429 Fällen Wohngeld bewilligt, an Haushalte, die ohne staatliche Unterstützung ihre Wohnung nicht bezahlen können. Das ganze Ausmaß der Armut ist dabei nicht erfaßt: wie viele haben gar keinen Wohngeldantrag gestellt, wie viele sind nicht anspruchsberechtigt, obwohl bei ihnen das Geld vorne und hinten nicht reicht.

Wohngeld ist ein ,,Zuschuß zu den Aufwendugen für den Wohnraum'' (§ 1 Wohngeldgesetz – WoGG). An 93,9% aller Wohngeldempfänger wird ein Zuschuß zur Miete gezahlt, an 6,1% ein Zuschuß zu den Belastungen für ihre Eigentumswohnung oder ihr Eigenheim. Anspruch auf Wohngeld hat nur der, dessen (Familien-) Einkommen bestimmte Höchstgrenzen, die nach der Familiengröße gestaffelt sind, nicht überschreitet. Wer mit seinem Einkommen über diesen Höchstbeträgen liegt, hat unabhängig von der Höhe seiner Miete keinen Anspruch auf Wohngeld.

Bei der Errechnung des maßgeblichen Familieneinkommens werden vom Bruttoeinkommen der Familie Abschläge gemacht für Werbungskosten (§ 12 WoGG), für Kinder in Höhe des Kindergeldes (§ 15 WoGG) und für besondere Personengruppen, wie z.B. Opfer des Nazi-Regimes (§ 16 WoGG). Seit 1974 werden ,,Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen'' abgesetzt (§ 12 a WoGG). Außerdem wird noch ein allgemeiner Freibetrag abgezogen (§ 17 WoGG), der 1971 bis 1973 einen Anteil von 20% des Einkommens ausmachte. 1974 bis 1977 betrug der Anteil 30% und seit 1978 liegt er bei mindestens 15% (z.B. bei Rentnern). Sozialversicherungs-oder Steuerpflichtigen (z.B. Beamte und Selbständige, aber auch Bezieher von Arbeiteslosengeld) werden mit 22,5% veranschlagt und sozialversicherungs- und steuerpflichtige Wohngeldempfänger liegen bei 30%.

Für einen alleinstehenden Rentner ist die Einkommensgrenze, bis zu der er noch einen Anspruch auf Wohngeld hat, von 1971 bis 1980 nur um 20% gestiegen; für einen Zwei-Personen-Rentner-Haushalt ist sie etwa um 24% gestiegen.

Für einen alleinstehenden Arbeitslosen wurde die Einkommensgrenze um 31,6% erhöht. Für Lohnabhängigen-Haushalte lag die Anhebung zwischen 45,7 und 53,8%.

Im gleichen Zeitraum stieg der durchschnitttliche Bruttostundenverdienst eines Industriearbeiters von 7,43 DM 1971 auf 12,66 DM 1978, um 70,4% also, der durchschnittliche Bruttowochenverdienst von 327 auf 538 DM, um 64,5% also. Obwohl die durchschnitttlichen Bruttolöhne von 1971 bis 1978 schneller gestiegen sind als die Einkommenshöchstbeträge im WoGG, stieg die Zahl der Wohngeldempfänger in diesem Zeitraum um über 34%: von 1153900 auf 1548900 Haushalte (Zahlen nach Wohngeld- und Mietenbericht 1979, Bonn, Seite 7). Demnach bleibt für eine wachsende Zahl von Haushalten die Entwicklung des Pro-Kopf-Nettoeinkommens hinter der Entwicklung der Durchschnittslöhne zurück.

Die Summe des Wohngeldes stieg von 1971 bis 1978 in der BRD und Westberlin von rund 835 Mio. DM auf 1784,4 Mio.DM, auf mehr als das Doppelte. Dieselben Relationen sind nach telefonischer Auskunft der Hamburger Senatspressestelle auch für Hamburg zutreffend.

In der BRD und Westberlin beziehen sieben Prozent aller Haushalte Wohngeld, 10,4% der Mieter-Haushalte und 1,2% der Eigentümer-Haushalte. Überdurchschnittlich stark sind Alleinstehende und Haushalte mit sieben und mehr Personen vertreten, von denen 14,5% und 8,7% Wohngeld beziehen. Der größte Anteil der Wohngeldbezieher sind Nichterwerbstätige: 14,7% aller Nichterwerbstätigen-Haushalte und 12,9% aller Rentner- und Pensionärs-Haushalte beziehen Wohngeld. Von den Erwerbstätigen-Haushalten insgesamt sind zwei Prozent Wohngeldempfänger, von den Arbeiter-Haushalten aber 3,1%.

Wir wollen nicht verkennen, daß durch Wohngeld die Wohnkosten des Wohngeldempfängers gesenkt werden können. Manch eine Wohnung wird durch Wohngeld überhaupt erst erschwinglich bzw. für den Vermieter vermietbar. 1978 hätten ohne Wohngeld die Wohngeldempfänger über ein Drittel ihres Familieneinkommens für Mieten ausgeben müssen. Durch Wohngeld wurde die Mietbelastung auf knapp ein Viertel des Familieneinkommens gesenkt. Damit ist die Mietbelastungsquote in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. 1970 mußten die Haushalte in der ,,mittleren Verbrauchsgruppe'', d.h. ,,Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen'' laut Terminologie des Hamburger Statistischen Landesamtes, 15,6% ihrer Ausgaben für Wohnungsmiete aufbringen, 1978 bereits 16,8%. Für die ,,untere Verbrauchsgruppe'' (Rentner, Sozialhilfeempfänger) stieg die Mietbelastung von 20,7% auf 24,9%.

Die Forderung der Vermieter, daß ein Viertel der Löhne in ihre Taschen fließen soll, hat damit staatlichen Segen. Eine Mietbelastung von 25% des Nettoeinkommens ist nach dem WoGG tragbar.

Schließlich stecken Wohngeldempfänger in tiefer Abhängigkeit vom Staat. Mit dem Wohngeld greift dieser in weite Lebensbereiche der Wohngeldempfänger ein. Ihm müssen sämtliche Einkünfte, Familienbeziehungen und Wohnverhältnisse offengelegt werden. Alle Behörden, der Arbeitgeber und der Vermieter müssen über den Wohngeldempfänger Auskünfte geben (§25 WoGG).

Nach jeder jährlichen Lohn- oder Rentenerhöhung sinkt das Wohngeld, da der Staat die Wohngeldsätze bisher nur alle paar Jahre erhöht hat. Dazu ein Beispiel: Steigt das Familieneinkommen einer dreiköpfigen Familie von 1060 DM um 50 DM auf 1110 DM bei einer Mietbelastung von 370 DM, dann sinkt das Wohngeld von 112 DM um 16 auf 96 DM. Von der Einkommenserhöhung um 50 DM bleiben nur noch 34 DM übrig.

Es ist unabdingbar, schnell die kleinliche Schikane, Kontrolle durch Staatsbürokratie und Spalterei zu beseitigen. Dazu müßte dem Staatsapparat die Verfügung über das Wohngeld aus der Hand genommen werden. In Verbindung mit einem demokratischen Steuerrecht, das die Steuern auf Vermögen und Einkommen der Kapitalisten drastisch erhöht und die Steuerlast der Werktätigen verringert und die Verfügungsgewalt über die Steuern ausschließlich in die Hand der Kommunen legt, sollten demokratische und örtliche Ausschüsse des Volkes die Verteilung des Wohngelds regeln.



Das Wohngeld sichert den Grundeigentümern und Baukapitalisten die Grundrente und den Profit, erspart den Kapitalisten die Zahlung des vollen Werts der Arbeitskraft und ist Mittel des bürgerlichen Staates zur kleinlichen Kontrolle und Schikane.

Möglichkeiten, die Volksmassen auszuhorchen und zu bespitzeln.'' Zweifellos ist diese Feststellung begründet. Hat die Vergabe von Wohngeld bei aller ihr innewohnenden Ungerechtigkeit usw. nicht aber auch positive Auswirkungen? Diese Untersuchung soll der Klärung dieser Frage dienen.

Für einen großen Teil der Bevölkerung reichen Löhne, Gehälter, Arbeitslosengeld oder Rente nicht, um grundlegende Bedürfnisse, wie das nach einer angemessenen Wohnung, zu befriedigen. Daß am 31.12.1978 in der BRD und Westberlin 1548900 Haushalte Wohngeld bezogen, ist ein Ausdruck der Armut, in der ein Teil der Bevölkerung leben muß, ist sogar staatlich anerkannte Armut. Etwa in Dortmund wurde 1978 in 40429 Fällen Wohngeld bewilligt, an Haushalte, die ohne staatliche Unterstützung ihre Wohnung nicht bezahlen können. Das ganze Ausmaß der Armut ist dabei nicht erfaßt: wie viele haben gar keinen Wohngeldantrag gestellt, wie viele sind nicht anspruchsberechtigt, obwohl bei ihnen das Geld vorne und hinten nicht reicht.

Wohngeld ist ein ,,Zuschuß zu den Aufwendugen für den Wohnraum'' (§ 1 Wohngeldgesetz – WoGG). An 93,9% aller Wohngeldempfänger wird ein Zuschuß zur Miete gezahlt, an 6,1% ein Zuschuß zu den Belastungen

15% (z.B. bei Rentnern). Sozialversicherungs-oder Steuerpflichtigen (z.B. Beamte und Selbständige, aber auch Bezieher von Arbeiteslosengeld) werden mit 22,5% veranschlagt und sozialversicherungs- und steuerpflichtige Wohngeldempfänger liegen bei 30%.

Für einen alleinstehenden Rentner ist die Einkommensgrenze, bis zu der er noch einen Anspruch auf Wohngeld hat, von 1971 bis 1980 nur um 20% gestiegen; für einen Zwei-Personen-Rentner-Haushalt ist sie etwa um 24% gestiegen.

Für einen alleinstehenden Arbeitslosen wurde die Einkommensgrenze um 31,6% erhöht. Für Lohnabhängigen-Haushalte lag die Anhebung zwischen 45,7 und 53,8%.

Im gleichen Zeitraum stieg der durchschnitttliche Bruttostundenverdienst eines Industriearbeiters von 7,43 DM 1971 auf 12,66 DM 1978, um 70,4% also, der durchschnittliche Bruttowochenverdienst von 327 auf 538 DM, um 64,5% also. Obwohl die durchschnitttlichen Bruttolöhne von 1971 bis 1978 schneller gestiegen sind als die Einkommenshöchstbeträge im WoGG, stieg die Zahl der Wohngeldempfänger in diesem Zeitraum um über 34%: von 1153900 auf 1548900

Haushalte (Zahlen nach Wohngeld- und Mietenbericht 1979, Bonn, Seite 7). Demnach bleibt für eine wachsende Zahl von Haushalten die Entwicklung des Pro-Kopf-Nettoeinkommens hinter der Entwicklung der Durchschnittslöhne zurück.

Die Summe des Wohngeldes stieg von 1971 bis 1978 in der BRD und Westberlin von rund 835 Mio. DM auf 1784,4 Mio.DM, auf mehr als das Doppelte. Dieselben Relationen sind nach telefonischer Auskunft der Hamburger Senatspressestelle auch für Hamburg zutreffend.

In der BRD und Westberlin beziehen sieben Prozent aller Haushalte Wohngeld, 10,4% der Mieter-Haushalte und 1,2% der Eigentümer-Haushalte. Überdurchschnittlich stark sind Alleinstehende und Haushalte mit sieben und mehr Personen vertreten, von denen 14,5% und 8,7% Wohngeld beziehen. Der größte Anteil der Wohngeldbezieher sind Nichterwerbstätige: 14,7% aller Nichterwerbstätigen-Haushalte und 12,9% aller Rentner- und Pensionärs-Haushalte beziehen Wohngeld. Von den Erwerbstätigen-Haushalten insgesamt sind zwei Prozent Wohngeldempfänger, von den Arbeiter-Haushalten aber 3,1%.

Wir wollen nicht verkennen, daß durch Wohngeld die Wohnkosten des Wohngeldempfängers gesenkt werden können. Manch eine Wohnung wird durch Wohngeld überhaupt erst erschwinglich bzw. für den Vermieter vermietbar. 1978 hätten ohne Wohngeld die Wohngeldempfänger über ein Drittel ihres Familieneinkommens für Mieten ausgeben müssen. Durch Wohngeld wurde die Mietbelastung auf knapp ein Viertel des Familieneinkommens gesenkt. Damit ist die Mietbelastungsquote in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. 1970 mußten die Haushalte in der ,,mittleren Verbrauchsgruppe'', d.h. ,,Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen'' laut Terminologie des Hamburger Statistischen Landesamtes, 15,6% ihrer Ausgaben für Wohnungsmiete aufbringen, 1978 bereits 16,8%. Für die ,,untere Verbrauchsgruppe'' (Rentner, Sozialhilfeempfänger) stieg die Mietbelastung von 20,7% auf 24,9%.

Die Forderung der Vermieter, daß ein Viertel der Löhne in ihre Taschen fließen soll, hat damit staatlichen Segen. Eine Mietbelastung von 25% des Nettoeinkommens ist nach dem WoGG tragbar.

Schließlich stecken Wohngeldempfänger in tiefer Abhängigkeit vom Staat. Mit dem Wohngeld greift dieser in weite Lebensbereiche der Wohngeldempfänger ein. Ihm müssen sämtliche Einkünfte, Familienbeziehungen und Wohnverhältnisse offengelegt werden. Alle Behörden, der Arbeitgeber und der Vermieter müssen über den Wohngeldempfänger Auskünfte geben (§25 WoGG).

Nach jeder jährlichen Lohn- oder Rentenerhöhung sinkt das Wohngeld, da der Staat die Wohngeldsätze bisher nur alle paar Jahre erhöht hat. Dazu ein Beispiel: Steigt das Familieneinkommen einer dreiköpfigen Familie von 1060 DM um 50 DM auf 1110 DM bei einer Mietbelastung von 370 DM, dann sinkt das Wohngeld von 112 DM um 16 auf 96 DM. Von der Einkommenserhöhung um 50 DM bleiben nur noch 34 DM übrig.

Es ist unabdingbar, schnell die kleinliche Schikane, Kontrolle durch Staatsbürokratie und Spalterei zu beseitigen. Dazu müßte dem Staatsapparat die Verfügung über das Wohngeld aus der Hand genommen werden. In Verbindung mit einem demokratischen Steuerrecht, das die Steuern auf Vermögen und Einkommen der Kapitalisten drastisch erhöht und die Steuerlast der Werktätigen verringert und die Verfügungsgewalt über die Steuern ausschließlich in die Hand der Kommunen legt, sollten demokratische und örtliche Ausschüsse des Volkes die Verteilung des Wohngelds regeln.

N.W. Gogol: ,,Tagebuch eines Wahnsinnigen''

cls. 1835 erschienen Gogols ,,Aufzeichnungen eines Wahnsinnigen'', die gegenwärtig vom Kieler Stadttheater in einer Bühnenfassung als Monologstück aufgeführt werden. Die ,,Aufzeichnungen...'' wurden am Slavischen Seminar der Universität im Rahmen des Lehrveranstaltungsprogramms behandelt und die Aufführung von Studenten und Lehrkörper gemeinsam besucht.

N.W. Gogol (1809 – 1852) wurde von der zeitgenössischen, revolutionär-demokratisch gesinnten russischen Literaturkritik begeistert als der ,,Vater des Realismus'' gefeiert. Auch die heutige sowjetische Kritik sieht in ihm den Begründer der ,,Naturalen Schule'', den scharfen Kritiker zeitgenössischer gesellschaftlicher Mißstände, den Ankläger der durch die zaristische Selbstherrschaft bedingten menschenunwürdigen Lebensumstände in Rußland.

Die ,,Aufzeichnungen...'' erzählen in Tagebuchform die Geschichte des Titularrates Proprischtschin, eines kleinen Amtsschreibers und typischen Verteters der zaristischen Beamtenkaste. Der Autor hat ihm den Wahnsinn in Gestalt eines völlig in den hierarchischen Kategorien des Beamtenapparates verhafteten Bewußtseins von Anbeginn an eingegeben. Im Grunde ist er nichts anderes als ein unbedeutendes Rädchen in der bürokratischen Staatsmaschine. Da aber für die Angehörigen der Beamtenkaste der Mensch erst bei den höheren Beamten beginnt, ist Proprischtschins ganzes Denken und Handeln nur auf Erhöhung in der Rangliste ausgerichtet. Dies wird bei ihm zur fixen Idee, bis er sich schließlich einbildet, der König von Spanien zu sein. Er endet im Irrenhaus, wo er erkennt, daß ihm die ganze Zeit über ,,eine menschliche Seele'' gefehlt habe.

,,Die fortschreitenden Wahnvorstellungen begünstigen, so paradox dies erscheinen mag, die Entwicklung Proprischtschins als Mensch. Am Anfang Durchschnittsbeamter, dem persönliche und eigenständige Auffassungen fehlen, gewinnt er als Wahnsinniger von Aufzeichnung zu Aufzeichnung eine realere Vorstellung über seine Umgebung. Mit der Zerrüttung seines Geistes geht seine Entwicklung zum normalen, zum tatsächlichen Menschen einher. Erst im Irrenhaus begreift er deshalb, wie in ihm der Mensch verhöhnt wurde, und seine letzten Aufzeichnungen sind der erschütternde Ausdruck des Aufschreis eines gequälten Menschen.'' (aus dem Theater-Programm, in dem die zentrale Thematik des Stücks als die Frage nach der Anerkennung der Menschenwürde bezeichnet wird).

Das Stück läßt zwei verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zu, wobei die eine den Absichten des Autors näher kommt, die andere hingegen der Wirklichkeit näher steht.

Vom Autor aus gesehen, scheitert Proprischtschin nicht daran, daß er von jedem menschlichen Kontakt isoliert, nur noch dahinvegetieren und aus diesem Grund wahnsinnig werden muß. Es könnte im Grunde genommen menschlichen Kontakt haben, soviel er nur wollte, wenn er nicht selbst sein Bewußtsein total dadurch pervertiert hätte, daß menschlicher Kontakt für ihn nur noch möglich ist, wenn er sich in bestimmten Formen innerhalb der gesellschaftlich gegebenen Hierarchie abspielt. Insofern ist vom Autor aus der Wahnsinn individuell begründet, ein Ausweg ist nur individuell durch Selbstverinnerlichung bzw. persönliche Selbstvervollkommnung möglich.

Die Interpreten des Bühnenstücks sahen die Sache etwas anders: Die Gesellschaft selbst ist so unmenschlich, daß sie solchen Wahnsinn beständig neu produziert. Proprischtschin ist ein Opfer einer durch eine bürokratische Hierarchie bestimmte, unmenschliche Gesellschaft. Seine Arbeit entbehrt jeden Sinns: täglich spitzt er 34 Federn an, schreibt irgendwelche sinnlosen Briefe ab, die sich andere ausgedacht haben, ob er im Dienst erscheint oder nicht, macht gar keinen Unterschied. Und dabei wird er noch nicht einmal anerkannt. Die Gesellschaft ist es, die ihn in den Wahnsinn getrieben hat. Dies bedingt als Lösung natürlich eine gesellschaftliche Perspektive.

Wer könnte angesichts der geschichtlichen Erfahrung, insbesondere in Rußland an der Überzeugungskraft dieser Interpretation zweifeln? Undwem drängen sich dabei nicht die Vergleiche mit den Verhältnissen hier und heute auf?

Noch einmal: Gorkijs ,,Kinder der Sonne''

cls. Die in der KVZ 49/80 veröffentlichte Kritik des Gorki-Theaterstücks ,,Kinder der Sonne'' war insofern unzulänglich, als sie die Unterschiede zwischen der Vorlage des Autors und der Kieler Aufführung nicht berücksichtigte. Die folgende, in den ,,Kieler Nachrichten'' am 26.1. veröffentlichte Kritik des Literatur-Grundkurses 1/11 der Käthe-Kollwitz-Schule tut dies.

,,Das (...) Drama ,,Kinder der Sonne'' von Maxim Gorki, von der Presse überschwenglich gefeiert, liefert Anlaß zu einer Gegenkritik. Wahrscheinlich wäre es selbst dem Autor schwergefallen, seine Aussageabsicht, den Konflikt zwischen Intellektuellen und dem Volk vor der russischen Revolution darzustellen, in dieser Aufführung wiederzufinden. Es dominierten die persönlichen Konflikte, die politischen wurden an den Rand der Handlung gedrängt, so daß die Revolution am Ende des Schauspiels unverständlich blieb. Schon zu Beginn enttäuschte das Bühnenbild, durch dessen Neonröhrenbeleuchtung eher die Atmosphäre eines sterilen Operationssaales als die eines russischen Landhauses vermittelt wurde.

Ebenso wie die Gestaltung des Bühnenbildes entsprach auch die der Rollen oft nicht der Vorlage. Die Hauptperson Protassow sollte eigentlich einen gutherzigen, aber seiner Umwelt gegenüber teilnahmslosen und etwas zerstreuten Professor verkörpern. Der Regisseur aber machte aus ihm einen hektischen, unfreundlichen Wissenschaftler und übertrieb die Handlungsweise maßlos. Dies wurde zum Beispiel daran deutlich, daß er die Kinderfrau ständig anschrie. Am meisten überzeugen konnte noch Lisa, obwohl der Regisseur sie als übertrieben hysterisch darstellen ließ. Doch war diese Rolle die einzige, an der der Zuschauer, schon allein durch die Lautstärke der Darbietung, auf einen eventuellen Konflikt aufmerksam gemacht wurde. Das Gegenteil bewirkte die Darstellung von Lena, deren Ruhe in der Hektik der Aufführung unterging.

Dadurch ging auch die Kernstelle des Stückes, in der die Weltanschauung der Intellektuellen durch ein Traumbild verdeutlicht wird, dem Zuschauer verloren. Als Gegenstück zu den Intellektuellen verkörpert der Schlosser Jegor einen Mann aus dem Proletariat, dessen Rolle aber vollkommen überspitzt dargestellt wurde. So mußten die Zuschauer über die Szene, in der dieser vor Protassow niederkniet, lachen, obwohl sie von Gorki sehr ernst gemeint war. Denn gerade hier geht es um den Versuch der Proletarier, die Intellektuellen auf ihre persönlichen Probleme aufmerksam zu machen. Der letzte Akt ist ganz besonders mißlungen. Wahrscheinlich bemerkte der Regisseur, daß sein Stück zu lang werden würde und kürzte den Schlußakt auf Kosten des Verständnisses der Zusammenhänge.

Insgesamt gesehen ist die Intention Gorkis, die Intellektuellen auf ihr falsches Verhalten den Proletariern gegenüber hinzuweisen, nicht deutlich geworden.

„Ja, zählt auf mich und helft euch selbst"

(Heinrich Heine)

bew. Am 17. Februar jährt sich der 125. Todestag Heinrich Heines. Heine ist einer der hervorragendsten deutschen Dichter aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er ist eine Spötter, der mit beißender Ironie die herrschenden Zustände, das Philistertum und die Servilität angreift. Wir sind an anderer Stelle schon ausführlicher auf die Bedeutung der Literatur Heines und auf seine politischen Auffassungen eingegangen (vgl. KVZ 40/29. September 1980). Hier soll durch einige Beispiele aus seinen Gedichten und Auszügen aus seiner Prosa Anregung zum Weiterlesen gegeben werden. Bei dem ersten Beispiel handelt es sich um zwei kurze Auszüge aus dem etwa 550 Strophen umfassenden Gedicht „Atta Troll. Ein Sommernachtstraum". Der Bär, „Atta Troll, Tendenzbär; sittlich religiös ... kein Talent, doch ein Charakter", gilt als Sinnbild für die politische Tendenzpoesie, wie sie zu der damaligen Zeit in Deutschland verbreitet war. Viel Mühe ist von seiten der Germanistik darauf verwendet worden, „Atta Troll" als unumwundene Absage Heines an politische Gedichte zu werten. Als würden nicht Heines „Zeitgedichte", die „Schlesischen Weber" oder „Deutschland ein Wintermärchen" sie Lügen strafen. Heines Vorrede zu „Atta Troll" selbst zeigt deutlich, wogegen er sich wendet: „Der leere Kopf pocht jetzt mit Fug auf sein volles Herz, und die Gesinnung war Trumpf." Er wendet sich gegen „gereimte Zeitungsartikel", gegen die abstrakten Freiheitsphrasen und das hohle Pathos in der „prosaischbombastischen Tendenzpoesie" mit ihrem „hölzernen Stil"; nicht gegen die Ideen, sondern ihre Darstellung im Zerrbild. Und er wendet sich gegen die Unverbindlichkeit dieser Gedichte, wie er es in dem Gedicht „An den politischen Dichter" ausdrückt: „Der Knecht singt gern ein Freiheitslied / Des Abends in der Schenke: / Das fördert die Verdauungskraft, / Und würzet die Getränke." In den beiden Beispielen aus „Atta Troll" geht es einmal um seine Auffassung der Dichtung und in den anderen Strophen um die Kritik an der „schwäbischen Dichterschule". „Am Teetisch" ist ein Beispiel für die Leichtigkeit der ironischen Zeitkritik in den Heineschen Gedichten, eine spöttische Kritik an der Verlogenheit und Spießigkeit der herrschenden Moral. Heine hat sich polemisch gegen den Asketismus und die rohe Gleichmacherei jener Vertreter des frühen Kommunismus wie Babeuf und Saint-Simon gewandt. Freude am Leben, Sinnlichkeit und Genuß tauchen als Metaphern in den meisten Heineschen Werken auf, wie etwa auch in dem Gedicht „Doktrin". Die kurzen Prosaauszüge zeigen Heines Kampf gegen die preußische Reaktion und die Kirche.

Aus: Atta Troll
Ein Sommernachtstraum

Traum der Sommernacht! Phantastisch
Zwecklos ist mein Lied. Ja, zwecklos
Wie die Liebe, wie das Leben,
Wie der Schöpfer samt der Schöpfung!

Nur der eignen Lust gehorchend,
Galoppierend oder fliegend,
Tummelt sich im Fabelreiche
Mein geliebter Pegasus.

Ist kein nützlich tugendhafter
Karrengaul des Bürgertums,
Noch ein Schlachtpferd der Parteiwut,
Das pathetisch stampft und wiehert!

...

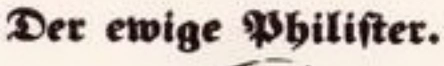
Doch ich flehte: ‚Ach, entschuld'gen
Sie, Madame; bin kein frivoler
Goetheaner, ich gehöre
Zu der Dichterschule Schwabens.

Sittlichkeit ist unsere Muse,
Und sie trägt vom dicksten Leder
Unterhosen! – Ach, vergreifen
Sie sich nicht an meiner Tugend!

Andre Dichter haben Geist,
Andere Phantasie und andre
Leidenschaft, jedoch die Tugend
Haben wir, die Schwabendichter.

Die Gräfin spricht wehmütig:
Die Liebe ist eine Passion!
Und präsentieret gütig
Die Tasse dem Herren Baron.

Am Tische war noch ein Plätzchen,
Mein Liebchen, da hast du gefehlt.
Du hättest so hübsch, mein Schätzchen,
Von deiner Liebe erzählt.





Doktrin

Schlage die Trommel und fürchte dich nicht,
Und küsse die Marketenderin!
Das ist die ganze Wissenschaft,
Das ist der Bücher tiefster Sinn.

Trommle die Leute aus dem Schlaf,
Trommle Reveille mit Jugendkraft,
Marschiere trommelnd immer voran,
Das ist die ganze Wissenschaft.

Das ist die Hegelsche Philosophie,
Das ist der Bücher tiefster Sinn!
Ich hab sie begriffen, weil ich gescheit,
Und weil ich ein guter Tambour bin.



Anonyme Karikatur nach 1845

Über Preußen

Ich betrachte vielmehr mit Besorgnis diesen preußischen Adler, und während andere rühmten, wie kühn er in die Sonne schaue, war ich desto aufmerksamer auf seine Krallen. Ich traute nicht diesem Preußen, diesem langen frömmelnden Gamaschenheld mit dem weiten Magen und mit dem großen Maule und mit dem Korporalstock, den er erst in Weihwasser taucht, ehe er damit zuschlägt. Mir mißfiel dieses philosophisch christliche Soldatentum, dieses Gemengsel von Weißbier, Lüge und Sand. Widerwärtig, tief widerwärtig war mir dieses Preußen, dieses steife heuchlerische, scheinheilige Preußen, dieser Tartuffe unter den Staaten.

Endlich, als Warschau fiel, fiel auch der weiche fromme Mantel, worin sich Preußen so schön zu drapieren gewußt, und selbst der Blödsichtigste erblickte die eiserne Rüstung des Despotismus, die darunter verborgen war. Diese heilsame Enttäuschung verdankt Deutschland dem Unglück der Polen.

aus: Vorrede zu „Französische Zustände"

Über das Christentum

Luther hat nicht begriffen, daß die Idee des Christentums, die Vernichtung der Sinnlichkeit, gar zu sehr in Widerspruch war mit der menschlichen Natur, als daß sie jemals im Leben ganz ausführbar gewesen sei; er hatte nicht begriffen, daß der Katholizismus gleichsam ein Konkordat war zwischen Gott und dem Teufel, d.h. zwischen dem Geist und der Materie, wodurch die Alleinherrschaft des Geistes in der Theorie ausgesprochen wird, aber die Materie in den Stand gesetzt wird, alle ihre annullierten Rechte in der Praxis auszuüben. Daher ein kluges System von Zugeständnissen, welche die Kirche zum Besten der Sinnlichkeit gemacht hat, obgleich immer unter Formen, welche jeden Akt der Sinnlichkeit fletrieren und dem Geiste seine höhnischen Usurpationen verwahren. Du darfst den zärtlichsten Neigungen des Herzens Gehör geben und ein schönes Mädchen umarmen, aber du mußt eingestehn, daß es eine schändliche Sünde war, und für diese Sünde mußt du Abbuße tun. Daß diese Abbuße durch Geld geschehen konnte, war ebenso wohltätig für die Menschheit wie nützlich für die Kirche. Die Kirche ließ sozusagen Wergeld bezahlen für jeden fleischlichen Genuß, und da entstand eine Taxe für alle Sorten von Sünden, und es gab heilige Kolporteurs, welche im Namen der römischen Kirche die Ablaßzettel für jede taxierte Sünde im Lande feilboten, und ein solcher war jener Tetzel, wogegen Luther zuerst auftrat. ...der Ablaßhandel war kein Mißbrauch, er war eine Konsequenz des ganzen Kirchensystems, und indem Luther ihn angriff, hatte er die Kirche selbst angegriffen, und diese mußte ihn als Ketzer verdammen.

aus: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland

Über den Kommunismus

Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht bloß eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit: die Massen tragen nicht mehr mit christlicher Geduld ihr irdisches Elend, und lechzen nach Glückseligkeit auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung, und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletarier in ihren Ankampf gegen das Bestehende die fortgeschrittensten Geister, die Philosophen der großen Schule, als Führer besitzen; diese gehen über von der Doktrin zur Tat, dem letzten Zweck alles Denkens, und formulieren das Programm. Wie lautet es? Ich hab es längst geträumt und ausgesprochen in den Worten: „Wir wollen keine Sansculotten sein, keine frugale Bürger, keine wohlfeile Präsidenten; wir stiften eine Demokratie gleichherrlicher, gleichheiliger, gleichbeseligter Götter. Ihr verlangt einfache Trachten, enthaltsame Sitten und ungewürzte Genüsse; wir hingegen verlangen Nektar und Ambrosia, Purpurmäntel, kostbare Wohlgerüche, Wollust und Pracht, lachenden Nymphentanz, Musik und Komödien."

aus: Fragmente von Briefen über Deutschland

märchen" sie Lügen strafen. Heines Vorrede zu „Atta Troll" selbst zeigt deutlich, wogegen er sich wendet: „Der leere Kopf pocht jetzt mit Fug
Werken auf, wie etwa auch in dem Gedicht „Doktrin". Die kurzen Prosaauszüge zeigen Heines Kampf gegen die preußische Reaktion und die Kirche.

Aus: Atta Troll
Ein Sommernachtstraum

Traum der Sommernacht! Phantastisch
Zwecklos ist mein Lied. Ja, zwecklos
Wie die Liebe, wie das Leben,
Wie der Schöpfer samt der Schöpfung!

Nur der eignen Lust gehorchend,
Galoppierend oder fliegend,
Tummelt sich im Fabelreiche
Mein geliebter Pegasus.

Ist kein nützlich tugendhafter
Karrengaul des Bürgertums,
Noch ein Schlachtpferd der Parteiwut,
Das pathetisch stampft und wiehert!

...

Doch ich flehte: ‚Ach, entschuld'gen
Sie, Madame; bin kein frivoler
Goetheaner, ich gehöre
Zu der Dichterschule Schwabens.

Sittlichkeit ist unsere Muse,
Und sie trägt vom dicksten Leder
Unterhosen! – Ach, vergreifen
Sie sich nicht an meiner Tugend!

Andre Dichter haben Geist,
Andere Phantasie und andre
Leidenschaft, jedoch die Tugend
Haben wir, die Schwabendichter.

Das ist unser einz'ges Gut!
Rauben Sie mir nicht den sittlich
Religiösen Bettelmantel!
Welcher meine Blöße deckt!'

Die Gräfin spricht wehmütig:
Die Liebe ist eine Passion!
Und präsentieret gütig
Die Tasse dem Herren Baron.

Am Tische war noch ein Plätzchen,
Mein Liebchen, da hast du gefehlt.
Du hättest so hübsch, mein Schätzchen,
Von deiner Liebe erzählt.

Der ewige Philister.





Anonyme Karikatur nach 1845

Über Preußen

Ich betrachte vielmehr mit Besorgnis diesen preußischen Adler, und während andere rühmten, wie kühn er in die Sonne schaue, war ich desto aufmerksamer auf seine Krallen. Ich traute nicht diesem Preußen, diesem langen frömmelnden Gamaschenheld mit dem weiten Magen und mit dem großen Maule und mit dem Korporalstock, den er erst in Weihwasser taucht, ehe er damit zuschlägt. Mir mißfiel dieses philosophisch christliche Soldatentum, dieses Gemengsel von Weißbier, Lüge und Sand. Widerwärtig, tief widerwärtig war mir dieses Preußen, dieses steife heuchlerische, scheinheilige Preußen, dieser Tartuffe unter den Staaten.

Endlich, als Warschau fiel, fiel auch der weiche fromme Mantel, worin sich Preußen so schön zu drapieren gewußt, und selbst der Blödsichtigste erblickte die eiserne Rüstung des Despotismus, die darunter verborgen war. Diese heilsame Enttäuschung verdankt Deutschland dem Unglück der Polen.

aus: Vorrede zu „Französische Zustände"

Über das Christentum

Luther hat nicht begriffen, daß die Idee des Christentums, die Vernichtung der Sinnlichkeit, gar zu sehr in Widerspruch war mit der menschlichen Natur, als daß sie jemals im Leben ganz ausführbar gewesen sei; er hatte nicht begriffen, daß der Katholizismus

Über den Kommunismus

Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht bloß eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit: die Massen tragen nicht mehr mit christlicher Geduld ihr irdisches Elend, und lechzen nach Glückseligkeit auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung, und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletarier in ihren Ankampf gegen das Bestehende die fortgeschrittensten Geister, die Philosophen der großen Schule, als Führer besitzen; diese gehen über von der Doktrin zur Tat, dem letzten Zweck alles Denkens, und formulieren das Programm. Wie lautet es? Ich hab es längst geträumt und ausgesprochen in den Worten: „Wir wollen keine Sansculotten sein, keine frugale Bürger, keine wohlfeile Präsidenten; wir stiften eine Demokratie gleichherrlicher, gleichheiliger, gleichbeseligter Götter. Ihr verlangt einfache Trachten, enthaltsame Sitten und ungewürzte Genüsse; wir hingegen verlangen Nektar und Ambrosia, Purpurmäntel, kostbare Wohlgerüche, Wollust und Pracht, lachenden Nymphentanz, Musik und Komödien."

aus: Fragmente von Briefen über Deutschland

Am Teetisch

Sie saßen und tranken am Teetisch,
Und sprachen von Liebe viel.
Die Herren, die waren ästhetisch,
Die Damen von zartem Gefühl.

Die Liebe muß sein platonisch,
Der dürre Hofrat sprach.
Die Hofrätin lächelt ironisch,
Und dennoch seufzet sie: Ach!

Der Domherr öffnet den Mund weit:
Die Liebe sei nicht zu roh,
Sie schadet sonst der Gesundheit.
Das Fräulein lispelt: Wieso?

Jetzt hab' ich heut 4 Adressen unterzeichnet, die erste von dene *rothe Republikaner*, die zweite von dene *Demokraten*, die dritte von dene *Ultramontanen*, die vierte von dene *Constitutionell-Monarchisten* – jetzt geh' ich und trink meine Schale Kaffee in Ruh', da ich mir gewiß nichts vorzuwerfen habe!







Anonyme Karrikatur nach der verratenen deutschen Revolution: Der deutsche Michel 1848

Kommunismus und Klassenkampf
2/81

Kommunismus und Klassenkampf

Erscheint einmal im Monat · Preis der Einzelnummer ab Januar 1981: 4,00 DM · Jahresabonnement (12 Nummern ohne Porto) 45 DM

Aus dem Inhalt 1/81

Gesichtspunkte zur Untersuchung der Lohnentwicklung in der Bundesrepublik. Bewegung des Werts der Arbeitskraft

Thesen zur jetzigen Lage in China

Wissenschaftsfortschritt im Imperialismus und materialistische Dialektik

Dokumentation: Die Bevölkerungsentwicklung Kampucheas

Die Position von Marx, Engels und Lenin zu einigen Fragen der Kultur

Die Entwicklung der beruflichen Ausbildung in der Bundesrepublik

Aus dem Inhalt 2/81

Zimbabwe neun Monate nach der Unabhängigkeit

Der Abschied des André Gorz oder die Wiederauferstehung des Pierre Proudhon

Materialien zur Staatsschuld

Die Neuorientierung des EG-Agrarmarktes wird für die Bourgeoisie immer dringlicher

Der EG-Beitritt Griechenlands · ein Stück Süd-Erweiterung der EG

Probleme der Entwicklung einer revolutionären Arbeiterliteratur. Neue Texte aus dem „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt"

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager GmbH
Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234

zu beziehen sind:
Publikationen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus: Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Zedong

Zeitschriften, politische und wissenschaftliche Bücher, Romane, Kinderbücher aus der VR China

Bücher und Zeitschriften aus der Demokratischen Volksrepublik Korea